

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

vol. XXXVI 2-2020

VENEZUELA: UTOPIEN UND KRISEN

Schwerpunktredaktion: Jonathan Scalet, Lukas Schmidt

Published by:
Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)
Austrian Journal of Development Studies

Herausgeber: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den österreichischen Universitäten

Redaktion: Tobias Boos, Alina Brad, Eric Burton, Julia Eder, Nora Faltmann, Gerald Faschingeder, Karin Fischer, Daniel Fuchs, Daniel Görgl, Inge Grau, Markus Hafner-Auinger, Johannes Jäger, Bettina Köhler, Johannes Korak, Magdalena Kraus, Franziska Kusche, Sebastian Luckeneder, Clemens Pfeffer, Stefan Pimmer, Jonathan Scalet, Lukas Schmidt, Gregor Seidl, Nicolas Schlitz, Koen Smet

Board of Editors: Henry Bernstein (London), Patrick Bond (Johannesburg), Dieter Boris (Marburg), John-ren Chen (Innsbruck), Hartmut Elsenhans (Leipzig), Jacques Forster (Genève), John Friedman (St. Kilda), Peter Jankowitsch (Wien), Franz Kolland (Wien), Helmut Konrad (Graz), Uma Kothari (Manchester), Ulrich Menzel (Braunschweig), Jean-Philippe Platteau (Namur), Dieter Rothermund (Heidelberg), Alfredo Saad-Filho (London), Dieter Senghaas (Bremen), Heribert Steinbauer (Wien), Osvaldo Sunkel (Santiago de Chile)

Produktionsleitung: Clemens Pfeffer
Umschlaggestaltung: Clemens Pfeffer
Titelbild: Jonathan Scalet, 2013

Inhalt

- 4 JONATHAN SCALET, LUKAS SCHMIDT
Venezuela: Utopien und Krisen
- 29 STEFAN PETERS
Zur Politischen Ökonomie von Rentengesellschaften:
Die Bolivarianische Revolution in Venezuela
- 55 MARGARITA LANGTHALER
Bildung und Gegenhegemonie in peripheren
Transformationsprozessen: Das Beispiel der bolivarianischen
Bildungspolitik in Venezuela

Essays

- 82 MARTHA LÍA GRAJALES
Populäre Macht in Venezuela
- 92 REINALDO ITURRIZA LÓPEZ
Der Einbruch des anderen Venezuela:
Zu den historischen Ursprüngen des Chavismus
- 108 MANUEL AZUAJE REVERÓN
Konservatives Zaumzeug im Ursprung der Bolivarianischen
Revolution: Vom libertären Aufstand zum ‚Weg über die Wahlen‘

Digital

- GERARDO ROJAS
Zwischen demokratischem Sozialismus und Bürokratisierung:
Zur Lage des Chavismus am Beginn des neuen Jahrzehnts
- 121 SchwerpunktredakteurInnen und AutorInnen
- 125 Impressum

JONATHAN SCALET, LUKAS SCHMIDT

Venezuela: Utopien und Krisen

Die Schlagzeilen der internationalen Medien zeichneten in den vergangenen Jahren ein Bild Venezuelas von einem Staat am Rand des Kollapses (vgl. Castro 2019; Declas 2019; Specia 2019). Seit dem Ausbruch einer massiven Wirtschaftskrise im Jahr 2014 kämpft das Land mit Versorgungsengpässen, Stromausfällen und Hyperinflation. Angesichts der COVID-19-Pandemie erhält diese Situation zusätzliche Dramatik. Hinzu kommt eine zunehmend autoritär agierende Regierung, die nicht in der Lage ist, den immer heftigeren und zum Teil gewaltsam geführten Auseinandersetzungen um die Regierungsmacht mit den Ansprüchen eines demokratischen Rechtsstaats zu begegnen. Das Resultat ist eine massive Verschlechterung der Lebensumstände eines Großteils der Menschen vor Ort. So wurde eine Migrationsbewegung angestoßen, in deren Folge nach Angaben des UNHCR (2020) im Zeitraum von 2014 bis 2019 768.146 Venezolaner*innen im Ausland um Asyl angesucht haben. Insgesamt leben aktuell knapp fünf Millionen Venezolaner*innen im Ausland, gleichzeitig scheint eine politische Lösung der aktuellen Situation derzeit in weiter Ferne zu liegen.

Dabei konnte das Land bis vor einigen Jahren bzw. vor dem Ausbruch der Wirtschaftskrise noch mit sozialpolitischen Erfolgen von sich reden machen. 2013 wurde etwa von der FAO bestätigt, dass Venezuela als eines von vier lateinamerikanischen Ländern – gemeinsam mit Peru, Nicaragua und Kuba – bereits 2012 das Millenniumsentwicklungsziel Nummer eins (Bekämpfung von extremer Armut und Hunger) erreicht hatte (FAO 2013). Zwischen 2003 und 2013 konnte der Zugang benachteiligter Bevölkerungsgruppen zu Bildung, Gesundheitsversorgung, erschwinglichen Lebensmitteln und Wohnraum im Rahmen großflächiger Sozialprogramme in bemerkenswerter Weise ausgeweitet werden (Tinker Salas 2015: 192-200).

In den 2000er Jahren galt Venezuela noch als postneoliberaler Hoffnungsschimmer. Nach dem Wahlsieg von Hugo Chávez im Jahr 1998 und seiner „Bolivarianischen Revolution“ wurde das Land immer mehr zum utopischen Ort für viele Menschen, die sich eine „gerechtere Welt“ abseits des ungezähmten Kapitalismus wünschten. Mit der Ausrufung des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“¹ 2005 wurde diese Wahrnehmung Venezuelas als Ort konkreter Utopien weiter gefestigt (z.B. Herdin 2005; Lebowitz 2006; Azzellini 2007). Das Ziel war eine neue Art von Sozialismus mit einer radikal partizipativ-demokratischen Stoßrichtung, der als Gegenmodell zu den autoritären Fehlentwicklungen der Sowjetunion stehen sollte.

Gleichzeitig beanstandeten Kritiker*innen von Anfang an Autoritarismus, Korruption, Personenkult und Misswirtschaft im Rahmen eines „Petrosozialismus“ (z.B. Ertl 1999; Plott 1999; Weiss 2005).

Insbesondere dem Blick von außen gelang es in den vergangenen Jahren nur selten, sich von diesen beiden Perspektiven zu lösen. Die Darstellungen in internationalen Medien und wissenschaftlichen Publikationen bewegten sich häufig zwischen hoffnungsvollen utopischen Projektionen auf der einen und anklagenden Katastrophenbildern auf der anderen Seite, weswegen ausgewogene Berichte und Analysen, die der Komplexität der Entwicklungen vor Ort Rechnung tragen, die Ausnahme bildeten und bilden (für ein positives Gegenbeispiel siehe z.B. Lambert 2020b).

Die Intention der vorliegenden Ausgabe des *Journals für Entwicklungspolitik* ist es, diese Wahrnehmungen der Bolivarianischen Revolution Venezuelas zu differenzieren und um einige Dimensionen zu ergänzen, die in der internationalen Auseinandersetzung mit den Utopien und Krisen dieses Projekts meist kaum oder gar nicht beachtet werden. Dafür wird der Blick im Folgenden zunächst auf die strukturellen Bedingungen und Limitierungen der venezolanischen Erdölwirtschaft gerichtet, um die aktuelle wirtschaftliche und politische Krisendynamik und deren Ursachen in einen breiteren Kontext zu stellen. In einem zweiten Schritt wird der gängige Fokus auf die Auseinandersetzung um die Staatsmacht um eine Perspektive auf die Genese der Bolivarianischen Revolution und ihrer Basisbewegungen erweitert. Und schließlich wollen wir mit diesem Heft auch danach fragen, was im Kontext der aktuellen Krise aus der Utopie eines partizipativ-demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts geworden ist.

I. Rentenökonomie

Venezuela ist eine Rentenökonomie. Die venezolanische Gesellschaft ist zutiefst von der Extraktion und dem Export von Erdöl geprägt, wie Stefan Peters in seinem Beitrag zum rentenökonomischen Charakter des Landes verdeutlicht. 2018 hielt Venezuela 17,5 Prozent der globalen Ölreserven und verfügt damit aktuell über die größten nachgewiesenen Ölreserven der Welt knapp vor Saudi Arabien (17,2 Prozent) (BP 2019). Im Unterschied zu den vergleichsweise leicht zugänglichen Erdölvorkommen in den Golfstaaten ist mindestens ein Drittel der venezolanischen Vorkommen sogenanntes „superschweres“ Öl, das in Form von Ölsand im Orinoco-Gürtel lagert. Der staatliche Ölkonzern *Petróleos de Venezuela, S.A. (PdVSA)* ist derzeit nicht in der Lage, die nötigen Investitionen in die Technologieentwicklung zu tätigen oder die nötige Technologie aus dem Ausland einzuführen, um diese Vorkommen auszubeuten. Vielmehr ging die Fördermenge Venezuelas entgegen dem global steigenden Trend der letzten Jahre seit 2014 stetig zurück (OPEC 2020).

Im Zuge des bis 2014 andauernden Booms der Erdölwirtschaft hatte es die Regierung verabsäumt, eine strukturelle Transformation einzuleiten: Die ungewöhnlich hohen und vergleichsweise stabilen Rohstoffpreise in den 2000er Jahren boten für die Regierung Chávez die Möglichkeit, das Projekt der Bolivarianischen Revolution voranzutreiben und mit entsprechenden monetären Ressourcen auszustatten, ohne die bestehende ökonomische Struktur maßgeblich verändern zu müssen. Die Erdölproduktion wurde stetig intensiviert, die Exporte entsprechend erhöht und ein großer Teil des Zuflusses von Devisen durch die sozialpolitischen Maßnahmen der Regierung Chávez in den venezolanischen Wirtschaftskreislauf geleitet. Der Anteil des Erdölsektors lag 2012 bei 96 Prozent der Gesamtexporte, der Staatshaushalt wurde wesentlich durch diese Einnahmen gefüllt. Venezuela galt vor diesem Hintergrund im lateinamerikanischen Vergleich lange als Musterbeispiel für den sogenannten „Neo-Extraktivismus“, eine Kombination aus rohstoffbasiertem Entwicklungsmodell und progressiver Umverteilungspolitik (Jäger et al. 2014).

2. Importabhängigkeit

Typisch für rohstoffbasierte Ökonomien der globalen (Semi-)Peripherie ist die Importabhängigkeit als historisches Kontinuum: Die periphere Weltmarktintegration Venezuelas als Rohstofflieferant für den Weltmarkt und die Dominanz der Erdölindustrie am Binnenmarkt behindern seit Jahrzehnten den Aufbau eigener produktiver Kapazitäten. (Sutherland 2016). Betroffen ist auch die Landwirtschaft: Kleinbäuer*innen sind abhängig vom Import von Saatgut, Düngemitteln und Pestiziden. Die Konkurrenz von vergleichsweise billigen Importen transnationaler Konzerne macht die Produktion von Lebensmitteln unprofitabel. Zudem ist Land – wie in ganz Lateinamerika – enorm ungleich verteilt. Vor diesem Hintergrund sind venezolanische Kleinbäuer*innen in den vergangenen Jahrzehnten in die als *barrios* bekannten informellen Siedlungen an den Rändern der Großstädte migriert. Heute leben Schätzungen zufolge 90 Prozent der Venezolaner*innen in Städten, was Venezuela zu einem der am stärksten urbanisierten Länder der Welt macht. Das Resultat ist ein Teufelskreis aus Erdölexport, Importabhängigkeit, Landflucht und wachsenden Armenvierteln in den Städten (Schiavoni 2016).

Während der Blütephase des Sozialismus des 21. Jahrhunderts konnte die Volatilität der Ernährungssicherheit der venezolanischen Bevölkerung mittels subventionierter Lebensmittelimporte kaschiert werden. Im Rahmen der Wirtschaftsgemeinschaft ALBA-TCP wurden alternative Handelsbeziehungen aufgebaut, um die Abhängigkeit vom Weltmarkt zu verringern. Diese waren aber ebenfalls eng an die Erdöleinnahmen geknüpft (Eder 2016). Die Grundversorgung konnte auf diesem Weg zudem nicht hinreichend sichergestellt werden, weswegen konventionelle Lebensmittelimporte weiterhin die primäre Versorgungsgrundlage der venezolanischen Bevölkerung darstellten. Die bereits erwähnten Erfolgsstatistiken der Hungerbekämpfung waren daher in letzter Konsequenz vor allem das Resultat der hohen Erdölpreise. Versuche, durch Landreformen und die Förderung kleinbäuerlicher Strukturen Ernährungssouveränität herzustellen, haben zwar zu einer Verbesserung geführt, waren allerdings nicht umfangreich genug und blieben letztlich unzureichend (Lubbock 2020).

Mit dem Ausbruch der ökonomischen Krise ab Ende 2014 kam es zu Versorgungsengpässen, die die Schwachstellen des Systems offenbarten und die Lebensmittelversorgung einer Vielzahl von Venezolaner*innen massiv bedrohten. Zudem spitzte sich der Konflikt mit den USA zu: Präsident Trump ordnete 2019 ein Handelsverbot mit Venezuela an, das bereits seit einigen Jahren bestehende Sanktionen zusätzlich verschärfte. Die internationale Isolation Venezuelas nahm damit weiter zu. Viele Staaten Europas, aber auch Lateinamerikas unterstützten die Sanktionen gegen Venezuela (Zimmermann 2019). Gleichzeitig verstärkt sich die Abhängigkeit gegenüber Russland und China, deren politische Führungen Venezuela gleichsam aus geopolitischem Kalkül beistehen. Venezuela entwickelt sich damit in den letzten Jahren verstärkt zum Spielball ausländischer Interessen (Fischermann 2019).

3. Aktuelle Krise

Die aktuelle ökonomische Krise wurde durch den Verfall der Erdölpreise Ende 2014 ausgelöst. Der massive Rückgang der Einnahmen aus dem Ölexport bedeutete das Wegbrechen der ökonomischen Grundlage des Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Um die wirtschaftlichen Einbußen zu kompensieren und die aus den Erlösen der PdVSA finanzierten Sozialprogramme zu erhalten, wurde die Geldmenge massiv ausgeweitet. Diese Maßnahme hat wiederum dazu beigetragen, dass sich die venezolanische Ökonomie in Richtung Hyperinflation bewegte (Tauss 2016).

Die erhoffte Erholung der Erdölpreise blieb seither aus, zuletzt verschlimmerte sich die Situation für die venezolanische Ökonomie im Kontext der COVID-19-Pandemie erneut: Im April 2020 fiel der Erdölpreis zwischenzeitlich zum ersten Mal in der Geschichte auf einen negativen Wert (Pfluger 2020). Die Erdölproduktion wurde damit unprofitabel, und es fehlt an alternativen Einnahmequellen für nötige Importe. Venezuela, das erdölreichste Land der Welt, ist auch auf den Import von Benzin angewiesen und kann sich dieses aktuell nicht in ausreichender Menge leisten. Die Treibstoffknappheit verschärft wiederum die Versorgungskrise, da notwendige Transporte derzeit nicht getätigt werden können (Herrera 2020).

Diese wirtschaftliche und soziale Krise befeuert auch politische Auseinandersetzungen im Land: Hugo Chávez verfügte bis zu seinem Tod im März 2013 über einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung. Der von ihm vorangetriebene gesellschaftliche Umbau im Land versprach für eine Mehrheit der Bevölkerung eine größere Teilhabe an den im Erdölsektor erwirtschafteten Einnahmen sowie eine gesteigerte politische Teilhabe. Die Grundlage dafür bildete die 1999 in Kraft getretene Verfassung. Dennoch war die venezolanische Gesellschaft schon während seiner Amtszeit tief gespalten. Während Chávez' Unterstützer*innen sowie andere linksgerichtete Gruppierungen den gesellschaftlichen Umbau mittrugen, versuchten oppositionelle Gruppen, diesen Prozess zu stoppen und die alte Ordnung wiederherzustellen. Zuletzt wurde dieser Konflikt in Gestalt des rechtsgerichteten Politikers Juan Guaidó sichtbar: Der junge Präsident der Nationalversammlung ernannte sich Anfang 2019 nach jahrelangen verfassungsrechtlichen Auseinandersetzungen zwischen Opposition und Regierung sowie Vorwürfen des Wahlbetrugs gegen Chávez' Nachfolger Nicolás Maduro zum Interimspräsidenten Venezuelas. Dabei konnte er den Unmut einer Mehrheit der venezolanischen Bevölkerung über das desolante Krisenmanagement und die autoritären Tendenzen der Regierung Maduro nutzen, um breite Aufmerksamkeit für seine Person zu erlangen und Unterstützungsbekundungen zahlreicher westlicher Regierungen zu erhalten (Cannon 2019). Anfang 2020 wurde Guaidó von über 50 Staaten offiziell als legitimes Staatsoberhaupt Venezuelas anerkannt (BBC 2020).

Die Kritik an der Regierung fällt in der Bevölkerung auf fruchtbaren Boden: Die Unzufriedenheit ist auch unter ehemaligen Anhänger*innen von Hugo Chávez groß. Nicolás Maduro hat die Versuche der Opposition, den Zugang zu den Schaltstellen der Regierungsmacht wiederzuerlangen, mit autoritärer Politik beantwortet, die den anfänglichen demokratischen Anspruch des Sozialismus des 21. Jahrhunderts vergessen ließ. Auch die Wirtschaftspolitik der Regierung Maduro hat mit den ursprünglichen Ideen des chavistischen Projekts nur noch wenig zu tun. Was einst als radikale Abkehr vom Neoliberalismus gedacht war, erinnert im Kontext der aktuellen Krise zunehmend an die Politik der 1980er und 1990er Jahre: Wie Gerardo Rojas in seinem Beitrag aufzeigt, hat die Regierung ab 2016 eine konservative Wende vollzogen. Nulldefizit und eine Disziplinierung des Staatshaushalts wurden plötzlich Teil der politischen Reden Maduros.

Privatisierungen von staatlichen Unternehmen nehmen zu. Darüber hinaus findet eine Dollarisierung statt: Lange Zeit drückte Maduro seine Verachtung für die US-Währung aus, mittlerweile bezeichnet er die informelle Einführung des Dollars als Zahlungsmittel als „Segen“ (Lambert 2020b; Sutherland 2020).

Die Dollarisierung vergrößert die Ungleichheit im Land zusehends: Während neben den alten Eliten insbesondere auch den regierungsnahen Eliten des Landes der Zugang zu Devisen und damit der Import ausländischer Waren erleichtert wurde, schließt die neue Wirtschaftspolitik alle Venezolaner*innen aus, die keinen Zugang zu Dollars haben. Dies trifft insbesondere auf die Landbevölkerung zu. Die venezolanische Gesellschaft droht inmitten der wirtschaftlichen Krise sozial massiv auseinanderzudriften, der Sozialismus des 21. Jahrhunderts scheint endgültig ausgehöhlt zu sein (Kurmanaev/Isayen 2020).

4. „We created Chávez“

Der Umgang mit der Wirtschaftskrise und damit auch das Schicksal des Landes scheinen in der üblichen Sichtweise vor allem von den Personen an der Spitze von Staatsapparat und Parteien bestimmt zu sein. Dieser exklusive Fokus auf den Machtkampf zwischen Regierung, Opposition und Militär verhindert allerdings einen differenzierten Blick auf die Zusammensetzung, Interessenlagen und Strategien dieser Akteure sowie auf interne Spannungen und Konfliktlinien. Gesellschaftliche Gruppen und politische Bewegungen jenseits dieser Lager sind öffentlich weitgehend unsichtbar und damit auch nicht Teil des internationalen Narrativs über den Sozialismus des 21. Jahrhunderts (vgl. Ciccariello-Maher 2013: 6f., 15-18).

Zu ihrer Blütezeit in den 2000er Jahren war die Bolivarianische Revolution für ihre Ambitionen bekannt, genau diese staatszentrierte Vorstellung politisch-gesellschaftlichen Handelns zu überwinden – und damit auch ein Demokratiemodell, in dem sich politische Teilhabe auf Wahlen reduziert und die Entscheidungsmacht in den Händen einiger weniger liegt. Die neue „Bolivarianische Verfassung“, die nach Chávez' Amtsantritt 1999 unter breiter Beteiligung sozialer Bewegungen und zivilgesellschaftli-

cher Akteur*innen ausgearbeitet wurde, proklamierte eine nicht mehr bloß repräsentative, sondern „partizipative und protagonistische Demokratie“ für das Land. Demnach sollte die Bevölkerung, neben der regelmäßigen Wahl ihrer politischen Repräsentant*innen, die Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens zunehmend selbst in die Hand nehmen und so direkt und permanent zur tatsächlichen Protagonistin, also zum faktischen und nicht bloß formalen Subjekt politischer Entscheidungsmacht werden (Herdin 2005: 105f., 110-112; Wilpert 2007: 29-44, 53-64).

In den folgenden Jahren wurde dieser Anspruch mit Leben erfüllt. Vor allem ab 2003 entfaltete sich ein dynamischer Prozess politischer Mobilisierung und Partizipation, der von der Beteiligung der Bevölkerung an der Verwaltung staatlicher Sozialprogramme (die sogenannten *Misiones*) bis hin zu Experimenten kommunaler Selbstverwaltung und solidarökonomischer Initiativen reichte. Insbesondere weite Teile der historisch marginalisierten Bevölkerungsgruppen erlebten durch diesen Prozess erstmals Teilhabe an und Repräsentation in staatlichen Politiken (Wilpert 2007: 53ff., 76ff., 105ff.; Ciccariello-Maher 2016: 8f.). Es war die Phase der sogenannten *pink tide* in Lateinamerika: In einer ganzen Reihe von Ländern kamen gemäßigte Linke bis sozialistische Kräfte an die Regierung, wodurch in der globalisierungskritischen Bewegung die Hoffnung aufkeimte, der lateinamerikanische Kontinent könnte den Weg in eine postneoliberale Zukunft weisen (Ciccariello-Maher 2016: 6f.).

Venezuela spielte in diesem Kontext eine besondere Rolle. 2005 hatte Hugo Chávez den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ ausgerufen und damit nach dem vermeintlichen „Ende der Geschichte“ von 1989 und der damit einhergehenden politischen Desillusionierung die Utopie einer radikal anderen Gesellschaft zurück auf die Bühne gebracht. Fortan galt Venezuela manch internationaler/m Beobachter*in als Vorreiterin eines sozialistischen Gesellschaftsmodells, das nicht bloß egalitärer und gerechter, sondern vor allem auch wesentlich demokratischer als der bürgerlich-liberale Kapitalismus sein sollte (z.B. Azzellini 2007, 2010; Harnecker 2007; Lebowitz 2006). Mit dem Tod von Chávez 2013 und dem Beginn der Krise ist es in den letzten Jahren hingegen deutlich ruhiger um den utopischen Aspekt und die radikaldemokratischen Ambitionen der Bolivarianischen Revolution geworden, und das internationale Interesse an den venezolanischen Selbstverwaltungsinitiativen scheint weitgehend erloschen.

Doch die konkrete Utopie eines partizipativ-demokratischen Sozialismus und die Bewegungen und Personen, die diese in den 2000er Jahren an der gesellschaftlichen Basis vorangetrieben haben, sind mit der Krise des chavistischen Regierungsprojekts nicht einfach verschwunden (Ciccariello-Maher 2016: 25-28). Mehr noch: Sie wurden nicht einmal von diesem Projekt geschaffen. Wie Reinaldo Iturriza in diesem Heft argumentiert, bildet das chavistische Regierungsprojekt eben nicht den Ausgangspunkt der politischen Inklusion der marginalisierten Bevölkerungsgruppen, es müsse vielmehr umgekehrt als Ergebnis eines solchen Politisierungsprozesses verstanden werden, in dem sich diese marginalisierten Gruppen zu einem aktiven politischen Subjekt konstituierten (Ciccariello-Maher 2013: 5ff.). Oder, wie es der US-amerikanische Politikwissenschaftler George Ciccariello-Maher in den Worten eines venezolanischen Basisaktivisten pointiert ausdrückt: „Chávez didn’t create the movements, *we created him*“ (Contreras, zit. nach ebd.: 7, Hervorhebung im Original). Wir wollen daher einen genaueren Blick auf den Charakter und die aktuelle Lage dieser als *chavismo popular* bekannt gewordenen Basisbewegungen und ihre konkrete Utopie eines demokratischen Sozialismus werfen. Diese können allerdings nur vor dem Hintergrund ihrer historischen Genese verstanden werden.

5. Das Modell der IV. Republik

Das politische Projekt des Chavismus – das zu Beginn unter dem Namen „Bewegung für die V. Republik“ auftrat – konstituierte sich wesentlich als und in Opposition zur sogenannten „IV. Republik“ Venezuelas. Wenngleich die Verfassung dieser IV. Republik bereits 1953 verabschiedet worden war, so gilt gemeinhin die Demokratisierung Venezuelas 1958 als ihr tatsächlicher Beginn. Der Aufstieg des Chavismus und die gesellschaftlichen Konstellationen, Interessenlagen, Konfliktlinien und politischen Lager, die das Land bis heute prägen, gründen wesentlich in einem Gesellschaftsmodell, dessen Grundstein zu jener Zeit gelegt wurde und das seinerseits wiederum auf der rassialisierten Sozialstruktur der Kolonialzeit und den damals noch jungen Mustern einer Erdölökonomie aufsetzte (Ciccariello-Maher 2013: 9f.).

Dabei vollzog sich parallel zur Einführung der Demokratie in Venezuela zugleich auch deren Einhegung. Die IV. Republik war ein Projekt gemäßigter, reformistischer Eliten, die vor allem auf Stabilität, Ordnung und Fortschritt abzielten, weshalb radikalere Kräfte wie die kommunistische Partei, die beim Sturz des Diktators Márcos Pérez Jiménez noch eine zentrale Rolle gespielt hatten, ausgeschlossen wurden. Darin zeigt sich, wie Reinaldo Iturriza López in seinem Beitrag darstellt, ein tief verankertes und rassistisch grundiertes Misstrauen gegenüber der marginalisierten Bevölkerungsmehrheit, deren Fähigkeit zu politischer Teilhabe bezweifelt und deren potenziell unkontrollierbarer Einfluss gefürchtet wurde. Diese Ressentiments sind in weiten Teilen der weißen Elite bis heute fest verankert und bilden ein wesentliches Element des Oppositionsdiskurses (Cannon 2008; Ciccariello-Maher 2013: 10f.; Ciccariello Maher 2016: 48-65).

Ihren historischen Ausdruck fand diese Orientierung im sogenannten „Punto-Fijo-Pakt“, mit dem die beiden moderat-reformistischen Parteien – die sozialdemokratische *Acción Democrática* (AD) und das konservative *Comité de Organización Política Electoral Independiente* (COPEI) – die Macht unter sich aufteilten. Unter diesem Zwei-Parteien-Regime etablierte sich das Modell einer „gezähmten Demokratie“, das – nach dem Muster Domestizierung und Repression – gesellschaftliche Interessen und Forderungen über ein breites Institutionengefüge an Verbänden, Gewerkschaften und Parteien kanalisierte und regulierte, während radikalere Ansprüche und unabhängige politische Bewegungen ausgeschlossen und unterdrückt wurden (Ciccariello-Maher 2013: 9-11; Tinker Salas 2015: 90ff.). Materiell gestützt wurde dieses Modell von den hohen Erdölpreisen der 1960er und 1970er Jahre, die dem Staat eine rege Investitionstätigkeit erlaubten (siehe den Beitrag von Stefan Peters in diesem Heft).

Der politischen Kanalisierung gesellschaftlicher Ansprüche „von unten nach oben“ entsprach die klientelistische Kanalisierung der Ölrente „von oben nach unten“, wobei auch ökonomisch überwiegend jene Gruppen profitieren konnten, die in das politische Institutionengefüge der IV. Republik eingebunden waren. Die politischen und wirtschaftlichen Eliten, Unternehmen, formell Beschäftigte, insbesondere jene der Erdölindustrie und Staatsbedienstete, formierten so ein stabiles Bündnis, das auch heute noch die Basis der venezolanischen Opposition bildet. Auf kultureller Ebene basierte dieses Modell auf einer modernistischen Orientie-

rung an westlichen, vor allem US-amerikanischen Vorbildern und einem zum Teil extremen Konsumismus, der sich auch heute noch etwa in der hohen Dichte an Shopping-Malls und SUVs auf den Straßen der venezolanischen Hauptstadt Caracas zeigt (Tinker Salas 2015: 90ff.). International galt Venezuela in dieser Zeit als seltenes Beispiel einer stabilen Demokratie und prosperierenden Wirtschaft im Globalen Süden und im lateinamerikanischen Kontext damit als löbliche Ausnahme von der Regel repressiver Militärdiktaturen und bewaffneter Konflikte (Tinker Salas 2015: 94, 118; Ciccariello-Maher 2013: 12).

Was in dieser sogenannten „Exzeptionalismusthese“ (Salter 2010) übersehen wurde, war die Tatsache, dass sich hinter dem schönen Bild des prosperierenden Venezuela mit seinen Prestigebauten und Country Clubs noch ein – in den Worten des Liedermachers Alí Primera – „anderes Venezuela“ verbarg: das Venezuela des verlassenem Hinterlandes und der informellen Siedlungen an den Hängen rund um die großen Städte. Die historisch an den Rand gedrängten Bevölkerungsmehrheiten – das informell arbeitende städtische Prekariat, die verarmten Kleinbäuer*innen, Frauen, die rassistisch diskriminierte afrovenezolanische und indigene Bevölkerung – sie alle blieben von den Segnungen der venezolanischen Vorzeigedemokratie weitgehend ausgeschlossen: ein Ausschluss, der zugleich Ursprung und Ausgangspunkt der sogenannten Bolivarianischen Revolution markiert. Denn diese Gruppen, die im wesentlichen jenen Gesellschaftssektor konstituieren, der in Venezuela als *el pueblo* – „das Volk“ – bezeichnet wird, sollten zur wichtigsten Machtbasis bzw. dem politischen Subjekt des Chavismus werden (Ciccariello-Maher 2013: 12ff., 20; Tinker Salas 2015: 89, 108ff.).

Dabei hat der spanische Begriff *pueblo* im lateinamerikanischen Kontext eine deutlich andere Bedeutung als dessen deutsche Entsprechung, die zumeist mit den völkischen Ideen des Nationalsozialismus oder dem völkerrechtlichen Begriff des „Staatsvolks“ verbunden wird. In Venezuela wird *el pueblo* hingegen überwiegend im Sinne der „einfachen Leute“ oder – politischer – der „ausgegrenzten und unterdrückten Bevölkerungsmehrheit“ verstanden und meint damit genau jene, die eben nicht

als Teil oder vollwertige Mitglieder der ethnisch-kulturell oder politisch-rechtlich gefassten Volksgemeinschaft im europäischen Sinn gelten. Im Gegensatz zu den homogenisierenden und harmonistischen Vorstellungen einer ethnisch-kulturellen oder politischen „Gemeinschaft der Gleichen“ verweist das Konzept des *pueblo* damit auf ein konfliktives Gesellschaftsverständnis und markiert einen Riss zwischen einer exklusiven Dominanzgesellschaft einerseits und der Bevölkerungsmehrheit der von dieser Gesellschaft Ausgeschlossenen und Unterdrückten andererseits (Dussel 2013: 91-98; Ciccariello-Maher 2013: 8f.; Kastner 2013).

Der Aufstieg und Charakter des chavistischen Projekts kann nur vor dem Hintergrund des langen Prozesses der Politisierung, Organisation und Mobilisierung dieser marginalisierten Bevölkerungsgruppen zu einem kollektiv handelnden Subjekt und relevanten politischen Machtfaktor verstanden werden – eine Entwicklung, die sich ausgehend von der Etablierung der IV. Republik und im Widerstand gegen diese vollzieht. Dabei ist die leitende Vision und konkrete Utopie einer radikalen Demokratisierung der Gesellschaft, wie sie mit dem Anspruch der „partizipativen und protagonistischen Demokratie“ Jahrzehnte später in der Verfassung festgeschrieben werden sollte, bereits im Ausgangspunkt dieses Prozesses angelegt, ebenso wie das ambivalente, spannungsgeladene und immer wieder konfliktive Verhältnis zu den Institutionen des Staats und anderen Formen zentralisierter Macht, das die chavistische Basis bis heute charakterisiert (siehe die Beiträge von Grajales und Rojas in diesem Heft). Denn dieser Staat wurde von ihr über Jahrzehnte als fremde Macht erlebt, und das Modell der repräsentativen Demokratie galt ihr weniger als Weg politischer Mitbestimmung denn als Symbol für Ausschluss und Repression (Ciccariello-Maher 2013: 9ff.). Folglich musste auch ihr Kampf um gesellschaftliche Teilhabe und Emanzipation nicht auf Inklusion in das Institutionengefüge der IV. Republik abzielen, sondern auf deren radikale Transformation: „[T]he establishment of formal democracy in Venezuela marks the beginning of another struggle, a struggle for both democracy and equality as *substantive* and not merely formal parameters of social life“ (ebd.: 9, Hervorhebung im Original).

6. Die Entstehung des Chavismus als Bewegung

Die Entstehungsgeschichte des Chavismus gestaltete sich in der Folge als Suchbewegung nach Formen, Wegen und Strategien der Umsetzung einer solchen substanziellen Demokratisierung, wobei die Frage nach der Rolle des Staates und den bestehenden Institutionen der repräsentativen Demokratie zu einem zentralen strukturierenden Element werden sollte. Dabei changiert diese Suchbewegung zwischen Ansätzen und Phasen eher autonomer Selbstorganisationsprozesse „von unten“ und solchen stärker staatlich und zentralistisch orientierter Demokratisierungsbestrebungen „von oben“. Das komplexe Zusammenspiel dieser beiden Pole von dezentral „populärer“ und zentraler staatlicher Macht bildet ein wesentliches Charakteristikum des chavistischen Projekts und prägt die aktuellen Entwicklungen, wie die Essays in diesem Heft zeigen (Ciccariello-Maher 2013: 15-20). Die Wechselfälle, Verlaufslinien und Eckpfeiler dieses Prozesses können hier allerdings nur in groben Zügen angedeutet werden.

Der Widerstand gegen die IV. Republik artikuliert sich in den 1960er Jahren zunächst als bewaffneter (Guerilla-)Kampf nach kubanischem Vorbild, der auf die Eroberung der Staatsmacht durch eine kleine revolutionäre Elite abzielte, aber keine substanzielle Wirkung entfalten konnte. Das vollständige Scheitern dieses avantgardistischen Ansatzes, der die Guerilleros zunehmend isoliert und von der Basis der marginalisierten Bevölkerungsgruppen entfremdet hatte, führte zu einer allmählichen, aber gleichzeitig grundlegenden strategischen Reorientierung der revolutionären Bewegung. Dabei verschob sich der strategische Fokus von der Übernahme der Staatsmacht zum Aufbau „populärer“ Gegenmacht „von unten“. Die 1970er und 1980er Jahre markieren eine lange Phase politischer Basisarbeit, in der ein breites Feld an autonomen Kollektiven und Experimenten radikaldemokratischer Selbstverwaltung entstanden ist, womit aus heutiger Perspektive die Grundsteine des Chavismus als Bewegung gelegt wurden (Ciccariello-Maher 2013: 11f., 17ff, 22-87; Tinker Salas 2015: 95f.).

Der Ausgangspunkt des Chavismus als Staats- und Regierungsprojekt wiederum muss in den 1980er und 1990er Jahren und dem Zusammenbruch der IV. Republik gesucht werden, der sich in dieser Zeit vollzog. Dabei markiert der sogenannte *Caracazo* vom Februar 1989 eine entscheidende Zäsur in der venezolanischen Geschichte. Diesem Volksaufstand

war der Verfall der Erdölpreise zu Beginn des Jahrzehnts und darauf folgend eine Reihe neoliberaler Strukturanpassungsprogramme vorausgegangen, die das Arrangement der IV. Republik immer weiter aushöhlten. Am 27. Februar 1989 entlud sich der Unmut über ein neuerliches Sparpaket des frisch gewählten Präsidenten Carlos Andrés Pérez in mehrtägigen Rebellionen und Plünderungen, die ausgehend von den Armenvierteln der Hauptstadt Caracas bald das ganze Land erfassten (Tinker Salas 2015: 111-121).

Auch wenn der Aufstand zunächst niedergeschlagen wurde (die Schätzungen reichen von rund 300 bis 3000 Todesopfern), markiert er einen entscheidenden Wendepunkt in der venezolanischen Geschichte. Zum einen läutete er den endgültigen Kollaps der IV. Republik und ihrer politischen Eliten ein, die sich von diesem Schlag nicht mehr erholen sollten. Zum anderen aber wurde darin erstmals das enorme Machtpotenzial der marginalisierten Bevölkerungsgruppen sichtbar, die in der Lage waren, das gesamte Land lahmzulegen und die damit die lange untergründig schwellenden rassistischen Ängste der venezolanischen Eliten in ein manifestes Gefühl der Belagerung verwandelten: „To those in power the Caracazo represented the eruption of barbarism, of primitivism pitted against civilisation“ (Cannon 2008: 739). Zugleich bildete dieser rebellische „Einbruch“ des „anderen Venezuela“ in die öffentliche Sichtbarkeit den Ausgangspunkt seiner Institutionalisierung zum chavistischen Staatsprojekt (Tinker Salas 2015: 118ff.; Ciccariello-Maher 2013: 12ff., 88ff.).

7. Vom Volksaufstand zum Regierungsprojekt

Linke Gruppierungen innerhalb der Armee, die sich rund um Hugo Chávez unter dem Namen „*Bolivarianische Revolutionsbewegung 200*“ (*Movimiento Bolivariano Revolucionaria 200 – MBR-200*) organisiert hatten, griffen die im *Caracazo* sichtbar gewordene populäre Mobilisierung auf und versuchten, die seit den 1970er Jahren entstandene (dezentrale) Bewegung autonomer Selbstverwaltungskollektive mit der Strategie eines militärischen Umsturzes und ihrer staatlichen Institutionalisierung zu verbinden. Ziel war es, über die Eroberung der Staatsmacht die repräsentative Demokratie durch eine Art rätendemokratischer Staatlichkeit

zu ersetzen, in der die politische Machtausübung über lokal verankerte Versammlungsstrukturen direkt von der gesellschaftlichen Basis ausgehen sollte (Ciccariello-Maher 2016: 22ff.; Ciccariello-Maher 2013: 18ff.).

Der Versuch, diese putschistische Strategie in die Tat umzusetzen, scheiterte zwar zunächst. Allerdings machte der erste von zwei Putschversuchen im Februar 1992 dessen Anführer Hugo Chávez mit einem Schlag im ganzen Land bekannt und bildete so die Grundlage für seinen Sieg bei den Präsidentschaftswahlen 1998 (Tinker Salas 2015: 122-131; Ciccariello Maher 2013: 14f.). Der Wechsel von einer aufständischen zu einer Wahlstrategie und die damit verbundene Notwendigkeit einer klassenübergreifenden Bündnispolitik führten (wie Manuel Azuaje in seinem Beitrag argumentiert) in den ersten Jahren der Regierung Chávez noch zu einer deutlich gemäßigten, reformistischen Linie und einer Abschwächung der ursprünglich radikaldemokratischen Ambitionen des MBR-200.

Ab 2003 kam es jedoch zu einer deutlichen Re-Radikalisierung des chavistischen Projekts. Ausgangspunkt waren zwei Umsturzversuche von Seiten der Opposition: Im April 2002 wurde ein medial orchestrierter Staatsstreich durch eine neuerliche Mobilisierung der chavistischen Basis im Bündnis mit loyalen Militärs abgewehrt; Ende desselben Jahres stürzten großflächige Betriebsaussperrungen und ein Streik in der Erdölindustrie das Land zwar in eine schwere Rezession, die die Regierung aber nicht zu Fall bringen konnte. In den folgenden Jahren kam es zu einem dynamischen Zusammenspiel politischer Mobilisierungs- und Organisationsprozesse „von unten“ und der staatlichen Förderung und Institutionalisierung radikaldemokratischer Modelle „von oben“, die als die „goldenen Jahre der Bolivarianischen Revolution“ bekannt werden sollten (Wilpert 2007: 18ff.; Ciccariello-Maher 2013: 166-179; Tinker Salas 2015: 151ff., 192ff.). Gegen Ende des Jahrzehnts ebte diese partizipative Dynamik allmählich ab, und auf Ebene von Regierung, Partei und Staatsapparat wurden zunehmende Bürokratisierungs- und Zentralisierungstendenzen erkennbar.

Die letzten Jahre unter Chávez waren von dessen Versuch gekennzeichnet, „das Ruder herumzureißen“ (so der Titel von Chávez' Ansprache beim ersten Ministerrat nach der Präsidentschaftswahl im Herbst 2012, die als *El Golpe de Timón* bekannt wurde), um das Projekt der partizipativen, protagonistischen und sozialistischen Demokratie wiederzubeleben und auf eine neue institutionelle Stufe zu heben. Mit dem Gesetz

der „Comuna“ war 2010 eine neue Organisationsform institutionalisiert worden, die den Grundstein einer künftigen rätedemokratischen „kommunalen“ Staatsarchitektur bilden sollte. In dieser wurden die heterogenen und zerstreuten lokalen Basisinitiativen zu größeren Selbstverwaltungseinheiten verbunden, die sich in weiterer Folge zu einer landesweiten Struktur vernetzen sollten. Darüber hinaus sollten auch die produktiven Kapazitäten des selbstverwalteten Sektors gestärkt werden, um die Demokratisierung des ökonomischen Bereichs unter kommunaler Kontrolle voranzutreiben (Ciccariello-Maher 2016: 14ff.). Im Präsidentschaftswahlkampf 2012 und dem bereits angesprochenen *Golpe de Timón* – der letzten großen programmatischen Rede des Präsidenten – bestimmte Chávez unter dem Slogan „Comuna oder nichts!“ (*Comuna o nada!*) das Modell des kommunalen Staats als sein politisches Vermächtnis (Chávez Frías 2012).

Nach Chávez' Tod im März 2013 kam es tatsächlich zu einer kurzen dynamischen Phase mit verstärkten Organisationsprozessen „von unten“ und zumindest teilweise unterstützenden Politiken „von oben“ (Ciccariello-Maher 2016: 14-19, 25-28). Die aktuelle Konjunktur ist hingegen vor allem von der schweren Wirtschaftskrise und den heftigen Machtkämpfen bestimmt, die das Land seit 2014 erfasst haben. Auf Seiten der Regierung zeigt sich in diesem Kontext eine deutliche Verschärfung bürokratischer und autoritärer Entwicklungen sowie eine zunehmend konservative Wirtschaftspolitik, während die Förderung des kommunalen Projekts an Bedeutung verliert (siehe die Beiträge von Grajales und Rojas in diesem Heft; Lambert 2020a).

Auf der Ebene der chavistischen Basis wiederum kommt es angesichts der erschwerten Lebensbedingungen einerseits zu deutlichen Entpolitisierungsprozessen unter den historisch marginalisierten Bevölkerungsgruppen. Andererseits erlebt der organisierte Bereich der Comunas im Kontext der Krise neue, wenn auch prekäre und sehr konfliktive Impulse (Grajales und Rojas in diesem Heft; Lambert 2020a). So haben angesichts von Wirtschaftssanktionen und Versorgungsengpässen lokale agrarökologische Projekte als Möglichkeiten zur Selbstversorgung und zur Stärkung der Ernährungssouveränität an Bedeutung gewonnen (Monjane 2020). Dabei zeigt sich eine Erweiterung der ursprünglich stark in den Städten verankerten Selbstverwaltungsinitiativen in den ländlichen Bereich und ein zunehmender Fokus auf den Aufbau produktiver Kapazitäten und

solidarökonomischer Netzwerke, um die Abhängigkeit von Importen und kapitalistischen Wirtschaftskreisläufen zu verringern (Grajales und Rojas in diesem Heft).

Zugleich verschärft sich der Richtungskampf der chavistischen Basisbewegungen mit der Regierung Maduro. Während diese gegenüber internationalen und nationalen Umsturzversuchen weitgehend verteidigt wird, nehmen Konflikte zwischen Basisorganisationen und staatlichen Institutionen auf allen Ebenen an Ausmaß und Intensität zu. Dabei versuchen Letztere durch Aktionen auf nationaler Ebene und eine verstärkte Vernetzung des weitgehend zerstreuten Feldes lokaler Basisorganisationen wieder an Einfluss auf die Regierungspolitik zu gewinnen (Rojas in diesem Heft; Lambert 2020a). So demonstrierten Kleinbäuer*innenbewegungen im Sommer 2018 in einem mehrwöchigen Campesino-Marsch gegen Großgrundbesitz, Landvertreibungen und Gewalt gegen kleinbäuerliche Aktivist*innen (Pascual Marquina 2018; Alí López 2018). Ein Jahr später wiederum lancierte ein landesweites Bündnis von Basisorganisationen ein umfangreiches Manifest „für eine chavistische Überwindung der Krise“ (Surgentes et al. 2019) im Sinne einer Stärkung des kommunalen Projekts selbstverwalteter Produktion und partizipativer Demokratie (ebd.; Comunachos 2019).

Die Bolivarianische Revolution steht derzeit am Scheideweg. Das chavistische Regierungsprojekt steckt zweifellos in einer tiefen Krise und hat seinen Status als Hoffnungsträger eines radikaldemokratischen Sozialismus längst verloren. Doch anders als es die Berichterstattung über Venezuela nahelegt, wird die Zukunft dieser Utopie nicht allein von den Führungspersönlichkeiten von Regierung und Opposition entschieden. Die progressive Dynamik der Bolivarianischen Revolution ging von den popularen Bewegungen aus und ist auch weiterhin dort zu finden. Wenn sich die chavistische Regierung in den letzten Jahren auch immer weiter von der Vision des „kommunalen Staates“ entfremdet hat, so sind die popularen Bewegungen und deren politische Erfahrungen und Ziele damit nicht einfach verschwunden. Ihre Position freilich ist deutlich geschwächt. Die strukturellen Rahmenbedingungen der venezolanischen Erdölgesellschaft und die aktuelle politische und wirtschaftliche Konjunktur haben reaktionäre Entwicklungen befeuert und zahlreiche Errungenschaften zunichte gemacht. Venezuela befindet sich in einer Situation der Abhän-

gigkeit und Krise, die im Moment wenig Spielraum für jenes emanzipatorische Handeln und utopische Experimentieren lässt, das die Bolivarianische Revolution lange auszeichnete. Umso wichtiger ist eine solidarische und differenzierte Perspektive, die der Komplexität und Widersprüchlichkeit politischer Entwicklungen Rechnung trägt und den Blick auf jene Kräfte richtet, die die Utopie einer ganz anderen Gesellschaft – auch oder gerade in Zeiten der Krise – vorantreiben.

8. Zu den Beiträgen

Diesem Anspruch versuchen wir mit der vorliegenden Ausgabe des *Journals für Entwicklungspolitik* gerecht zu werden und rücken einige Aspekte der Bolivarianischen Revolution in den Blick, die in aktuellen Berichten und Analysen nur marginal Beachtung finden.

Im ersten Teil des Heftes versammeln wir zwei wissenschaftliche Beiträge, die sich mit den sozioökonomischen Tiefenstrukturen der postkolonialen venezolanischen Erdölgesellschaft und den damit verbundenen Schwierigkeiten für die Utopie eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts auseinandersetzen.

Zunächst rückt Stefan Peters die wirtschaftlichen Grundlagen des chavistischen Transformationsprojekts in den Fokus und analysiert die Implikationen der einseitigen Abhängigkeit Venezuelas vom Export seines wichtigsten Rohstoffs Erdöl. Peters macht deutlich, dass die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte vor dem Hintergrund der spezifischen Charakteristika einer Rentengesellschaft verstanden werden müssen und argumentiert, dass die Bolivarianische Revolution letztlich an der hartnäckigen Kontinuität der politökonomischen Tiefenströmungen dieser venezolanischen Rentengesellschaft gescheitert ist.

Margarita Langthaler wiederum beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit den sozialstrukturellen, ideologischen und kulturellen Dimensionen des chavistischen Transformationsprojekts. Sie untersucht die Bildungspolitik der Bolivarianischen Revolution, die darauf abzielte, über Bildung vererbte Ungleichheiten abzubauen, gesellschaftliche Randgruppen zu ermächtigen und so eine chavistische Gegenhegemonie in Venezuela zu festigen. Dabei macht sie auf eine wichtige Kehrseite der kampagnenartig organisierten

und stark auf politische Partizipation orientierten chavistischen Sozialpolitik deutlich. Während die Regierung nämlich den Aufbau alternativer Bildungswege forcierte, so die These, habe sie es versäumt, grundlegende Reformen im bestehenden Bildungssystem durchzusetzen und damit die zentralen Mechanismen der Elitenreproduktion in Venezuela zu transformieren.

Im zweiten Teil des Heftes und auf der Webseite des Journals für Entwicklungspolitik nehmen wir schließlich die internen Dynamiken und Charakteristika des Chavismus unter die Lupe und richten den Blick auf die chavistischen Basisbewegungen und ihr Projekt eines radikaldemokratischen, kommunalen Sozialismus – ein Bereich, der im deutschsprachigen Raum mit Ausnahme der Arbeiten von Dario Azzellini (2010; 2012; 2015) und vereinzelter journalistischer Beiträge (z.B. Lambert 2020a) bislang weitgehend ausgeblendet geblieben ist. Die Autor*innen der hier versammelten Essays sind eng mit diesen Bewegungen verbunden und zum Teil selbst in Basisorganisationen aktiv. Ihre Beiträge sind dabei als nicht bloß wissenschaftliche Analysen, sondern auch politische Interventionen in den aktuellen Auseinandersetzungen um die Zukunft der Bolivarianischen Revolution zu verstehen.

Den Anfang macht die Anwältin Martha Lía Grajales aus Caracas. Sie ist Teil der Menschenrechtsorganisation *Surgentes* und engagiert sich als Mitbegründerin der Kooperative *San Agustín Convive* direkt in der Basisorganisation im popularen Viertel San Agustín in Caracas. In ihrem Essay gibt sie Einblick in den Aufbau selbstverwalteter Strukturen „populärer Macht“ und deren komplexes Verhältnis zu den etablierten Instanzen von Partei und Staat. Dabei betont sie vor allem die Notwendigkeit, die produktiven Kapazitäten dieser Strukturen zu stärken, um externe Abhängigkeiten abzubauen und eine tragfähige gesellschaftliche Alternative „von unten“ zu entwickeln.

Der Soziologe Reinaldo Iturriza López kann als vielleicht bekanntester Analyst, Theoretiker und „organischer Intellektueller“ der chavistischen Basisbewegungen gelten. Nach dem Tod von Hugo Chávez 2013 begleitete er als Minister für Comunas und Soziale Bewegungen eine kurze dynamische Phase populärer Organisation, ehe er von 2014 bis Anfang 2016 das Amt des Kulturministers innehatte. In seinem Buch *El Chavismo Salvaje* („Der unzivilisierte, wilde, barbarische Chavismus“), das wenige

Monate nach seinem Rückzug aus der Regierung erschien, betont Iturriza López nachdrücklich die Bedeutung der Basisbewegungen und den populären Charakter des chavistischen Projektes (Iturriza López 2016). Heute arbeitet er am Nationalen Zentrum für Geschichte in Caracas und reflektiert in seinem Blog *saber y poder* („Wissen und Macht“) (Iturriza López 2020) das politische Geschehen. In seinem Essay wirft Iturriza López einen Blick auf die sozial- und ideengeschichtlichen Entstehungsbedingungen des chavistischen Projektes. Dieses müsse, so Iturriza López, als Ergebnis der Politisierung der historisch marginalisierten Bevölkerungsgruppen zu einem aktiven politischen Subjekt verstanden werden und markiere somit den Einbruch eines über Jahrzehnte hinweg verdrängten, verarmten und rassistisch abgewerteten „anderen Venezuela“ auf die politische Bühne des Landes.

Manuel Azuaje Reverón wiederum gehört wie Martha Lía Grajales einer jüngeren Generation von Intellektuellen und Aktivist*innen an, die bereits unter der Bolivarianischen Revolution politisch sozialisiert wurden. Azuaje Reverón ist Professor für Philosophie, forscht zu politischer Philosophie, Marxismus sowie Geschichte und Gegenwart Lateinamerikas und ist Teil mehrerer Publikationsprojekte wie der Zeitschrift *Apuntes Críticos* (Instituto Estudios Críticos 2020) und des Onlinemagazins *Mentekupa*. Mit dem Kollektiv „Laboratorio Crítico Comunachos“ war er zudem als Mitinitiator an dem Dialogprogramm „für eine chavistische Überwindung der Krise“ im Sommer 2019 beteiligt (Surgentes et al. 2019; Comunachos 2019). Sein Beitrag zu diesem Heft beschäftigt sich mit den politischen Strategien und Konzepten in den Anfangsjahren der chavistischen Bewegung nach den missglückten Putschversuchen 1992. Azuaje argumentiert, dass der Wechsel von einer aufständischen zu einer elektoralen Strategie und die Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen von 1998 zu einer deutlichen Mäßigung der ursprünglich radikaldemokratischen Konzepte des Chavismus führte, was einer radikaleren Ausrichtung der Bolivarianischen Revolution strukturell entgegenwirk(t)e.

Abgerundet wird das Heft durch einen Onlinebeitrag des Aktivisten und Intellektuellen Gerardo Rojas, der auf der Webseite des *Journals für Entwicklungspolitik* frei zugänglich ist. Rojas beteiligte sich bereits in den 1990er Jahren an populären Organisationsprozessen und begleitet seit vielen Jahren den Aufbau und die Vernetzung selbstverwalteter Struk-

turen im ganzen Land. Er ist Mitbegründer des Medienkollektivs *Voces Urgentes* (Voces Urgentes 2020), Mitglied der *Comuna Ataroa* in seiner Heimatstadt Barquisimeto und reflektiert auf seinem Blog *¡Comuna o Nada!* (Rojas 2020) die Entwicklungen des kommunalen Sozialismus. Mit seinem Beitrag bietet Rojas ein umfassendes Panorama dieses Projekts, das von den konzeptionellen Grundlagen der Bolivarianischen Revolution über die Erfolge und Potenziale der popularen Selbstverwaltungsstrukturen bis zu deren aktuellen Herausforderungen und sich verschärfenden Auseinandersetzungen mit Partei und Regierung reicht. Für Rojas sind die popularen Bewegungen die Basis und innovative Kraft des Chavismus, die heute darum ringt, die Utopie eines demokratischen bolivarianischen Sozialismus mit neuem Leben zu erfüllen.

- 1 Die Bezeichnung „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ stammt von dem deutschen Soziologen Heinz Dieterich, dessen konzeptionelle Überlegungen zu einer neuen Form des Sozialismus seit 1996 in verschiedenen Kontexten in Lateinamerika diskutiert wurden, ursprünglich allerdings keinen direkten Bezug zur bolivarianischen Bewegung Venezuelas hatten. Chávez griff diese Überlegungen, vor allem aber den Slogan vom „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, als Selbstbezeichnung für die Bolivarianische Revolution Mitte der 2000er Jahre auf. Dieterichs tatsächlicher Einfluss auf die konzeptionellen Grundlagen des chavistischen Projekts dürfte allerdings gering sein. Die leitende Vision eines partizipativen radikal-demokratischen Sozialismus existierte in der chavistischen Bewegung bereits Anfang der 1990er Jahre und entwickelte sich weitgehend vor und unabhängig von der Verbindung zu Dieterich (siehe z.B. Azuaje in diesem Heft oder Ciccariello-Maher 2016: 22-25).

Literatur

- Alfí López, Ociel (2018): Venezuela – Crece la protesta social. Marcha campesina reaviva la movilización desde abajo. 10.8.2018. <https://correspondenciadeprensa.com/2018/08/10/venezuela-crece-la-protesta-social-marcha-campesina-reaviva-la-movilizacion-desde-abajo/>, 11.5.2020.
- Azzellini, Dario (2007): Venezuela Bolivariana. Revolution des 21. Jahrhunderts? Köln: ISP.
- Azzellini, Dario (2010): Partizipation, Arbeiterkontrolle und die Commune. Bewegungen und soziale Transformation am Beispiel Venezuela. Hamburg: VSA.

- Azzellini, Dario (2012): Arbeiterkontrolle unter der Bolivarianischen Revolution in Venezuela. In: Azzellini, Dario/Ness, Immanuel (Hg.): „Die endlich entdeckte politische Form“. Fabrikräte und Selbstverwaltung von der Russischen Revolution bis heute. Köln/Karlsruhe: ISP, 480-502.
- Azzellini, Dario (2015): Besetzen, Widerstand leisten, produzieren – Betriebsbesetzungen in Argentinien, Brasilien, Uruguay und Venezuela. In: Journal für Entwicklungspolitik 31 (3), 79-105. <https://doi.org/10.20446/JEP-2414-3197-31-2-79>
- BBC (2020): Juan Guaidó. The man who wants to oust Maduro. 23.1.2020. <https://www.bbc.com/news/world-latin-america-46985389>, 26.5.2020.
- BP (2019): BP Statistical Review of World Energy. <https://www.bp.com/content/dam/bp/business-sites/en/global/corporate/pdfs/energy-economics/statistical-review/bp-stats-review-2019-full-report.pdf>, 7.3.2020.
- Cannon, Barry (2008): Class/Race Polarisation in Venezuela and the Electoral Success of Hugo Chávez. A break with the past or the song remains the same? In: Third World Quarterly 29 (4), 731-748. <https://doi.org/10.1080/01436590802075020>
- Cannon, Barry (2019): Juan Guaidó's Policy Proposals: „The Venezuela to Come“ or the Venezuela that has already been? <https://nacla.org/news/2019/03/12/juan-guaid%C3%B3%E2%80%99s-policy-proposals-%E2%80%9Cvenezuela-come%E2%80%9D-or-venezuela-has-already-been>, 21.4.2020.
- Castro, Maolis (2019): Venezuela, bajo el reino del terror policial. https://elpais.com/internacional/2019/08/26/actualidad/1566812838_110189.html, 21.4.2020.
- Chávez Frías, Hugo (2012): El Golpe de timón. I Consejo de Ministros del nuevo ciclo de la Revolución Bolivariana. Caracas: Ediciones Correo del Orinoco.
- Ciccariello-Maher, George (2013): We created Chávez. A people's history of the Venezuelan Revolution. Durham/London: Duke University Press. <https://doi.org/10.1215/9780822378938>
- Ciccariello-Maher, George (2016): Building the Commune. Radical Democracy in Venezuela. London/New York: Verso.
- Comunachos (2019): Diálogos para una Superación Chavista de la Crisis. 25.6.2019. <https://comunachos.home.blog/2019/06/25/dialogos-para-una-superacion-chavista-de-la-crisis/>, 11.5.2020.
- Declas, Marie (2019): Au Venezuela, Nicolas Maduro tient toujours. Le président a encore le soutien de l'armée, alors que l'opposition peine à fédérer les mécontents du chavisme. https://www.lemonde.fr/international/article/2019/05/15/au-venezuela-nicolas-maduro-tient-toujours_5462358_3210.html, 21.4.2020.
- Dussel, Enrique (2013): 20 Thesen zu Politik. Berlin: LIT.
- Eder, Julia (2016): Trade and Productive Integration in ALBA-TCP – A Systematic Comparison with the Corresponding Agendas of COMECON and NAM. In: Journal für Entwicklungspolitik 32 (3), 91-112. <https://doi.org/10.20446/JEP-2414-3197-32-3-91>
- Ertl, Josef (1999): Ein Caudillo alter Prägung. In: Der Standard, 28.7.1999, 5.

- FAO (2013): The State of Food Insecurity in the World. <http://www.fao.org/3/a-i3434e.pdf>, 7.3.2020.
- Fischermann, Thomas (2019): Venezuela. Spielball der Großmächte. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-05/venezuela-nicolas-maduro-juan-guaido-militaer-kuba-china>, 26.5.2020.
- Harnecker, Marta (2007): *Rebuilding the Left*. London/New York: Zed Books.
- Herdin, Franziska (2005): Der bolivarianische Prozess in Venezuela. Eine Alternative zum Neoliberalismus? In: *Journal für Entwicklungspolitik* 21 (2), 100-124. <https://doi.org/10.20446/JEP-2414-3197-21-2-100>
- Herrera, Isayen (2020): Venezuela's Maduro, Used to Crises, Faces His Toughest One Yet. <https://www.nytimes.com/2020/04/13/world/americas/venezuela-maduro-oil.html>, 19.4.2020.
- Instituto Estudios Críticos (2020): *Apuntes Críticos. Coyuntura Política latinoamericana*. <https://institutoestudioscriticos.blogspot.com/search/label/APUNTES%20CR%C3%8DTICOS>, 1.6.2020.
- Iurriza López, Reinaldo (2016): *El Chavismo Salvaje*. Caracas: Trinchera.
- Iurriza López, Reinaldo (2020): *saber y poder*. <https://elotrosaberypoder.wordpress.com/>, 1.6.2020.
- Jäger, Johannes/Leubolt, Bernhard/Schmidt, Lukas (2014): Alles Extraktivismus in Südamerika? Rohstoffrenten und Politik in Brasilien, Chile und Venezuela. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 30 (3), 9-26. <https://doi.org/10.20446/JEP-2414-3197-30-3-9>
- Kastner, Jens (2013): *pueblo*. Probleme einer Übersetzung. In: *MALMOE* 62, 24.
- Kurmanaevev, Anatoly/Herrera, Isayen (2020): Venezuela's Capital Is Booming. Is This the End of the Revolution? <https://www.nytimes.com/2020/02/01/world/americas/Venezuela-economy-dollars.html>, 21.4.2020.
- Lambert, Tobias (2020a): *Venezuela. Der Sprung ins Kommunale*. 24.1.2020. <https://amerika21.de/analyse/236270/venezuela-der-sprung-ins-kommunale>, 14.5.2020.
- Lambert, Tobias (2020b): *US-Dollar statt Bolívar in Venezuela*. <https://www.derstandard.at/story/2000114530832/us-dollar-statt-bolivar-in-venezuela>, 21.4.2020.
- Lebowitz, Michael (2006): *Build it now. Socialism for the twenty-first century*. New York: Monthly Review Press.
- Lubbock, Rowan (2020): The hidden edifice of (food) sovereignty: Rights, territory, and the struggle for agrarian reform in Venezuela. In: *Journal of Agrarian Change* 20 (3), 289-310. <https://doi.org/10.1111/joac.12347>
- Monjane, Bouventura (2020): *Venezuela. Farmers Resist Economic Blockade by Increasing Food Production*. <https://viacampesina.org/en/venezuela-farmers-resist-economic-blockade-by-increasing-food-production/>, 8.5.2020.

- OPEC (2020): Annual Statistical Bulletin (Interactive Version). <https://asb.opec.org/index.php/interactive-charts>, 7.3.2020.
- Plott, Gerhard (1999): Ein Diktator, der den Messias gibt. In: Der Standard, 17.12.1999, 40.
- Pascual Marquina, Cira (2018): Campesinos March Across Venezuela Demanding Gov't Rectify Agrarian Policy. 25.7.2018. <https://venezuelanalysis.com/news/13966>, 11.5.2020.
- Pfluger, Bettina (2020): Nie dagewesener Preissturz beim Öl: Barrel kostet weniger als einen Dollar. <https://www.derstandard.at/story/2000116999248/das-oel-fliesst-der-preis-stuerzt-auf-ein-rekordtief>, 20.4.2020.
- Rojas, Gerardo (2020): ¡Comuna o Nada! <https://gerojasp.wordpress.com/>, 1.6.2020.
- Salter, Lee (2010): Forschungsbericht über die Berichterstattung der BBC zum Thema Venezuela. 12.2.2010. https://amerika21.de/hintergrund/2010/bbc_203948_venezuela, 8.5.2020.
- Schiavoni, Christina (2016): The contested terrain of food sovereignty construction: Toward a historical, relational and interactive approach. In: The Journal of Peasant Studies, 44 (1), 1-32. <https://doi.org/10.1080/03066150.2016.1234455>
- Specia, Megan (2019): Venezuela Crisis: What We Know So Far. <https://www.nytimes.com/2019/05/01/world/americas/venezuela-uprising-crisis.html>, 21.4.2020
- Surgentes et al. (2019): Dialoge für eine chavistische Überwindung der Krise. 13.8.2019. <https://amerika21.de/dokument/229989/venezuela-dialoge-chavismus>, 27.4.2020.
- Sutherland, Manuel (2016): Crítica a la política económica del „socialismo del siglo XXI: apropiación privada de la renta petrolera, política de importaciones y fuga de capitales. In: Nuevo Epoca 38, 39-63. <https://doi.org/10.22201/cela.24484946e.2016.38.57456>
- Sutherland, Manuel (2020): ¿Una dolarización „antiimperialista“? <https://rebellion.org/una-dolarizacion-antiimperialista/>, 21.4.2020.
- Tauss, Aaron (2016): Venezuela: Die „bolivarianische Revolution“ in der Krise. In: PROKLA 183, 325-330. <https://doi.org/10.32387/prokla.v46i183.117>
- Tinker Salas, Miguel (2015): Venezuela. What Everyone Needs to Know. New York: Oxford University Press.
- UNHCR (2020): Factsheet Venezuela. <http://reporting.unhcr.org/sites/default/files/UNHCR%20Venezuela%20situation%20ofactsheet%20-%20January%202020.pdf>, 5.6.2020.
- Voces Urgentes (2020): Voces Urgentes. Comunicación Comunal. <https://vocesurgentes.wordpress.com/>, 1.6.2020.
- Weiss, Sandra (2005): Alle Macht für Chávez in Venezuela. In: Der Standard, 6.12.2005, 6.

Wilpert, Gregory (2007): Changing Venezuela by Taking Power. The History and Policies of the Chávez Government. London/New York: Verso.

Zimmermann, Philipp (2019): Lima-Gruppe und EU fordern aktive internationale Einmischung in Venezuela. <https://amerika21.de/2019/06/227141/limagruppe-kontakgruppe-venezuela>, 26.5.2020.

Jonathan Scalet
jonathan.scalet@gmail.com

Lukas Schmidt
lukas.schmidt@univie.ac.at

STEFAN PETERS

Zur Politischen Ökonomie von Rentengesellschaften: Die Bolivarianische Revolution in Venezuela¹

ABSTRACT Die Bolivarianische Revolution in Venezuela ist gescheitert und das Land steckt in der tiefsten Krise seiner Geschichte. Der Artikel diskutiert aktuelle entwicklungsökonomische Ansätze zum Thema Rohstoffe und Entwicklung und plädiert für eine Neuausrichtung der Forschung. Hierfür wird ein Ansatz zur Analyse von Rentengesellschaften präsentiert. Auf dieser Basis analysiert der Beitrag die Herausbildung rentengesellschaftlicher Strukturen in Venezuela und deren Kontinuitäten im bolivarianischen Transformationsprozess. Die Krise muss – so die These – als ein Ausdruck des fortwährenden Rentismus verstanden werden.

KEYWORDS Venezuela, Rententheorie, Sozialismus, Ungleichheit, Lateinamerika

Die Bolivarianische Revolution in Venezuela ist zweifellos gescheitert. Das Bruttoinlandsprodukt des Landes ist nach offiziellen Angaben der venezolanischen Zentralbank zwischen Ende 2014 und Ende 2018 um 55 Prozent zurückgegangen (Banco Central de Venezuela 2020), die Produktion liegt am Boden. Angesichts der grassierenden Inflation werden viele Waren des täglichen Bedarfs nur noch in Devisen gehandelt. Auch die soziale Situation ist katastrophal: Die monatlichen Reallöhne sind in der Regel auf niedrige zweistellige Dollarbeträge zusammengesmolzen (Sutherland 2020; van Roekel/de Theije 2020). Die Armutszahlen erreichen Rekordniveaus, und laut Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM 2019) sind bis Oktober 2019 ca. 4,5 Millionen meist junge und zunehmend verarmte Venezolaner_innen auf der Suche nach

einem Auskommen für sich und ihre Familien in die südamerikanischen Nachbarländer ausgewandert. Kurz: Venezuela erlebt die tiefste Krise in der Geschichte des Landes.

Oft werden die Gründe für den Niedergang des einstigen Hoffnungsträgers der lateinamerikanischen und internationalen Linken – je nach politischer Positionierung – entweder in einem vermeintlich vorprogrammierten Scheitern sozialistischer Transformationsprojekte oder in einem Wirtschaftskrieg der USA und ihrer venezolanischen und internationalen Verbündeten sowie deren imperialen Interessen an den venezolanischen Erdölreserven gesucht (González/Borón 2019; Hidalgo 2019). Der vorliegende Artikel wendet sich gegen beide Erklärungen und setzt den Fokus auf eine Analyse der fortwährenden politökonomischen Tiefenströmungen der venezolanischen Rentengesellschaft.

Ohne den Einfluss exogener Faktoren zu negieren, liegt der Fokus auf den binnengesellschaftlichen Konfigurationen und mithin auf der Analyse struktureller endogener Faktoren zur Erklärung des Scheiterns der Bolivarianischen Revolution. Der Artikel nimmt hierfür jüngere Hinweise auf das Desiderat einer Weiterentwicklung rententheoretischer Forschungen auf (Harvey 2010: 183) und wendet sich gegen die Fokussierung des *Mainstreams* der Debatte um Rohstoffe, Renteneinnahmen und Entwicklung auf die Dichotomie *resource curse vs. resource blessing*. Demgegenüber wird für die Einnahme einer soziologisch erweiterten rententheoretischen Analyse plädiert. Diese wird mit Venezuela auf den paradigmatischen Fall eines Landes, das seit etwa einhundert Jahren durch den Zufluss von Renteneinnahmen aus dem Erdölexport geprägt und durch die aktuelle Krise von besonderer Relevanz ist, angewendet.

1. Entwicklungstheoretische Perspektiven auf Rohstoffe und Entwicklung

Ein großer Teil der Volkswirtschaften des Globalen Südens ist abhängig von der Extraktion und dem Export von Rohstoffen (Peters 2019: 17f.). Rohstoffstaaten basieren ökonomisch meist zu einem beträchtlichen Teil auf Renteneinnahmen. Diese entstehen durch politisch abgesicherte Monopole und können als „payment that recognizes mere ownership“

definiert werden (Sorensen 1996: 1337; siehe auch Andreucci et al. 2017; Vergara-Camus/Kay 2017). Renteneinnahmen fußen nicht auf Arbeits- oder Investitionsleistungen des Empfängers und stehen diesem deshalb zur freien Verfügung. Der Rentencharakter entbindet vom kapitalistischen Strukturzwang der Verwertung von Wert durch Arbeit sowie der kontinuierlichen Reinvestition von Gewinnen bei Strafe des Untergangs in der kapitalistischen Konkurrenz. Die Besonderheit der Renteneinnahmen ermöglicht es dem Rentier vielmehr, die Entscheidung über deren Verwendung nicht nach ökonomischen, sondern nach sozialen und/oder politischen Kriterien zu treffen.

Der Fokus der entwicklungstheoretischen Debatten zu Rohstoffen und Entwicklung lag bisher meist auf den wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen von Rohstoffabhängigkeit bzw. Rohstoffreichtum. In der Regel dienen dabei westliche Kategorien als Bewertungsmaßstab, während die Charakteristika von Rentenökonomien oder Rentier-Staaten dementsprechend als Abweichungen oder Deformationen interpretiert werden (Beblawi/Luciani 1987; Yates 1996). Jüngere Diskussionen rekurrieren vermehrt auf quantitative Methoden und widmen sich der Fragestellung, ob Rohstoffe notwendig einen entwicklungspolitischen Fluch (*resource curse*) darstellen oder ihnen entwicklungsförderndes Potenzial (*resource blessing*) zugesprochen werden kann (Ross 2012; Menaldo 2016). Theoretisch sind dabei einerseits neoklassische und andererseits institutionalistische Ansätze dominierend. Beiden ist gemein, dass sie in der Regel einem eurozentrischen und normativen *bias* verhaftet bleiben. Die Ergebnisse der Rohstoffstaaten werden mit denen der ‚entwickelten‘ Staaten des Globalen Nordens verglichen, um auf diese Weise Defizite zu vermessen und einen Rohstofffluch oder einen Rohstoffsegen belegen zu können. Trotz reger Forschungstätigkeit bleiben die Unsicherheiten der Wissenschaft jedoch frappierend. Selbst bei Engführung des Entwicklungsbegriffs auf Wirtschaftswachstum kamen Havranek et al. (2016) in einer aktuellen Meta-studie zu einem ebenso aufschlussreichen wie für die entwicklungspolitische Beratung ernüchternden Ergebnis: Von 605 Regressionsanalysen zum Thema fanden 40 Prozent einen negativen, 20 Prozent einen positiven und weitere 40 Prozent keinen Zusammenhang zwischen Rohstofforientierung und Wirtschaftswachstum.

Problematisch ist der Fokus auf die Dichotomie *resource curse vs. resource blessing* vor allem aufgrund der Priorisierung der Suche nach „sweeping, law-like statements“ (Haber/Menaldo 2011: 25) über die entwicklungs-politischen Effekte der wirtschaftlichen Rohstoffabhängigkeit mittels entwicklungsökonomischer Ansätze und der damit verbundenen Vorliebe für Regressionsanalysen. Dies ermöglicht zwar schlanke Forschungsdesigns, vergibt jedoch das Potenzial, die Besonderheiten von Rohstoffstaaten und die Konsequenzen der Rentenabhängigkeit angemessen zu theoretisieren und empirisch zu erfassen. Dies ist nicht nur wissenschaftlich unbefriedigend, sondern führt auch immer wieder zu wenig passgenauen Politikempfehlungen – Stärkung des Institutionengefüges, Bekämpfung von Korruption, *rent-seeking*, Klientelismus und Nepotismus oder die Förderung von Effizienz und Transparenz –, die sich im Praxistest in der Regel als wenig hilfreich erweisen. Wenn daraus folgende Fehlschläge von Entwicklungsorganisationen mit der mangelnden „Fähigkeit und Bereitschaft, natürliche Ressourcen nachhaltig und im Sinne des Wohles aller zu nutzen“ (BMZ 2010: 3) erklärt werden, zeigt dies, dass es an einem vertieften Verständnis der Dynamiken von Rohstoffstaaten mangelt. Schärfer formuliert kann argumentiert werden, dass die Entwicklungs-politik oft frei nach Hegels Aphorismus agiert und den Rohstoffstaaten vorwirft, nicht mit den eurozentrischen Theorieannahmen der Praxisempfehlungen übereinzustimmen, anstatt die rentengesellschaftlichen Besonderheiten neugierig zu erforschen.

Genau dies strebt der hier vorgeschlagene alternative Ansatz zur Erforschung von Rentengesellschaften an (Peters 2019). Rentengesellschaften sind soziale Formationen (auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene), die seit mehreren Dekaden durch substanzielle Rentenzuflüsse geprägt werden. Dabei wird angenommen, dass die Renteneinnahmen die Wirtschaft, Gesellschaft und Politik durchdringen und dadurch partikulare gesellschaftliche Konfigurationen ausbilden, die mit den herkömmlichen, am okzidental Modell geschärften Kategorien nicht adäquat erfasst werden können. Dies impliziert *erstens* anzuerkennen, dass die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungsdynamiken in Rohstoffländern nicht notwendig besser oder schlechter, wohl aber anders als im Globalen Norden verlaufen. Dies liegt in den Besonderheiten der

Renteneinnahmen begründet. Für kapitalistische Gesellschaften zentrale Logiken sind in Rentengesellschaften zumindest partiell außer Kraft gesetzt (Coronil 2008). Die Renteneinnahmen ermöglichen es, ökonomischen Effizienzkriterien bei der Rentenverwendung gegenüber politischen und/oder sozialen Gesichtspunkten eine untergeordnete Bedeutung zuzuweisen. Folglich können risikobehaftete Investitionen zur Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität und Effizienz gegenüber der Pflege guter Beziehungen zu den staatlichen Futtertrögen der Rentenverteilung ebenso vernachlässigt werden wie ein protestantisches Arbeitsethos à la Weber. Die materielle Grundlage von Rentengesellschaften basiert schließlich nicht auf der Verwertung von Wert durch Arbeit, sondern auf dem „Export von Natur“ (Coronil 1997). *Zweitens* möchte der hier vertretene Ansatz zur Erforschung der Rentengesellschaften dem tendenziell apolitischen Fokus der entwicklungsökonomischen Forschungen zum Fluch bzw. Segen der Rohstoffausrichtung eine politökonomische Perspektive auf die Gewinner_innen und Verlierer_innen des Prozesses der Aneignung und Verteilung der Renteneinnahmen entgegenstellen.² *Drittens* gilt es, die sozialen und soziokulturellen Besonderheiten von Rentengesellschaften in den Blick zu nehmen, ohne in moralische Kategorien zu verfallen. Oft wird abwertend von einer Rentiersmentalität oder Rentenkultur gesprochen, die als „break in the work-reward causation“ (Beblawi 1987: 52) oder als „culture of easy life, consumerism, and therefore self-centredness“ (Hafez 2009: 466) beschrieben wird. Teilweise können diese Phänomene auch auf Basis von Umfragedaten nachgewiesen werden (für die arabische Halbinsel: Hertog 2020). Bei der Einordnung dieser Beobachtungen und Forschungsergebnisse gilt es gleichwohl, nicht der Versuchung zur Moralisierung oder Kulturalisierung politökonomischer Zusammenhänge zu verfallen. Vielmehr besteht die Herausforderung gerade darin, die Konsequenzen der langjährigen Rentenabhängigkeit für die Herausbildung partikularer Gesellschaftsformationen und habitueller Prägungen zu verstehen, die sich tief in die „mental Infrastrukturen“ (Welzer 2011) von Rentengesellschaften einschreiben und quasinaturalisierte Ansprüche auf Beteiligung an der Rentenverteilung seitens der Bevölkerung hervorbringen.³ Auf der Basis dieser Vorüberlegungen wird im Folgenden die Politische Ökonomie Venezuelas mit Fokus auf die Bolivarianische Revolution analysiert.

2. Venezuela im 20. Jahrhundert: Aufstieg und Fall einer Rentengesellschaft

Anfang des 20. Jahrhunderts war Venezuela ein lateinamerikanisches Armenhaus. Doch mit dem Beginn des Erdölexports wandelte sich Venezuela ab den 1920er Jahren von einem Land an der Peripherie der Peripherie in eine boomende Rentengesellschaft. Im Jahr 1926 überstiegen die Einnahmen aus dem Erdölgeschäft erstmals jene der traditionellen Exportgüter Kaffee und Kakao, und schon 1928 wurde Venezuela zum zweitgrößten Erdölexporteur der Welt (Tinker Salas 2015: 62). Anfangs profitierten primär die Zirkel der Macht von den sprudelnden Erdöleinnahmen. Soziale Entwicklung oder eine wirtschaftliche Diversifizierung standen zunächst nicht auf der politischen Agenda. Dies änderte sich, als der junge Intellektuelle Arturo Uslar Prieti im Juli 1936 einen für die weitere Debatte richtungsweisenden Meinungsartikel mit dem Titel *Sembrar el petróleo* (deutsch: Das Erdöl säen) veröffentlichte. Darin forderte er, die Einnahmen aus dem florierenden Erdölgeschäft zur Förderung der produktiven Wirtschaft einzusetzen und auf diese Weise die Grundlage für eine Reduzierung der Abhängigkeit von dem endlichen Rohstoff zu schaffen. Die griffige Formel „*sembrar el petróleo*“ avancierte bald zu einem zentralen Referenzpunkt der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Debatten in Venezuela (Baptista/Mommer 1987; Quintero 2014). Hinter der weit verbreiteten Zustimmung zur Formel verbergen sich gleichwohl unterschiedliche Ansatzpunkte mit jeweils konkurrierenden Strategien. Einerseits zielt die Strategie auf die Maximierung der staatlichen Erdöleinnahmen. Dies kann sowohl durch eine Politik zur Erhöhung der staatlichen Renteneinnahmen pro Barrel als auch mittels der Ausweitung des Fördervolumens erreicht werden. Andererseits zielt die Formel auf die Diversifizierung der Wirtschafts- und Exportstruktur. Der konkrete Weg dorthin ist ebenfalls umstritten. Uslar Prieti favorisierte die Investition in den Aufbau industrieller Kapazitäten und die Kapitalisierung der Landwirtschaft, während der zweimalige Präsident Rómulo Betancourt und der Gründungsvater der OPEC Juan Pablo Pérez Alfonzo auch Maßnahmen zur Förderung sozialer Entwicklung (Bildung, Gesundheit) und Politiken zur Reduzierung der Ungleichheiten einschlossen. Damit verbunden waren auch Diskussionen zur Ausräumung der Rolle von Staat und Markt

(Baptista/Mommer 1987). Gemeinsam ist den Ansätzen jeweils, dass sie die Überwindung des Rentismus, eine Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft sowie die Förderung (meist) kapitalistischen Wachstums anstreben.

Die Formel „*sembrar el petróleo*“ wurde schon bald in die praktische Politik getragen. Einerseits konnte der Staat sich mit der Verabschiedung eines neuen Erdölgesetzes (1943) sowie mit der Institutionalisierung des sogenannten *fifty-fifty* im Jahr 1948 eine höhere Beteiligung an den Erdöleinnahmen sichern (España/Manzano 2003). Andererseits übernahm der Staat ab den 1940/1950er Jahren zunehmend die Rolle des zentralen Entwicklungsagenten. Zunächst standen vor allem Modernisierungs- und Infrastrukturprojekte im Fokus, aber bald wurden die staatlichen Anstrengungen auch auf die Expansion sozialpolitischer Leistungen und den Aufbau industrieller Kapazitäten ausgeweitet (Sonntag/de la Cruz 1981). Der Erdöllexport förderte so Wirtschaftswachstum, eine beschleunigte Urbanisierung, breite Möglichkeiten der sozialen Aufwärtsmobilität und beachtliche soziale Entwicklungserfolge. Hiervon profitierte vor allem das urbane Venezuela, während die Landwirtschaft und das rurale Venezuela an Bedeutung verloren (Rangel 1977: 70). Die rasante Entwicklung wurde zudem im Jahr 1958 mit einer politischen Transition zu einer liberal-repräsentativen Demokratie verbunden und festigte den Ausnahmestatus Venezuelas als „privileged Third-World nation“ (Ellner/Tinker Salas 2007: 3).

Die Grundlage der entwicklungspolitischen Erfolge waren die Erdöleinnahmen und deren Verteilung durch den Staat, der seine finanzielle Befreiheit nach der Verstaatlichung der Erdölwirtschaft im Jahr 1976 noch einmal ausweiten konnte. Im Zusammenspiel mit dem starken Anstieg der Erdölpreise in den 1970er Jahren waren die Staatskassen prall gefüllt und sämtliche entwicklungspolitischen Limitierungen schienen pulverisiert. Unter dem Präsidenten Carlos Andrés Pérez wurde der Staat zum allmächtigen Entwicklungsagenten mit geradezu magischen Fähigkeiten (Coronil 1997). Ein zentrales Ziel bestand in der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Tatsächlich gab es dank massiver Subventionierung durch die Renteneinnahmen, verbilligter Kredite und staatlicher Protektion Erfolge beim Aufbau von Produktionskapazitäten. Im Boom stieg die Industrieproduktion. Allerdings gelang es nicht, die Industrie auf eine robuste Basis zu stellen. Die Überbewertung der Landeswährung

wirkte vielmehr zusammen mit der Vernachlässigung von Produktivitätssteigerung einem selbsttragenden Wirtschaftswachstum entgegen. Die Industrie hing somit stets am Tropf der Rohstoffeinnahmen. Sie stützte sich auf die Abschöpfung von Renteneinnahmen und konnte auf diese Weise kapitalistische Effizienzkriterien vernachlässigen. Andreas Boeckh (1988: 640) hat diesen Umstand wie folgt charakterisiert:

„Der Umfang staatlicher Transferleistungen an den privaten Sektor [...] ist derart, daß der Eindruck entstehen konnte, es gehe dem Unternehmen nicht, wie in kapitalistischen Verhältnissen üblich, um Kapitalakkumulation mittels Warenproduktion, sondern daß letztere nur ein Vorwand sei, um an der Verteilung der staatlichen Rente beteiligt zu werden.“

Die Auswahlkriterien für die Vergabe staatlicher Unterstützung waren eher politischer und/oder sozialer denn wirtschaftlicher Natur und wirkten sich entsprechend negativ auf die volkswirtschaftliche Effizienz aus. Dies als politisches Versagen zu interpretieren, setzt voraus, dass ökonomische Effizienz tatsächlich das wirtschaftspolitische Leitmotiv ist. Gerade in Rentengesellschaften ist dies aber zumindest diskutabel. Schließlich entbinden die Renteneinnahmen den Staat von der Erfordernis, wirtschaftspolitische Entscheidungen nach lästigen Effizienzkriterien zu treffen. Genau hierin liegt ein zentrales Element für das Verständnis der politischen Ökonomie der venezolanischen Rentengesellschaft (Peters 2019).

Die Analyse der Verteilung der Renteneinnahmen ist ebenfalls von zentraler Bedeutung für das Verständnis der venezolanischen Rentengesellschaft. In der Gesamtschau konnte die Mittel- und Oberschicht einem pompösen und am Luxuskonsum orientierten Lebensstil frönen, die urbane Arbeiterschaft erfreute sich an hohen Reallöhnen und breiten Teilen der Bevölkerung wurde eine reale soziale Aufwärtsmobilität ermöglicht. Hingegen erhielt die marginalisierte Bevölkerung in den urbanen Armenvierteln und auf dem Land allenfalls die Brotkrumen des Erdölbooms. Kurz, die staatliche Rentenverteilung ermöglichte eine kollektive Aufwärtsmobilität und (re-)produzierte gleichzeitig die vorhandenen Ungleichheitsstrukturen (Chossudovsky 1977). Die Basis für die wirtschaftlichen und sozialen Verbesserungen war die Verteilung der Renteneinnahmen. Dies geschah über die Subventionierung von Grundnah-

rungsmitteln, Energie und Treibstoff, die Expansion der Sozialpolitik, die – meist klientelistisch organisierte – Ausweitung der Beschäftigung im öffentlichen Sektor und die Privilegierung des Militärs. Neben diesen sichtbaren Mechanismen der Rentenverteilung stellten die Überbewertung der Landeswährung sowie die notorische Unterbesteuerung der Bevölkerung versteckte Formen der Rentenverteilung dar. Schließlich versickerte ein Teil der Renteneinnahmen im Sumpf der Korruption und wurde oft auf ausländische Konten transferiert (Karl 1997; Buxton 2019). Die rapide Urbanisierung sowie der Fokus auf die Aneignung und Verteilung der Renteneinnahmen haben einen breiten Handels- und Dienstleistungssektor sowie eine vergleichsweise große Mittelschicht geschaffen. Die Renteneinnahmen ermöglichten eine hohe Import- und Konsumkapazität, und im Kontext der relativen Prosperität verbreitete sich ein konsumorientierter Lebensstil mit Vorliebe für hochwertige Importprodukte (Briceño-León 1990; Quintero 2014). In der Boomphase entstand ein kollektives Bewusstsein eines qua Geburt gewährten Rechts auf materielle Verbesserungen, die sich aus der Einforderung quasinaturalisierter Ansprüche auf einen Teil der Renteneinnahmen speisten. Dies manifestierte sich paradigmatisch in der starken Subventionierung von Treibstoff sowie in einem weitgehenden Verzicht auf eine nennenswerte direkte Besteuerung der Mittel- und Oberschichten (Karl 1997: 172; Bautista Urbaneja 2013).

Dieser quasinaturalisierte Anspruch auf materielle Verbesserungen wurde im Zuge des Einbruchs der Erdölpreise zu Beginn der 1980er Jahre massiv erschüttert. Während des Booms wurden kaum Rücklagen gebildet, die den Absturz hätten abfedern können. Die Strategie der Eindämmung der sozialen Gegensätze durch die Renteneinnahmen erreichte ihre Grenzen, und Venezuela geriet in eine tiefe Krise, die mit einer wirtschaftspolitischen Kehrtwende einherging: *Sembrar el petróleo* wurde nun als Maximierung der Fördermengen verstanden. Der staatliche Erdölkonzern sollte modernisiert und marktwirtschaftlich ausgerichtet werden. Die Krise und der Rückzug des Staates ließen Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheiten massiv ansteigen. Die neoliberalen Maßnahmen der Regierung führten im Februar 1989 zu einem Volksaufstand (*Caracazo*), der brutal niedergeschlagen wurde und mindestens 400 Todesopfer forderte. Der *Caracazo* beerdigte den Mythos der Ausnahmestellung Venezuelas als prosperierende und vergleichsweise harmo-

nische Demokratie in Lateinamerika (Ellner/Tinker Salas 2007). Auch in den kommenden Jahren konnte die wirtschaftliche und soziale Krise nicht überwunden werden. Zudem wurde das politische System Venezuelas durch Korruptionsskandale erschüttert und die Glaubwürdigkeit der etablierten Politik erodierte. In diesem Kontext präsentierte sich mit Hugo Chávez ein gescheiterter Ex-Putschist und politischer *Outsider* mit einem Programm, das die soziale Frage mit nationalistischer Politik verband, als echte Alternative zum politischen Establishment. Er gewann die Präsidentschaftswahlen von 1998 mit dem Versprechen auf einen grundlegenden Wandel. Tatsächlich berief Chávez kurz nach Amtsantritt eine verfassungsgebende Versammlung ein. Venezuela beschritt den Weg der Bolivarianischen Revolution und stand bald schon im Zeichen des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“.

3. Kontinuität im Wandel: Zur Politischen Ökonomie der Bolivarianischen Revolution in Venezuela

Der Amtsantritt von Hugo Chávez markierte eine Zäsur in der venezolanischen Geschichte und den Beginn der vieldiskutierten Linkswende in Lateinamerika. Die Schwerpunkte des Regierungsprogramms von Chávez lagen auf der Ablehnung neoliberaler Politikrezepte, der Stärkung der Rolle des Staates in der Wirtschaft, der Bearbeitung der sozialen Frage, Korruptionsbekämpfung sowie der Förderung der Diversifizierung der venezolanischen Wirtschaft. Die ehrgeizigen Entwicklungsziele sollten durch die Einnahmen aus der Extraktion und dem Export von Erdöl finanziert werden. Das chavistische Transformationsprojekt basierte somit auf einer zentralen Kontinuität: dem Rentismus.

Als zentrale Weichenstellung sollte sich zu Beginn der Präsidentschaft von Chávez die Wiedergewinnung der staatlichen Kontrolle über den Erdölkonzern PdVSA herausstellen. Flankiert von Bemühungen zur Reaktivierung der OPEC orientierte sich die venezolanische Politik nun zudem erneut auf Steigerungen der Weltmarktpreise statt des Fördervolumens. Unter dem Einfluss des Erdölexperten Bernard Mommer vollzog Chávez damit eine erdölpolitische Kehrtwende. Dies bedeutete auch, dass die Namen und Gesichter der Gewinner der staatlichen Rentenverteilung

ausgewechselt wurden, was heftige Widerstände der Opposition zur Folge hatte, die auch vor einem – von den USA unterstützten – Putschversuch nicht zurückschreckte. Die Regierung von Chávez konnte den Machtkampf gewinnen und legte damit die Grundlage für das chavistische Transformationsprojekt (Zelik 2011). Der Staat hatte nun den direkten Zugriff auf die Erdöleinnahmen des Staatskonzerns PdVSA und die Regierung konnte bald auch lästige *checks-and-balances* bei der Mittelverwendung aushebeln (Vera 2015).

Im Kontext steigender Weltmarktpreise für Erdöl ab 2003/04 weitete sich der finanzielle Spielraum des venezolanischen Staates sukzessive aus. Die Regierung von Chávez nutzte den beispiellosen Zugriff auf die Renteneinnahmen zur Finanzierung ehrgeiziger Reformvorhaben. Der Staat wurde erneut zum zentralen Entwicklungsakteur und steigerte seine Rolle in der Ökonomie. Der Rohstoffboom ermöglichte zwischen 2003 und 2013/14 das kurze „Goldene Zeitalter des Chavismus“ mit hohen Wachstumsraten und deutlichen sozialen Verbesserungen.⁴ Während dieser ersten, erfolgreichen Phase der Bolivarianischen Revolution trug der Staat mit breit ausfinanzierten sozialpolitischen Maßnahmen zur spürbaren Verbesserung der sozialen Situation der historisch benachteiligten Bevölkerungsgruppen in den städtischen Armenvierteln und auf dem Land bei und weitete anfangs auch demokratische Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung aus (Azzellini 2010; España 2015). Zudem positionierte die Regierung von Chávez Venezuela mit Wucht auf der Bühne der internationalen Politik. Venezuela wurde zum Aushängeschild und Zugpferd der Linkswende in Lateinamerika und engagierte sich in der Finanzierung verschiedener Projekte zur Förderung einer antineoliberalen lateinamerikanischen Integration.

Trotz eines hohen Maßes an wirtschaftspolitischer Diskontinuität zielte auch die Bolivarianische Revolution – zumindest offiziell – auf die Diversifizierung der venezolanischen Wirtschafts- und Exportstruktur. In seinem sonntäglichen Fernsehprogramm *Aló Presidente* eröffnete Chávez im Jahr 2006 den Zuschauer_innen seine Vision einer erfolgreichen Diversifizierung und Verringerung der Importabhängigkeit:

„Ihr werdet sehen, dass wir jeden Tag häufiger wiederholen werden: ‚Made in Venezuela‘. Ja! Traktoren made in Venezuela, in der Zukunft, Computer made in

Venezuela, Fahrzeuge made in Venezuela etc. Gewehre made in Venezuela! Das ist der Prozess der Befreiung des Vaterlandes, Befreiung mittels Technologie“ (zit. n. Giuseppe Ávalo 2014: 101).⁵

Diese Ankündigung konnte sich jedoch nicht ansatzweise materialisieren. Ebenso wie die Vorgängerregierungen scheiterte der Chavismus beim Versuch, die Erdölabhängigkeit des Landes zu verringern. In der Praxis wurde kaum eine ernsthafte Förderung der Industrialisierung betrieben, und die Unterstützung der ökonomischen Projekte des kommunalen Sektors brachte ebenso wenig Erfolge wie die Umsetzung und breite Ausfinanzierung einer Landreform (Álvarez 2013; Gutiérrez 2015; siehe auch die Essays von Grajales und Rojas in dieser Ausgabe). Die Gründe hierfür sind weder primär im Missmanagement der Regierung noch in der Torpedierung der wirtschaftlichen Transformationsbemühungen durch einen Wirtschaftskrieg seitens der USA und ihrer lokalen Verbündeten zu finden. Vielmehr gilt es den Fokus auf die rentengesellschaftlichen Besonderheiten der venezolanischen Wirtschaft zu legen. Während der Bolivarianischen Revolution reproduzierte sich eine Grundkonstante der Politischen Ökonomie Venezuelas: der Rentismus. Der Erdölboom ermöglichte beachtliche Wachstumsraten. Hiervon profitierten vor allem die Bauwirtschaft, der Handel und der Dienstleistungssektor. Die Landwirtschaft und das produzierende Gewerbe ächzten hingegen unter der – von der Regierung politisch gewollten – Überbewertung der Landeswährung und den damit verbundenen billigen Importprodukten.⁶ Die venezolanische Volkswirtschaft und der Konsum der Bevölkerung blieben somit von der Alimentierung durch die Erdöleinnahmen abhängig. Beim Einbruch der Weltmarktpreise für Erdöl erwies sich dies als zentrale Achillesferse des bolivarianischen Projektes. Auch hierin zeigt sich eine Konstante der venezolanischen Wirtschaftspolitik: Der Fokus liegt nicht auf der Steigerung der Arbeitsproduktivität oder der Förderung von Innovationen, sondern auf der Verteilung von Renteneinnahmen nach politischen und/oder sozialen Kriterien (Purcell 2017; Peters 2019).

Zum Verständnis der Politischen Ökonomie der Bolivarianischen Revolution muss sich der Blick folglich primär auf die staatliche Verteilung der Renteneinnahmen richten. Zentrale Bedeutung kommt hierbei dem System unterschiedlicher Wechselkurse zu. Die Einrichtung eines Systems

fester und differenzierter Wechselkurse sollte gezielte Subventionierungen von Importen nach politischen und/oder sozialen Kriterien ermöglichen und darüber bestimmte Wirtschaftssektoren, aber auch die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungs- und Konsummitteln unterstützen. Mittel- und langfristig erwies sich diese Politik als desaströs: Einerseits war es dank der massiven Importsubventionierung stets günstiger, ausländische Güter einzuführen, als diese im Land selbst zu produzieren. Andererseits entwickelte sich das System der Zuweisung vergünstigter Dollar zu einer entscheidenden Stellschraube der Verteilung der Renteneinnahmen, die bald zu einem „Fokus der Korruption“ von beachtlichem Ausmaß anwuchs (Giordani 2014).⁷

Die verbilligten Dollar wurden zur Förderung regierungsnaher Unternehmer_innen der Staatsklasse⁸ und breiter Teile des Militärs eingesetzt und trugen somit maßgeblich zur Entstehung der sogenannten *boliburguesía* bei (Dachevsky/Kornblith 2017; Peters 2019: 333ff). Gleichzeitig profitierten auch etablierte venezolanische Unternehmer_innen von der Verteilung der Renteneinnahmen qua Zuweisung verbilligter Dollar. Wirtschaftlicher Erfolg basierte „sehr stark auf Beziehungen“⁹ zur Regierung bzw. zu den zuständigen Behörden und ermöglichte hohe Gewinnmargen. Zu den Gewinnern des ‚Sozialismus des 21. Jahrhunderts‘ gehörten deshalb politisch nahestehende Unternehmer_innen bzw. diejenigen Sektoren der traditionellen Eliten, die sich mit dem Chavismus arrangierten. Ein Beispiel von vielen für die Bedeutung guter Kontakte zum Staat ist das Unternehmen *Alimentación Balanceada* (Alibal), das sich auf die Produktion von Nahrungs- und Futtermitteln konzentriert und allein in den ersten neun Monaten des Jahres 2014 knapp 250 Millionen Dollar zu stark vergünstigten Konditionen von der staatlichen Außenhandelsbehörde zugewiesen bekam (CENCOEX 2014). Der Vorsitzende der Firma unterstreicht die Bedeutung der staatlichen Unterstützung für den Erfolg des Unternehmens: „Wenn ich mich beim Staat beschweren würde, wäre ich ein Lügner. [...] Der Staat hat uns die ganze Zeit geholfen, wenn wir ein Problem hatten, haben wir das vorgebracht und uns wurde geholfen“ (zit. n. Leguízamo 2015).

Durchaus überraschend fanden im Zeitraum des Booms auch internationale Fluggesellschaften, Pharma- und Automobilkonzerne günstige Geschäftsbedingungen im Sozialismus des 21. Jahrhunderts vor (siehe

Tabelle 1). Zweifellos wurde ein großer Teil der Vorteile durch die verbilligten Devisen an die venezolanischen Konsument_innen weitergegeben. Gleichzeitig ermöglichte der Zugriff auf die verbilligten Dollar vielen multinationalen Konzernen im Boom die Expansion auf dem attraktiven venezolanischen Markt und gestattete vielen Unternehmen über legale und illegale Wege die Erzielung ungewöhnlich hoher Gewinnmargen (Sutherland 2016). Dies änderte sich erst am Beginn der Krise. Die Bedingungen für die multinationalen Konzerne verschlechterten sich nun schlagartig, viele verließen das Land, und einige blieben nach der rauschenden Rohstoffparty auf Forderungen an die Regierung sitzen (Nagel 2014).

Die überbewertete Währung eröffnete in Kombination mit Preiskontrollen für Grundnahrungsmittel und Konsumgüter des alltäglichen Bedarfs weitere attraktive Möglichkeiten der privaten Rentenaneignung über illegale Aktivitäten. Dies betraf einerseits den Schmuggel mit subventionierten Lebensmitteln und Treibstoff. Selbst seitens der venezolanischen Regierung werden schwindelerregende Zahlen für das Ausmaß des illegalen Grenzhandels genannt. Der damalige Vorsitzende des Erdölkonzerns PdVSA, Eulogio del Pino, bezifferte den täglichen Treibstoffschmuggel im September 2014 auf 100.000 Barrel, während der damalige Erdölminister Asdrúbal Chávez im selben Jahr den Umfang des Schmuggels auf 2 Milliarden US-Dollar taxierte. Nichtoffizielle Schätzungen gehen gar davon aus, dass der Schmuggel im Boom allein an der venezolanisch-kolumbianischen Grenze pro Jahr einen Umfang von 3,6 Milliarden US-Dollar erreichte und 40 Prozent der venezolanischen Konsumgüter auf illegalen Wegen nach Kolumbien gelangten (Lander 2014; Pabón León et al. 2016). Diese Ausmaße blieben der venezolanischen Regierung selbstverständlich nicht verborgen. Im Gegenteil: Oftmals waren staatliche Stellen entscheidend involviert. Die zunehmende wirtschaftliche Regulierung eröffnete so neue Mechanismen der – in Venezuela altbekannten – Verteilung der Renteneinnahmen nach politischen und sozialen Kriterien.¹⁰ Selbst Verstaatlichungen waren oft nicht das sozialistische Schreckgespenst, als das sie gemeinhin hingestellt werden. Häufig wurden die Unternehmen vom Staat mit hohen Summen kompensiert oder der Staat übernahm technologisch obsolete sowie wenig produktive und unrentable Betriebe (Álvarez 2013: 285). Dies soll keineswegs bestreiten, dass einige Unternehmer ihre vormaligen wirtschaftlichen Privilegien verloren. Dies

Branche	Unternehmen	Devisenzuteilung 2004–2012 (in USD), gerundet
Luftverkehr	American Airlines	1.863.000.000
Luftverkehr	Air France	743.000.000
Luftverkehr	Iberia	592.000.000
Luftverkehr	Deutsche Lufthansa	428.000.000
Luftverkehr	Alitalia	313.000.000
Automobil	General Motors Venezuela	5.910.000.000
Automobil	Toyota de Venezuela	2.959.000.000
Automobil	Ford Motor de Venezuela	2.622.000.000
Automobil	Chrysler de Venezuela	1.974.000.000
Automobil	MMC Automotriz	1.664.000.000
Pharma	Procter & Gamble Venezuela	1.466.000.000
Pharma	Abbott Laboratories	1.391.000.000
Pharma	Productos Roche	1.375.000.000
Pharma	Merck	1.357.000.000
Pharma	Novartis de Venezuela	1.021.000.000
Pharma	Bayer	923.000.000

Tabelle 1: Staatliche Zuweisung von Devisen an ausgewählte Unternehmen zwischen 2004 und 2012 in US-Dollar

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Grundlage von CADIVI (2013)

folgte jedoch vor allem politischen Kriterien und hatte keinen grundsätzlichen Kurswechsel zur Konsequenz.

Besondere Aufmerksamkeit hat die Bolivarianische Revolution stets durch ihr soziales Gesicht erhalten. Tatsächlich wurden insbesondere während der Boomphase beachtliche soziale Entwicklungserfolge erzielt.

Die Armutszahlen wurden drastisch reduziert, und auch die Einkommensungleichheit gemessen am Gini-Koeffizienten ging zurück (España 2015).¹¹ Grundlage der sozialpolitischen Erfolge war die Modifizierung der Verteilung der Renteneinnahmen aus dem Erdölexport, die einen substantziellen Anteil an die arme Bevölkerung weiterleitete. Dies umfasste die Subventionierung von Grundnahrungsmitteln, des Transports und der Projekte der kommunalen Wirtschaft, einen beachtlichen Kaufkraftgewinn durch die überbewertete Währung, eine expansive Sozialpolitik mittels der sogenannten *Misiones Sociales*¹² sowie die deutliche Ausweitung der öffentlichen Beschäftigung (Peters 2019: 339ff). Im Kontext einer Phase relativer wirtschaftlicher Prosperität ermöglichte dies gerade für die historisch benachteiligten Bevölkerungsgruppen spürbare Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen (Carosio 2015). Gleichzeitig profitierten auch die Mittel- und Oberschicht von den verschiedenen Mechanismen der Rentenverteilung. Zudem wurden historisch tradierte Privilegien der Mittel- und Oberschicht wie die massive Unterbesteuerung nicht angetastet. Hinzu kamen alte und neue Möglichkeiten zur legalen und illegalen Bereicherung durch gute Kontakte zur Regierung (Sutherland 2016). Auf diese Weise entstand während der Bolivarianischen Revolution mit der *Boliburguesía* eine neue Schicht von der Regierung nahestehenden Unternehmer_innen, Militärs und Angehörigen der Staatsklasse. Die Bolivarianische Revolution blieb somit deutlich moderater als der oft radikale Diskurs suggeriert. Sie verharnte bei einer Veränderung des Distributivmodus der Renteneinnahmen und verzichtete auf eine entschlossene Redistribution des gesellschaftlichen Reichtums. Die Rentenverteilung ermöglichte im Boom beachtliche soziale Entwicklungserfolge, ohne die Privilegien der Mittel- und Oberschicht ernsthaft anzutasten. Dies soll die politische Richtungsveränderung durch den Chavismus relativieren, aber nicht negieren. Tatsächlich erklärt sich der Erfolg des Chavismus und die fortwährende Unterstützung einer relevanten Minderheit der venezolanischen Bevölkerung für die Regierung von Maduro in der Krise auch und insbesondere aus dem Umstand, dass die Bolivarianische Revolution die sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen teilweise erstmals in das Verteilungsarrangement der Renteneinnahmen eingebunden und ihnen zudem neben Brot auch eine Stimme gegeben hat (Strønen 2017; Peters 2019).

Rentengesellschaftliche Strukturen wurden dabei jedoch nicht aufgebrochen. Die Unterstützung der Bevölkerung für das chavistische Projekt fußte letztlich auch darauf, dass der venezolanische Sozialismus die Konsumneigung der Bevölkerung mit der Entscheidung für die Subventionierung des Imports von verbilligten Konsumgütern bediente, was für viele – teilweise erstmals – eine prekäre Einlösung des Konsumversprechens bedeutete (Carosio 2015). Vor allem wurde jedoch den quasinaturalisierten Ansprüchen der alten und neuen Mittel- und Oberschichten durch den Zugang zu verbilligten Dollar für Auslandsreisen und den fortwährenden Verzicht auf eine ernsthafte direkte Besteuerung Rechnung getragen. Dies wurde ergänzt durch die Bedienung historisch tradierter Ansprüche auf einen Teil der Rohstoffeinnahmen seitens breiter Teile der Bevölkerung, indem Treibstoff und Energie weiterhin massiv subventioniert blieben. Benzin wurde praktisch kostenfrei an die Verbraucher abgegeben. Dies hat tiefe Löcher in den Staatshaushalt gerissen, den Individualverkehr sowie einen verschwenderischen Kraftstoffverbrauch begünstigt, wirkte verteilungspolitisch regressiv und förderte den großangelegten Treibstoffschmuggel (Lander 2014; Rodríguez Sosa 2015). Dass die Regierung dennoch an dem niedrigsten Benzinpreis der Welt festhält, war einerseits der Notwendigkeit der Einbindung der in den Schmuggel verstrickten Militärs geschuldet. Andererseits war die Aufrechterhaltung der Treibstoffsubventionen eine direkte Folge des Wissens um die symbolische Bedeutung der faktisch kostenlosen Benzinabgabe für die Bevölkerung.¹³ Es handelt sich um einen im Alltag für alle sichtbaren Mechanismus der Rentenverteilung, der bei jedem Weg zur Tankstelle und bei jeder Busfahrt deutlich macht, dass einige Tropfen des Erdölreichtums des Landes bei der Bevölkerung ankommen. Externen Beobachter_innen mögen solche und weitere Facetten der staatlichen Verteilung der Renteneinnahmen als hochgradig absurd und irrational erscheinen. In Venezuela werden sie hingegen als ein quasinaturalisiertes Recht auf persönliche Teilhabe am Erdölreichtum des Landes angesehen, die im Zweifel auch aktiv verteidigt bzw. eingeklagt werden oder im Falle der Verweigerung mit politischem Liebesentzug quittiert werden.

Mit der Krise der Erdölwirtschaft geriet das bis dahin erfolgreiche Verteilungsarrangement der Bolivarianischen Revolution aus den Fugen.

Ab 2013 stagnierte die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zunächst, ehe das Land im Zuge des Einbruchs der Erdölpreise auf dem Weltmarkt sowie später des deutlichen Rückgangs des Fördervolumens die schwerste Wirtschaftskrise seiner Geschichte sowie einen Prozess der massiven Verarmung erlebte. In diesem Kontext wurden vormalige soziale Entwicklungserfolge längst kassiert, sodass die soziale Situation im Land angesichts des Mangels an bezahlbaren Grundnahrungsmitteln, Konsumgütern und Medikamenten heute nur als katastrophal charakterisiert werden kann. In der aktuellen Krise kann auch die Benzinversorgung schon lange nicht mehr sichergestellt werden (van Roekel/de Theije 2020). Im Kontext der Corona-Krise sind eine weitere Zuspitzung der sozialen Situation sowie eine humanitäre Katastrophe zu befürchten.

Die heftige Krise ist das Ergebnis der Grenzen des rentengesellschaftlichen Entwicklungsmodells: Die vormalig prallgefüllten Staatskassen trockneten schnell aus, während geringe Rücklagen und der Mangel an alternativen wirtschaftlichen Standbeinen einer Abfederung des Abschwungs entgegenstehen. Trotz der tiefen Krise gibt es weiterhin Gewinner_innen des Modells. Diese verorten sich einerseits in den Zirkeln der Macht einschließlich des Militärs sowie andererseits innerhalb der verbleibenden traditionellen Elite. Zudem verläuft die Linie zwischen Gewinner_innen und Verlierer_innen zunehmend entlang der Grenze der Möglichkeit zum Bezug von Devisen.

Eine rentengesellschaftliche Analyse Venezuelas ermöglicht auch neue Einsichten in den politischen Machtkampf im Land. Angesichts der hartnäckigen rentengesellschaftlichen Logiken dreht sich dieser vor allem darum, wer über die Namen und Gesichter der Gewinner_innen bei der Rentenverteilung entscheiden kann. Die Opposition um Guaidó zielt dabei auf die erneute Veränderung des Modus der Aneignung der Renteneinnahmen und möchte privaten Akteuren – vornehmlich aus dem westlichen Ausland – Priorität einräumen. Demgegenüber findet unter der Regierung von Maduro eine schleichende Neoliberalisierung statt. Gleichzeitig versucht die Regierung den Bergbau im sogenannten Minenbogen (*Arco Minero*) auszubauen sowie sich über eine Militarisierung der Region den Zugriff auf die Bergbaurenten zu sichern (Rosales 2019; Lander 2020). Sowohl die Regierung von Maduro als auch die venezolanische Opposition

eint dabei die prinzipielle Ausrichtung auf die Fortsetzung des extraktivistischen und rentistischen Entwicklungsmodells. Dabei können sie sich der Unterstützung breiter Teile der Bevölkerung sicher sein. Eine grundsätzliche Infragestellung des Entwicklungsmodells wird aktuell jenseits kleinerer Gruppen von Intellektuellen (Lander 2020) in der venezolanischen Gesellschaft kaum ernsthaft diskutiert. Doch dieses Modell ist deutlich an die Grenzen geraten. Weil die staatlichen Renteneinnahmen aus dem Rohstoffexport weitgehend weggebrochen sind, rekurrieren viele Venezolaner_innen in der alltäglichen Praxis auf *remittances* von Familienangehörigen zur Abfederung der sozialen Krise, die jedoch im Zuge der Corona-Krise ebenfalls deutlich zurückgehen. Gleichzeitig kehren viele Migrant_innen angesichts der Krise aus den verschiedenen Ländern der Region nach Venezuela zurück (La Opinión 2020; Riaño 2020).

4. Schlussfolgerungen

Venezuela ist ein Musterbeispiel einer erdölbasierten Rentengesellschaft. Zwar fallen die Pro-Kopf-Renteneinnahmen gerade im Vergleich zu extremen Rentiers wie Kuwait oder Qatar sowie anderen Staaten der arabischen Halbinsel vergleichsweise gering aus (Herb 2014). Dennoch werden Wirtschaft, Gesellschaft und Politik seit etwa 100 Jahren maßgeblich von der einseitigen Abhängigkeit der Staatseinnahmen aus der Extraktion und dem Export von Erdöl geprägt. Gleichwohl erscheinen Debatten zur *resource curse vs. resource blessing* als wenig passgenau für die Analyse des Landes. Schließlich sind sowohl die entwicklungspolitischen Erfolge als auch die Krisen jeweils Konsequenz des erdölbasierten rentengesellschaftlichen Entwicklungsmodells. Statt weiterhin normativ aufgeladene Diskussionen über die Vor- und Nachteile des rohstoffbasierten Entwicklungsmodells zu führen, scheint es sinnvoller, die wissenschaftliche Aufmerksamkeit auf ein besseres Verständnis der Partikularitäten rentengesellschaftlicher Entwicklungen zu richten. Venezuela ist hierfür ein vielversprechendes Fallbeispiel, weil es – trotz tiefgreifender politischer Umbrüche durch die Bolivarianische Revolution – im diachronen Vergleich eine Reihe von Kontinuitäten aufweist, die als rentengesellschaft-

liche Tiefenströmungen charakterisiert werden können. Mehr noch: Die Vorschläge und Praktiken zur Bearbeitung der Krise lassen vermuten, dass der Rentismus Venezuela auch in Zukunft maßgeblich prägen wird – ein weiterer Grund für die Relevanz von Ansätzen zum besseren Verständnis rentengesellschaftlicher Strukturen.

Der vorliegende Artikel plädiert in dieser Hinsicht für eine dreifache Verschiebung des Analysefokus. *Erstens* mangelt es vielen Ansätzen zur Erforschung von Rentenökonomien an der analytischen Passgenauigkeit. Der verbreitete Fokus auf Maßstäbe ökonomischer Effizienz ist fehlerhaft für die Analyse von Gesellschaften, die diesen dank des kontinuierlichen Zuflusses von Renteneinnahmen eine sekundäre Rolle zuweisen können. Es geht also darum, die rentengesellschaftlichen Besonderheiten zunächst genauer zu verstehen. *Zweitens* gilt es, die Aufmerksamkeit auf die Modi und die sozioökonomischen Konsequenzen der staatlichen Rentenverteilung zu lenken und auf diese Weise die Frage nach den Gewinner_innen und Verlierer_innen des rentenbasierten Entwicklungsmodells zu stellen. *Drittens* konnte die Bedeutung der gesellschaftlichen Durchdringung der Renteneinnahmen und deren Beharrungskräfte herausgearbeitet werden. Letztere gilt es in der Zukunft noch weiter empirisch zu unterfüttern sowie um politökologische Forschungsansätze zu ergänzen, um auf diese Weise zu weiterführenden Erkenntnissen über das Innenleben von Rentengesellschaften zu gelangen.

- 1 In diesem Artikel wird – wie im gesamten Schwerpunktheft – der Begriff der Bolivarianischen Revolution verwendet. In anderen Publikationen ziehe ich die Bezeichnung Bolivarische Revolution vor. Auch von offizieller Seite wird etwa seitens der venezolanischen Botschaft die Bezeichnung República Bolivariana de Venezuela als Bolivarische Republik Venezuela übersetzt.
- 2 Dies gilt selbst in der aktuellen humanitären Krise (van Roekel/de Theije 2020).
- 3 Im Gegensatz zur *rent-seeking*-Literatur liegt diesen Überlegungen kein Subjektverständnis eines eigennutzenmaximierenden Individuums zugrunde. Im Gegenteil: Die rentengesellschaftlichen Strukturen haben sich als Tiefenströmungen in die Gesellschaft eingeschrieben und müssen als habituelle Prägungen verstanden werden.
- 4 Statistische Daten stehen in Venezuela nicht vollkommen zu unrecht unter einem Generalverdacht und sollten deshalb nicht als detailgetreue Abbildung der

- Realität verstanden werden. Dies soll jedoch reale Verbesserungen nicht negieren. Seit 2015 werden von der Regierung kaum noch offizielle Statistiken publiziert.
- 5 Der ehemalige Industrieminister Víctor Álvarez bestätigte in einem Interview diese wirtschaftspolitische Zielsetzung: „Das Ziel bestand immer darin, die Entwicklung der Industrie und der Landwirtschaft zu fördern. Allerdings haben die verschiedenen wirtschaftspolitischen und auch sektorenspezifischen Politiken [...] große Widersprüche verursacht, die diesem Ziel entgegenstanden“ (Interview mit Víctor Álvarez am 9.12.2015 in Caracas).
 - 6 Das Erklärungsmodell der Holländischen Krankheit mit seinem neoklassischen Fokus auf das freie Spiel der Marktkräfte ist also gerade nicht passend für die Erklärung der gescheiterten Diversifizierungsstrategie des Chavismus.
 - 7 Die Regulierung des Devisenmarktes und die künstliche Überbewertung haben bald zur Entstehung eines blühenden Schwarzmarktes geführt, auf dem die Dollar- und Eurokurse deutlich über dem regulierten, offiziellen Austauschverhältnis liegen.
 - 8 An der Spitze eines breiten öffentlichen Sektors stehend, umfasst die Staatsklasse laut der klassischen Definition von Hartmut Elsenhans „alle im öffentlichen Sektor (Verwaltung und Staatsbetriebe) Beschäftigten, die gegenüber dem Durchschnitt der Arbeitskräfte über höhere Einkommen, höhere Partizipationsmöglichkeiten und höheres Prestige verfügen [sowie] kraft Amtes an der Aneignung von Mehrprodukt als Einkommen des Apparats, an der Verteilung von solchem Mehrprodukt auf Konsum und Investitionen, an der Lenkung von Investitionsentscheidungen und an der Lenkung von Arbeit teil[nehmen] bzw. andere leitende Aufgaben im Staatsapparat, den staatlichen Betrieben und den in den Staat integrierten politischen und gesellschaftlichen Organisationen wahr[nehmen]“ (Elsenhans 1981: 121f).
 - 9 Interview mit Vertretung einer internationalen Wirtschaftsorganisation, 13.11.2015 in Caracas.
 - 10 Im Zuge der Krise und der sinkenden Importkapazität hat die Knappheit zudem zu einem blühenden Schwarzmarkthandel geführt, der ebenfalls von der Regierung toleriert und oft von staatlichen Sicherheitskräften kontrolliert wurde.
 - 11 Demgegenüber ist der Anteil der Lohnsumme am Volkseinkommen im Chavismus nach Berechnungen von Sutherland (2016: 42f) spürbar zurückgegangen.
 - 12 Die sogenannten *Misiones Sociales* wurden von der Regierung Chávez im Jahr 2003 als soziale Notfallprogramme gegründet, die als Parallelinstitutionen zur staatlichen Sozialpolitik schnelle Verbesserungen für benachteiligte Bevölkerungsgruppen ermöglichen und – in unterschiedlicher Form – mit Ermächtigungsprozessen verbinden sollten (Azzellini 2010).
 - 13 Interview mit Víctor Álvarez am 9.12.2015 in Caracas.

Literatur

- Álvarez, Víctor (2013): La transición al socialismo de la Revolución Bolivariana: Transiciones logradas y transiciones pendientes. In: Lander, Edgardo (Hg.): Promesas en su laberinto: Cambios y continuidades en los gobiernos progresistas de América Latina. La Paz: IEE, 221-315.
- Andreucci, Diego et al. (2017): „Value Grabbing“: A Political Ecology of Rent. In: *Capitalism Nature Socialism* 28 (3), 28-47. <https://doi.org/10.1080/1045752.2017.1378027>
- Azzellini, Dario (2010): Partizipation, Arbeiterkontrolle und die Commune: Bewegungen und soziale Transformation am Beispiel Venezuelas. Hamburg: VSA.
- Banco Central de Venezuela (2020): Producto Interno Bruto. <http://www.bcv.org.ve/estadisticas/producto-interno-bruto>, 10.4.2020.
- Baptista, Asdrúbal/Mommer, Bernard (1987): El petróleo en el pensamiento económico venezolano: un ensayo. Caracas: IESA.
- Bautista Urbaneja, Diego (2013): La renta y el reclamo. Caracas: Editorial Alfa.
- Beblawi, Hazeem/Luciani, Giacomo (1987): The Rentier State. London: Croon Helm.
- BMZ (2010): Entwicklungsfaktor extraktive Rohstoffe: Ein Positionspapier des BMZ. BMZ Spezial 166. Berlin: BMZ.
- Boeckh, Andreas (1988): Die Schuldenkrise und die Krise des bürokratischen Entwicklungsstaates in Venezuela. In: *Politische Vierteljahresschrift* 29 (4), 636-655.
- Briceño-León, Roberto (1990): Los efectos perversos del petróleo. Caracas: Capriles.
- Buxton, Julia (2019): Continuity and Change in Venezuela's Bolivarian Revolution. In: *Third World Quarterly*. Online First: <https://doi.org/10.1080/01436597.2019.1653179>, 10.4.2020.
- CADIVI (2013): Total divisas aprobadas por empresas: Período 2004 al 31 de diciembre de 2012. Caracas: CADIVI.
- Carosio, Alba (2015): Mirando el consumo en la transición/transformación hacia el socialismo del Siglo XXI. In: López Caldera, Anais (Hg.): Transición, transformación y rupturas en la Venezuela bolivariana. Caracas: Fundación Rosa Luxemburgo, 209-245.
- CENCOEX (2014): Importaciones totales. Distribución por empresas: Período de referencia 01/01/2014 al 05/09/2014. Caracas: CENCOEX.
- Chossudovsky, Michel (1977): La miseria en Venezuela. Valencia: Vadell Hermanos.
- Coronil, Fernando (1997): The Magical State: Nature, Money and Modernity in Venezuela. Chicago: University of Chicago Press.
- Coronil, Fernando (2008): It's the Oil Stupid! In: *ReVista*. Harvard Review of Latin America. Fall 2008.
- Dachevsky, Fernando/Kornblith, Juan (2017): The Reproduction and Crisis of Capitalism in Venezuela under Chavismo. In: *Latin American Perspectives* 44 (1), 78-93. <https://doi.org/10.1177/0094582X16673633>

- Ellner, Steve/Tinker Salas, Miguel (2007): Hugo Chávez and the Decline of an ‚Exceptional Democracy‘. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Elsenhans, Hartmut (1981): *Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft: Versuch über den Staat in der Dritten Welt*. Frankfurt am Main: Campus.
- España, Luis Pedro (2015): *Desiguales entre iguales: Radiografía social de la Venezuela actual*. Caracas: El Nacional.
- España, Luis Pedro/Manzano, Osmel (2003): *Venezuela y su petróleo: El destino de la renta*. Caracas: Fundación Centro Gumilla.
- Giordani, Jorge (2014): Testimonio y responsabilidad ante la historia. In: *Aporrea*, 18.6.2014.
- Giuseppe Ávalo, Andrés Ramón (2014): *Visión petrolera de Hugo Chávez Frías: Teoría socialista sobre la política petrolera venezolana*. Caracas: Metrópolis.
- González, Cris/Borón, Atilio (2019): Si Venezuela es doblegada, el efecto domino será difícil de parar. <https://www.lahaine.org/mundo.php/si-venezuela-es-doblegada-el>, 10.4.2020.
- Gutiérrez, Alejandro (2015): El sistema alimentario venezolano (SAV): Evolución reciente, balance y perspectivas. In: *Agroalimentaria* 21 (40), 19-62.
- Haber, Stephen/Menaldo, Víctor (2011): Do Natural Resources Fuel Authoritarianism? A Reappraisal of the Resource Curse. In: *American Political Science Review* 105 (1), 1-26. <https://doi.org/10.1017/S0003055410000584>
- Hafez, Ziad (2009): The Culture of Rent, Factionalism, and Corruption: A Political Economy of Rent in the Arab World. In: *Contemporary Arab Affairs* 2 (3), 458-480. <https://doi.org/10.1080/17550910903034989>
- Harvey, David (2010): *The Enigma of Capital and the Crises of Capitalism*. London: Profile Books.
- Havranek, Tomás/Horvath, Roman/Zeynalov, Ayaz (2016): Natural Resources and Economic Growth: A Meta-Analysis. In: *World Development* 88, 134-151. <https://doi.org/10.1016/j.worlddev.2016.07.016>
- Herb, Michael (2014): *The Wages of Oil: Parliaments and Economic Development in Kuwait and UAE*. Ithaca: Cornell University Press. <https://doi.org/10.7591/cornell/9780801453366.001.0001>
- Hertog, Steffen (2020): The ‚rentier mentality‘, 30 years on: evidence from survey data. In: *British Journal of Middle Eastern Studies*. Online First: <https://doi.org/10.1080/13530194.2020.1714870>, 10.4.2020.
- Hidalgo, Juan Carlos (2019): ¿El socialismo o la gestión económica deficiente? ¿Cuál tiene la culpa de la crisis en Venezuela? <https://www.elcato.org/el-socialismo-o-la-gestion-economica-deficiente-quien-tiene-la-culpa-de-la-crisis-en-venezuela>, 10.4.2020.
- International Organization of Migration (2019): *Crisis de Refugiados y Migrantes Venezolanos*. <https://www.iom.int/es/crisis-de-refugiados-y-migrantes-venezolanos>, 30.4.2020.

- Karl, Terry Lynn (1997): *The Paradox of Plenty: Oil Booms and Petro-States*. Berkeley: University of California Press.
- La Opinión (2020): El flujo de remesas pierde fuerza por coronavirus. In: *La Opinión*, 12.4.2020.
- Lander, Edgardo (2020): *Crisis civilizatoria: Experiencias de los gobiernos progresistas y debates en la izquierda latinoamericana*. Bielefeld: CALAS. <https://doi.org/10.14361/9783839448892>
- Lander, Edgardo (2014): *Venezuela: Terminal Crisis of the Rentier Petro-State Model?* <https://www.tni.org/en/publication/venezuela-terminal-crisis-of-the-rentier-petro-state>, 2.9.2017.
- Leguizamó, Danny (2015): En la lista de Cencoex, la mejor tajada se lleva un empresario que no disimula su admiración por el régimen. <https://konzapata.com/2015/02/en-la-lista-de-cencoex-la-mejor-tajada-se-la-lleva-un-empresario-que-no-disimula-su-admiracion-por-el-regimen>, 30.4.2020.
- Menaldo, Victor (2016): *The Institution Curse: Natural Resources, Politics, and Development*. Cambridge: Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/CBO9781316481530>
- Nagel, Juan Cristóbal (2014): *Venezuela's Government versus the World's Airlines*. In: *Foreign Policy*, <https://foreignpolicy.com/2014/01/23/venezuelas-government-versus-the-worlds-airlines/>, 10.4.2020.
- Pabón León, Jhon Anthuny/Bastos Osorio, Liliana Marcela/Mogrovejo Andrade, Johanna Milena (2016): El diferencial cambiario en la frontera norte de Santander, Colombia y Venezuela. ¿La economía o la política? In: *Tendencias* 17 (2), 136-165. <https://doi.org/10.22267/rtend.161702.8>
- Peters, Stefan (2019): *Rentengesellschaften: Der lateinamerikanische (Neo-)Extraktivismus im transregionalen Vergleich*. Baden-Baden: Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783845295282>
- Purcell, Thomas F. (2017): *The Political Economy of Rentier Capitalism and the Limits of Agrarian Transformation in Venezuela*. In: *Journal of Agrarian Change* 17 (2), 296-312. <https://doi.org/10.1111/joac.12204>
- Quintero, Rodolfo (2014): *Antropología del petróleo*. Caracas: BCV.
- Rangel, Domingo Alberto (1977): *Opulencia y Pobreza: La faja del Orínoco, el petróleo y la agricultura*. Valencia: Vadell Hermanos.
- Riaño, Julieth (2020): Miles de venezolanos retornan a casa ante la crudeza de la pandemia. In: *France 24*, <https://www.france24.com/es/20200416-migrantes-retorno-venezolanos-covid19-pandemia-crisis>, 30.4.2020.
- Rodríguez Sosa, Pedro Luis (2015): De subsidiados a propietarios: replanteando el subsidio a la gasolina. In: Balza Gaunipa, Ronald (Hg.): *Venezuela 2015: Economía, Política y Sociedad*. Caracas: Konrad-Adenauer-Stiftung, 219-231.
- Rosales, Antulio (2019): *Statization and denationalization dynamics in Venezuela's artisanal and small scale-large scale mining interface*. In: *Resources Policy*, 63. Online First: <https://doi.org/10.1016/j.resourpol.2019.101422>, 10.4.2020.

- Ross, Michael L. (2012): *The Oil Curse: How Petroleum Wealth Shapes the Development of Nations*. Princeton: Princeton University Press. <https://doi.org/10.1515/9781400841929>
- Sonntag, Heinz/de la Cruz, Rafael (1981): *Estado e industrialización en Venezuela*. In: *Revista Mexicana de Sociología* 43 (2), 905-939. <https://doi.org/10.2307/3539929>
- Sørensen, Aage B. (1996): *The Structural Basis of Inequality*. In: *American Journal of Sociology* 101 (5), 1333-1365. <https://doi.org/10.1086/230825>
- Strønen, Iselin Åsedotter (2017): *Grassroots Politics and Oil Culture in Venezuela: The Revolutionary Petro-State*. Cham: Springer. <https://doi.org/10.1007/978-3-319-59507-8>
- Sutherland, Manuel (2020): *Perspectivas económicas para el 2020: análisis, alternativas y oportunidades*. <https://rebellion.org/perspectivas-economicas-para-el-2020-analisis-alternativas-y-opportunidades/>, 30.4.2020.
- Sutherland, Manuel (2016): *Crítica de la política económica del ,socialismo del siglo XXI': apropiación privada de la renta petrolera, política de importaciones y fuga de capitales*. In: *Estudios Latinoamericanos* 38, 39-63. <https://doi.org/10.22201/cela.24484946e.2016.38.57456>
- Tinker Salas, Miguel (2015): *Venezuela: What everyone needs to know*. Oxford: Oxford University Press.
- Van Roekel, Eva/de Theije, Marjo (2020): *Hunger in the land of plenty: The complex humanitarian crisis in Venezuela*. In: *Anthropology Today*, 36 (2), 8-12. <https://doi.org/10.1111/1467-8322.12561>
- Vera, Leonardo (2015): *Venezuela 1999-2014: Macro-Policy, Oil Governance and Economic Performance*. In: *Comparative Economic Studies* 57, 539-568. <https://doi.org/10.1057/ces.2015.13>
- Vergara-Camus, Leandro/Kay, Cristobal (2017): *Agribusiness, Peasants, Left-Wing Governments, and the State in Latin America: An Overview and Theoretical Reflections*. In: *Journal of Agrarian Change* 17, 239-257. <https://doi.org/10.1111/joac.12215>
- Welzer, Harald (2011): *Mentale Infrastrukturen: Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Yates, Douglas (1996): *The Rentier State in Africa: Oil rent dependency and neocolonialism in the Republic of Gabon*. Trenton: Africa World Press.
- Zelik, Raul (2011): *Neue Entwicklungskonzepte oder alter Staatszentrismus? ,Endogene Entwicklung' und der ,Sozialismus des 21. Jahrhunderts'*. In: Boeckh, Andreas/Welsch, Friedrich/Werz, Nikolaus (Hg.): *Venezuela heute: Politik – Wirtschaft – Kultur*. Frankfurt am Main: Vervuert, 451-476.

ABSTRACT The Bolivarian Revolution failed and the country passes through the most severe crisis in its history. The article discusses current approaches to natural resources and development from development economics and advocates for a redirection of research. It presents an approach to investigate rentier societies and analyses both the creation of rentier structures in Venezuela and its continuities during the Bolivarian transformation process. The article argues that the current crisis in Venezuela should be understood as a result of the continuing rentierism in the country.

Stefan Peters

Fachbereich Rechtswissenschaft, Justus-Liebig-Universität Gießen
stefan.peters@recht.uni-giessen.de

MARGARITA LANGTHALER

Bildung und Gegenhegemonie in peripheren Transformationsprozessen: Das Beispiel der bolivarianischen Bildungspolitik in Venezuela

ABSTRACT Im bolivarianischen Prozess Venezuelas, der 1999 mit dem Wahlsieg von Hugo Chávez begann, spielte Bildung eine zentrale Rolle. Tatsächlich erlebte das Land zunächst eine außergewöhnliche Bildungsexpansion zugunsten der unteren sozialen Schichten, was einerseits zu politischer Handlungsbefähigung und demokratischer Partizipation der vormals vom politischen Leben Ausgeschlossenen führte. Andererseits gelang es nicht, die hierarchische Fragmentierung des Bildungssystems zu überwinden und die traditionell großen Bildungsungleichheiten abzuflachen. Letztere verstärkten sich mit dem Einsetzen der wirtschaftlichen und politischen Krise ab 2013 erneut und untergruben die emanzipatorischen Effekte der Bildungsreform. Der vorliegende Artikel untersucht das erste Jahrzehnt der bolivarianischen Bildungspolitik aus einer hegemonietheoretischen Perspektive. Er analysiert die formale Schulreform, die non-formalen Bildungsmissionen und die Hochschulpolitik auf ihre ermächtigenden und stratifizierenden Auswirkungen hin und zieht daraus Schlüsse für die Bedeutung von Bildung für (gegen-)hegemoniale Prozesse.

KEYWORDS Venezuela, bolivarianischer Prozess, Bildung, Gegenhegemonie, periphere Transformationsprozesse

I. Einleitung

Seit den Unabhängigkeitskriegen des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts spielt Bildung für soziale und politische Befreiungsbewegungen in Lateinamerika eine wesentliche Rolle. Tief geprägt vom aufklärerischen

Bildungsideal sah etwa Simón Bolívar, Führer der Unabhängigkeitsbewegung in den nördlichen Regionen Südamerikas, in Bildung die Grundlage für den Aufbau souveräner lateinamerikanischer Republiken (Anselmi 2013: 71ff). Die aufständischen Bewegungen des 20. Jahrhunderts standen in dieser von Bolívars Lehrer Simon Rodríguez und dem kubanischen Intellektuellen José Martí geprägten transformativen Bildungstradition. Auch Paulo Freires befreiungspädagogische Ansätze, die ab den 1970er Jahren mit neogramscianischen Überlegungen zur pädagogischen Dimension von Hegemonie verknüpft wurden, bestätigen Bildung als Instrument gesellschaftlicher Veränderung (Morrow/Torres 2001). In jenen Staaten, in denen progressive Bewegungen siegreich waren, allen voran Kuba und Nicaragua, stand eine massive Bildungsexpansion zugunsten armer Bevölkerungsschichten ganz oben auf der politischen Agenda der revolutionären Regierungen. Es war Bildung, die im revolutionären Narrativ sowohl den neuen Menschen als auch die neue Gesellschaft ermöglichen sollte (Carnoy/Samoff 1990; Arnove 1986).

Der tiefe Glaube an die transformative Kraft von Bildung hat auch den bolivarianischen Prozess in Venezuela geprägt. Bildung hat darin von Anfang an eine wesentliche Rolle gespielt. Der bolivarianische Prozess begann mit dem Wahlsieg von Hugo Chávez bei den Präsidentschaftswahlen 1998 als ein von sozialen Bewegungen und der Regierung getragener Transformationsprozess, der mit Muhr (2011) als gegenhegemonial bezeichnet werden kann. Zunächst auf Demokratisierung und Umverteilung des Erdölreichtums konzentriert, radikalisierte er sich ab 2005 und zielte über Formen demokratischer Selbstverwaltung, Modelle gemeinschaftlicher Ökonomie, Verstaatlichungen und eine antiimperialistische Außenpolitik auf die Errichtung des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“⁴¹ ab (Wilpert 2007; Muhr 2011).

Das venezolanische Beispiel hat eine Reihe linksorientierter Reformprozesse in anderen lateinamerikanischen Staaten beeinflusst. Dieser lateinamerikanische „progressive Zyklus“⁴² ist heute, zwanzig Jahre später, durch den Aufstieg rechter Regierungen stark unter Druck geraten. In Venezuela hält sich zwar eine chavistische Regierung, doch wird das Land seit einigen Jahren von einer Krise erschüttert. Wirtschaftliche Sanktionen durch die USA und deren Verbündete mit dem Ziel, die Opposition an die Macht zu bringen, haben die Lage entscheidend verschärft und eine wirt-

schaftliche Erholung erschwert (Weisbrot/Sachs 2019). In dieser Situation ist die konstruktive Dynamik der Zusammenarbeit zwischen Regierung und sozialen Bewegungen zunehmenden Bürokratisierungstendenzen gewichen, und viele soziale Errungenschaften des ersten Jahrzehnts – auch jene im Bereich der Bildung – sind zumindest teilweise verloren gegangen (Hetland 2018).

Welche Rolle hat nun Bildung in diesem gegenhegemonialen Transformationsprozess gespielt? Bildung wurde auch in Venezuela als Ziel und Mittel revolutionärer Politik konzipiert. Einerseits war der allgemeine und egalitäre Zugang zu Bildung eine der ersten Forderungen der sozialen Bewegungen und zentrales Anliegen der Chávez-Regierung. Das Einlösen der *deuda social* (sozialen Schuld) sollte die elitäre Bildungsexklusion der 1990er Jahre rückgängig machen. Die bolivarianische Verfassung, die innerhalb eines Jahres unter breiter Partizipation der Bevölkerung ausgearbeitet und im Dezember 1999 verabschiedet wurde (Muhr 2011: 107), garantiert den universellen Zugang zu Bildung und stellt die Bereitstellung von Bildung unter die Verantwortung des Staates (Artikel 102; RBV 1999). Darüber hinaus verstanden sowohl Regierung als auch soziale Bewegungen Bildung als zentrales Instrument zum Aufbau einer neuen Hegemonie, die sich an den Werten sozialer Gerechtigkeit, Solidarität und demokratischer Partizipation orientierte. Die bolivarianische Bildungspolitik war darauf ausgerichtet, dazu einen Beitrag zu leisten.

Inwiefern das gelungen ist, wo die Erfolge und Grenzen dieser Politik sowie die Gründe für den heutigen Rückgang früherer Errungenschaften liegen, ist eine Frage, die über den konkreten venezolanischen Fall hinaus von Interesse ist. Denn sie erlaubt es, einen erneuerten Blick auf die komplexen Beziehungen zwischen Bildungs- und gegenhegemonialen Transformationsprozessen in peripheren Staaten zu werfen. Der vorliegende Aufsatz³ verfolgt deshalb das Ziel, die bolivarianische Bildungspolitik auf ihre Rolle im bolivarianischen Prozess hin zu analysieren. Er bezieht sich dabei vor allem auf das erste Jahrzehnt dieses Prozesses (1999–2009), weil in den darauffolgenden Jahren die Reformdynamik im Bildungssektor aufgrund stärker werdender Bürokratisierungstendenzen nachließ und mit der politischen und wirtschaftlichen Krise nach dem Tod von Hugo Chávez 2013 die Rahmenbedingungen für gegenhegemoniale Bildungspolitik immer weniger gegeben waren.

Der Artikel versteht sich als Beitrag zu einer hegemonietheoretischen Debatte aus bildungspolitischer Sicht. Tatsächlich gibt es seit den 1970er Jahren eine solche Debatte unter kritischen BildungswissenschaftlerInnen, in der Bildung tendenziell auf ein Instrument zur politischen Handlungsermächtigung der Subalternen reduziert wird. Ein solch akteurszentriertes Verständnis der Bedeutung von Bildung für (gegen-)hegemoniale Prozesse, das reproduktionstheoretische Überlegungen fast vollständig ausspart, hat sich auch in der lateinamerikanischen Rezeption von Gramsci durchgesetzt. Hingegen zeigt gerade das venezolanische Beispiel – wie der vorliegende Artikel argumentiert –, dass die Vernachlässigung der strukturellen Ebene von Bildung, also der Reproduktion sozialer Stratifizierung durch Bildung, ein wesentlicher Faktor für den Rückgang der bolivarianischen Bildungserfolge war.

Im Folgenden geht es zunächst um den Hegemoniebegriff in der bildungswissenschaftlichen Debatte, in die die kritisch-realistische Hegemoniekonzeption von Jonathan Joseph (2002) sowie das dependenztheoretische Bildungsmodell von Carnoy und Samoff (1990) eingebracht wird. In diesem theoretischen Rahmen wird schließlich die bolivarianische Bildungspolitik auf Ebene der formalen Schule, der non-formalen Bildungsprogramme (*misiones*) und der Hochschulen analysiert. Abschließend werden deren Erfolge und Grenzen sowie deren Implikationen für den gegenhegemonialen Prozess diskutiert.

2. Bildung und Hegemonie: Theoretisch-konzeptionelle Überlegungen

Gramscis Hegemoniebegriff – die Absicherung stabiler Herrschaftsverhältnisse einer Klasse durch konsensuelle Einbindung anderer Klassen – enthält per se eine starke pädagogische Dimension, wird doch Konsens vor allen Dingen durch Überzeugung und Beeinflussung von Meinungsbildungsprozessen, im Gegensatz zu Zwang, hergestellt. Formale (Schule) und informelle (Medien, Kunst, Kultur, Alltagsleben) Bildungsprozesse tradieren und festigen hegemoniales Bewusstsein, Normen und Werte, gleichzeitig bieten sie aber auch Raum für das Wachsen widerständiger Vorstellungen und Praxen. Organische Intellektuelle erfüllen eine wesent-

liche Rolle in der sozialen und kulturellen Reproduktion ihrer jeweiligen sozialen Klasse. In den Klassen der Subalternen haben sie die Aufgabe, deren oft inkohärente widerständige Vorstellungen zu einem gegenhegemonialen Bewusstsein zu verdichten und sie so auf eine Führungsrolle vorzubereiten.

Wenn Gramsci seine Gedanken zu Bildung auch wenig systematisch über sein Werk verstreut hat, so ist doch offensichtlich, dass pädagogische Prozesse eine wesentliche Rolle in seinen Vorstellungen von gesellschaftlicher Emanzipation der Subalternen spielen (Mayo 2014). Gleichwohl hat er sich, wenn auch nur auf wenigen Seiten, systematisch mit der Institution Schule beschäftigt und hier ein spezifisches Modell, die Einheitsschule, entwickelt (Gramsci 1971: 29ff). Kerngedanke ist die Notwendigkeit, das bestehende, bislang den Eliten vorbehaltene Wissen zu sozialisieren, um das allgemeine intellektuelle Niveau der subalternen Klassen zu heben und die gesellschaftliche Arbeitsteilung in manuelle und intellektuelle Arbeit durch die integrierte pädagogische Vermittlung beider Fertigkeiten aufzuheben. Die Einheitsschule für alle Kinder unabhängig von deren sozialer Herkunft ist also das Gegenmodell zu einem differenzierenden Schulsystem, das die Kinder der subalternen Klassen in die beruflich-technischen Schulformen drängt und sie damit vom Erwerb der traditionellen Wissensbestände und der damit verbundenen Möglichkeit sozialer Mobilität ausschließt. Gramsci dachte die Beziehung zwischen Bildung und Hegemonie also nicht nur in emanzipatorischen, handlungsermächtigenden Begriffen, sondern er war sich sehr wohl der strukturierenden Wirkung sozialer Reproduktion durch Schule bewusst. Dennoch greift die bildungswissenschaftliche Rezeption von Gramscis Hegemoniekonzept seit den 1970er Jahren seine strukturellen Überlegungen kaum auf, sondern bedient sich einer weitgehend akteursbezogenen Lesart der Beziehung zwischen Hegemonie und Bildung⁴.

Baldacci (2016) verfolgt die Debatte in die 1960er Jahre in Italien zurück. In Opposition zur bis dahin dominanten leninistischen Interpretation von Gramscis Hegemoniekonzept durch die Kommunistische Partei Italiens, die kaum Unterschiede zwischen Hegemonie und Diktatur attestierte, kam damals neben einer sozialdemokratischen auch eine pädagogische Lesart auf, die den Akzent auf die Begriffe „Konsens“ und „pädagogische Beziehung zwischen Führern und Geführten“ legte. Baldacci betont jedoch, dass diese erste bahnbrechende bildungswissen-

schaftliche Rezeption von Gramscis Werk (Urbani 1967; Broccoli 1972) die hegemoniale bzw. pädagogische Beziehung implizit mit einem emanzipatorischen Entwicklungsprozess der Lernenden gleichsetzt. Dies sei eine Verkürzung von Gramscis pädagogischem Verständnis, der sich des möglichen Wirkungsspektrums pädagogischer Beziehungen zwischen Emanzipation und Unterwerfung bewusst gewesen sei. Bildung sei insbesondere dann subordinierend, wenn den Lernenden der Zugang zu den Wissensbeständen der Mächtigen vorenthalten werde.

Mayo (2015), einer der wichtigsten neogramscianischen Bildungswissenschaftler und in seinen früheren Publikationen selbst auf das emanzipatorische Potenzial von Bildung fokussiert, bringt diesen Gedanken im Anschluss an die Arbeit von Young und Muller (2010) zu „powerful knowledge“ in die aktuelle bildungswissenschaftliche Diskussion ein. Er kritisiert das Feld der *critical pedagogy* für seine fehlende Auseinandersetzung mit der von Gramsci geforderten Sozialisierung dieses Machtwissens und unterstreicht die Auswirkungen einer solchen Exklusion der Subalternen in deren stark eingeschränktem Zugang zu Macht.

Ohne explizit auf die hierarchische Stratifizierung durch ein differenzierendes Schulsystem einzugehen, ist in Baldaccis (2016) und Mayos (2015) Kritik ein impliziter Hinweis auf die Allokationsfunktion von Bildung enthalten, und dass folglich nicht automatisch von einer emanzipatorischen Wirkung pädagogischer Verhältnisse ausgegangen werden kann.

Historisch gesehen folgte die neogramscianische Bildungsdiskussion in Lateinamerika einem ähnlichen Muster wie die italienische. Nach anfänglichen leninistischen Interpretationen im Umfeld der kommunistischen Parteien setzte sich schließlich eine spezifisch lateinamerikanische Lesart von Gramscis Hegemoniebegriff durch, die u.a. vom poststrukturalistischen Hegemoniekonzept von Laclau/Mouffe (1985) beeinflusst war. Anstelle des leninistischen Ansatzes der Machtübernahme trat nun die Orientierung auf die Schaffung von Subjektivitäten in einem langfristigen „Stellungskrieg“ um Ideen, Normen und Werte im Bereich der Kultur, des Alltagslebens und der Institutionen der Zivilgesellschaft (Burgos 2008; Weigand 2003). Bildung in unterschiedlichen Formen hatte in diesem „Stellungskrieg“ eine wesentliche Rolle inne.

Gramscis Bildungsreflexionen wurden in Lateinamerika erst ab den späten 1970er Jahren breit diskutiert, zu einem Zeitpunkt, als Freies Befreiungspädagogik bereits großen Einfluss gewonnen hatte (Morrow/Torres

2001). Freies Bildungsidee, die zwar von der Ablehnung des domestizierenden Schulmodells der Klassengesellschaft ausgeht, mit dem Kernbegriff der *conscientização* (Bewusstwerdung) (Freire 1996 [1970]) jedoch letztlich Bildung als zentrales Veränderungsinstrument postuliert, verstärkte so eine akteursorientierte Lesart von Gramscis Bildungsreflexionen.

Vor diesem Hintergrund wurden strukturalistische Ansätze, wie etwa Bourdieus Konzept der sozialen Reproduktion durch Bildung oder Althusers Begriff der Schulen als ideologische Staatsapparate, in der lateinamerikanischen Bildungsdebatte und den sozialen Bewegungen nur schwach rezipiert. Das gilt auch für Venezuela, wo die radikalen Studierendenbewegungen der 1960er und 1970er Jahre den mit diesen Ansätzen verbundenen Bildungspessimismus zugunsten der Betonung des gegenhegemonialen Potenzials von Bildung ablehnten (Ciccariello-Maher 2013: 112). Carlos Lanz Rodríguez, ein prominenter Vertreter dieser Bewegungen und früherer Guerillero, entwickelte in den 1980er Jahren das Konzept des *proceso educativo transformador* (transformativer Bildungsprozess), das kulturellen Wandel durch Lernprozesse als Schlüssel zur gesellschaftlichen Transformation ansieht (Anselmi 2013: 79ff). Dieses Konzept wurde später zur Grundlage für die bolivarianische Bildungsreform der frühen Jahre (siehe unten).

Für eine Analyse des gegenhegemonialen Beitrags der bolivarianischen Bildungspolitik ist demnach ein Hegemoniebegriff notwendig, der die Struktur-Handlungs-Dimension in der Bildung umfassender abbildet, als dies die neogramscianischen Debatten zu Bildung tun. Trotz aller Schwächen des Konzepts (siehe Jessop 2003; Opratko 2014: 172ff) bietet hier der Ansatz von Jonathan Joseph einen hilfreichen analytischen Zugang, der zwischen einer strukturellen und einer handlungsbezogenen Ebene von Hegemonie unterscheidet (Joseph 2000, 2002).

Joseph versucht eine kritisch-realistische Konzeption von Hegemonie zu entwickeln, indem er von einer strukturellen Ebene von Hegemonie ausgeht, der eine – mit ersterer dialektisch verbundene – handlungszentrierte Ebene gegenübersteht. Erstere hat die Aufgabe, den Zusammenhalt des gesellschaftlichen Gefüges durch die Reproduktion struktureller Prozesse und Beziehungen sicherzustellen. Zweitere drückt sich in hegemonialen Projekten und Praktiken aus, die aus den tieferen hegemonialen Rahmenbedingungen entstehen, allerdings nicht auf diese reduzierbar

sind (Joseph 2002: 128). Wesentlich für Josephs Ansatz ist, dass hegemoniale Projekte nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn sie über die handlungszentrierte Ebene hinausgehen und strukturelle Veränderungen anstoßen (Joseph 2000: 200).

Kritisch an Joseph anschließend beschreibt Opratko (2014: 178) als hegemoniale Projekte jene gesellschaftlichen Praxen, in denen eine soziale (dominante ebenso wie subalterne) Gruppe ihre eigenen engen Interessen überschreitet und mithilfe von Konsens und Einbindung anderer Gruppen allgemeine Weltauffassungen entwickelt, die sich im Alltagsverstand ablagern. Hegemoniale Strukturen wären hingegen, in Abgrenzung zu Praxen, eher stabile Verhältnisse, die als etablierte konsensbasierte und kompromissvermittelte Ordnung angesehen werden können.

Für den Kontext sozialistischer Bildungsprozesse haben Carnoy und Samoff Ende der 1980er Jahre ein dependenztheoretisches Modell ausgearbeitet, das als bildungsspezifisches Verhältnis zwischen struktureller und handlungszentrierter Hegemonie interpretiert werden kann (Carnoy/Samoff 1990). Basierend auf einer Bildungskonzeption, die von einem Wirkungskontinuum zwischen einem emanzipatorisch-demokratisierenden und einem reproduktiv-stratifizierenden Pol ausgeht, analysieren sie am Beispiel der sozialistischen Transformationsstaaten Kuba, Nicaragua, Tansania, Mosambik und China die inhärente Spannung sozialistisch orientierter Bildungsreformen zwischen großen non-formalen Bildungskampagnen und dem Ausbau des (vorgefundenen) formalen Schulsystems.

In den revolutionären Umbruchzeiten tendierten die jungen sozialistischen Staaten dazu, Massenalphabetisierungskampagnen und weitreichende non-formale Bildungsangebote zu lancieren, um einerseits die Forderungen der Bevölkerung nach Bildungsinklusion zu erfüllen und andererseits diese zu politisieren, zu mobilisieren und in den neuen Staat einzubinden. Mit solchen Bildungskampagnen war ein hohes Maß an emanzipatorischen und demokratisierenden Prozessen verbunden, das den Versuch widerspiegelte, eine neue soziale und politische Ordnung zu etablieren. In späteren Phasen der Konsolidierung der sozialistischen Staaten schlug in den meisten Fällen das bildungspolitische Pendel wieder um und die Regierungen fokussierten auf den Ausbau der formalen Schulsysteme. Das entsprach einerseits dem erhöhten Bedarf nach technologischen Kapazitäten, andererseits der graduellen Konsolidierung neuer herrschender

Gruppen, die danach trachteten, ihre eigene soziale Reproduktion durch das formale Schulsystem sicherzustellen. Wenn die formalen Schulsysteme der sozialistischen Staaten auch um einiges egalitärer waren als jene, die sie vorgefunden hatten, so blieb der konzeptionelle Bruch mit der Vergangenheit aus und es wurde kein tatsächlich sozialistisches Bildungsmodell herausgearbeitet. Vor allem aber gelang es nicht, die Dichotomie zwischen emanzipatorischer non-formaler und bürokratisch-stratifizierender formaler Bildung in einen produktiven Dialog zwischen alten und neuen Formen des Wissens zu verwandeln und damit elitäre Wissenshierarchien zu überwinden (Samoff 1991: 21).

Das venezolanische Beispiel bestätigt, dass Bildungspolitik ein wichtiges Schlachtfeld im Kampf um Hegemonie ist. Auch hier zeigt sich, wie im folgenden Abschnitt ausgeführt wird, ein Schwanken der bolivarianischen Bildungsreform zwischen non-formalen Bildungsmissionen mit großem emanzipatorischen und mobilisierenden Potenzial und dem formalen Bildungssystem, das sich als weitgehend veränderungsresistent erwies.

3. Die bolivarianische Bildungspolitik

Es ist bemerkenswert, dass die akademische Literatur über die bolivarianische Bildungspolitik überschaubar bleibt und selten die gesamte Bildungsreform in den Blick nimmt⁶. Meist werden bestimmte Subsektoren (z.B. höhere Bildung [Muhr 2011; Ivancheva 2013], Primarbildung [Rodríguez Trujillo 2008], oder die Bildungsmissionen [Duffy 2014]) untersucht. Insbesondere die venezolanische Literatur ist stark vom politisch polarisierten Klima geprägt. Viele AutorInnen (z.B. Lanz 2004; Carvajal/Pantin 2006) sind gleichzeitig Akteure der oppositionellen oder offiziellen Bildungspolitik. Mit wenigen Ausnahmen (Casanova 2008; Lanz 2004) ist die venezolanische Literatur kaum theoretisch fundiert, sondern stützt sich auf unterschiedlich interpretierte empirische Befunde. Internationale Publikationen basieren überwiegend auf kritischen theoretischen Zugängen, etwa marxistischen (Cole 2013), neogramscianischen (Muhr 2011; Duffy 2014) oder der *critical pedagogy* (McLaren 2013), und fokussieren auf die Errungenschaften im Bereich Bildungszugang

und politische Ermächtigung. Fragen der sozialen Reproduktion werden selten erörtert (Ausnahme: Peters 2013). Relevant ist auch, dass die Literatur in den letzten Jahren noch spärlicher wird (Ausnahmen: z.B. Muhr 2016; Domené-Painenao/Herrera 2019; Abbott et al. 2017). Insbesondere hinsichtlich der Krisenauswirkungen auf den Bildungssektor gibt es kaum akademische Arbeiten oder umfassende empirische Daten, was eine Analyse der jüngsten Vergangenheit erschwert. Vielmehr ergibt sich für die letzten Jahre ein lückenhaftes Bild von einander oft widersprechenden Informationen aus vorwiegend journalistischen Quellen.

Aus diesem Grund wird im Folgenden die bolivarianische Bildungspolitik mit Fokus auf das erste Jahrzehnt in drei Feldern analysiert (Schule, non-formale Bildungsmissionen, Hochschulen). Es wird versucht, die Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit, sofern dazu Literatur oder Daten vorliegen, im Lichte der vorangegangenen Dynamiken zu interpretieren.

3.1. Das formale Schulsystem

Die bolivarianische Regierung hatte aus den 1990er Jahren ein stark fragmentiertes öffentliches Schulsystem mit hohen Abbruchraten insbesondere in städtischen Slums und entlegenen ländlichen Gebieten geerbt (Casanova 2008). Eines ihrer ersten Ziele war es deshalb, ein inklusives öffentliches Schulsystem von guter Qualität wiederherzustellen. Längerfristig sollte die Bildungsreform einerseits helfen, soziale Ungleichheiten zu überwinden. Andererseits sollte sie zur Umsetzung der Nationalen Entwicklungspläne beitragen (Hernández-Tedesco 2012). Im Zentrum stand dabei die Idee eines transformativen Bildungsprozesses (Lanz 2004), die von progressiven LehrerInnenbewegungen in den 1990er Jahren entwickelt worden war. Parallel zur Konstituierenden Versammlung im Jahr 1999 organisierten diese die *Constituyente Educativa* (Bildungskonstituente), die als Ergebnis einer breiten Bildungsdebatte das *Proyecto Educativo Nacional* – PEN (Nationales Bildungsprojekt) verabschiedete (Anselmi 2013: 97).

Das PEN wurde zur konzeptionellen Grundlage für die bolivarianische Bildungspolitik (Ministerio de Educación, Cultura y Deportes 1999). Konstruktivistischen Ansätzen folgend, sah es vor, die Lehrpläne aus den lokalen Kontexten und in Zusammenarbeit mit den Communities zu entwickeln. Die Lehrmethoden sollten über die Schule als physischen Ort

hinausgehen und die lokalen Gemeinschaften miteinbeziehen. Das PEN zielte also darauf ab, die Schule stark mit dem sozialen Transformationsprozess auf kommunaler Ebene zu verschränken und sie als Transmissionsriemen für die Verbreitung eines populär-republikanischen Geschichtsbildes sowie neuer sozialer und kultureller Normen und Werte einzusetzen (Anselmi 2013).

Die ersten Jahre der Chávez-Regierung waren von scharfen politischen Konflikten geprägt, die in einem Putschversuch im April 2002 und monatelangen Aussperrungen in der Ölindustrie Anfang 2003 ihre Höhepunkte fanden. Die Bildungspolitik wurde zu einem zentralen Konfliktfeld, auf dem die oppositionellen Kräfte durch die Mobilisierung der LehrerInnen-gewerkschaften und der katholischen Kirche an Breite gewannen. Über Kampagnen, die der Regierung Ideologisierung der Schule und drohende Entmündigung der Eltern vorwarfen, gelang es der Opposition, weite Teile der Mittelschichten gegen die Bildungsreform aufzubringen (Lanz 2009).

In den folgenden Jahren konsolidierte sich die Ablehnung der bolivarianischen Reformpolitik in der LehrerInnenschaft (Abbott et al 2017). Sie blieb ein wichtiges Instrument im Kampf der Opposition gegen die Regierung. In einem ständigen Hin und Her der Reformversuche wurden verschiedene Gesetzesentwürfe und Curricula-Reformen diskutiert und wieder zurückgenommen (Bruni-Celli 2004). Erst 2009 gelang es der Regierung, ein neues Bildungsgesetz zu verabschieden. Dieses schreibt vor allem die Verantwortung des Staates fest, Bildung bereit- und Chancengleichheit sicherzustellen. Darüber hinaus sieht es in der Schule einen wichtigen Akteur zur Entwicklung einer neuen politischen Kultur der partizipativen Demokratie und der Wissensdemokratisierung (Suggett 2009).

Trotz der oppositionellen Proteste etablierte die bolivarianische Regierung schon 1999 das Konzept der bolivarianischen Schule als Kernstück ihrer Bildungsreform. Die wesentliche Verbesserung dieser Schule bestand in einem 8-Stunden-Tag im Gegensatz zum traditionellen 4- oder 5-Stunden-Tag. Das Konzept beinhaltete ein Schulspeisungsprogramm, Gesundheitsdienstleistungen sowie kreative und rekreative Aktivitäten, die v.a. für Kinder aus den unteren sozialen Schichten bis dahin unzugänglich gewesen waren. Dadurch konnte die bolivarianische Schule wichtige soziale Verbesserungen anstoßen, die nicht nur den Kindern, sondern auch deren Eltern und den lokalen Gemeinschaften zugutekamen. Auf pädagogischer Ebene sollten die bolivarianischen Schulen die Konzepte

des PEN umsetzen und die Schulrealität mit jener der lokalen Gemeinschaften verschränken (Rodríguez Trujillo 2008).

2007 etablierte die Regierung das *Sistema Educativo Bolivariano* (SEB, bolivarianisches Bildungssystem), das die pädagogischen Prinzipien und sozialen Dienstleistungen der bolivarianischen Schulen auch auf Kindergärten, Sekundar- und berufsbildende Schulen ausweitete (MPPE/MPPES 2008). 2011 gab es eine weitere Phase des beschleunigten Ausbaus des SEB, jedoch oft nicht mit allen Komponenten (etwa Schulspeisung oder Ganztagsmodus) in allen Schulen (Peters/Tarazona 2015: 309). Massive Überschwemmungen in den Jahren 2010–2012 führten zu einem Rückgang der Bildungsausgaben (RBV 2014b: 19). Für die jüngere Vergangenheit liegen nur lückenhafte und oft widersprüchliche Informationen vor. UN-Quellen (UNOCHA 2018: 24) sprechen von 2,2 Mio. Personen mit „educational needs“ und berichten von einer stark angestiegenen Anzahl von Kindern und Jugendlichen, die keine Schule besuchen (von 137.262 im Jahr 2009 auf 324.992 im Jahr 2017⁷). Immer wieder wird auch von mangelhafter Infrastruktur und fehlenden Dienstleistungen (z.B. Schulspeisung) berichtet (Peters/Tarazona 2015). Andererseits zeigen offizielle Daten zwar einen Rückgang der Bildungsbeteiligung, aber auch 2017 noch relativ stabile Raten (siehe Tabelle 1).

Schuljahr	Beteiligungsraten in Prozent		
	Nettoeinschulungsrate frühkindliche Betreuung (0–6 J.)	Nettoeinschulungsrate Primarschule (6–12 Jahre)	Nettoeinschulungsrate Sekundarschule (12–18 Jahre)
1999	40,5	85,5	48,5
2002	46,2	93,0	57,3
2006	53,8	90,7	66,6
2010	70,2	92,5	71,9
2014	72,0	91,1	75,7
2017	68,1	87,4	73,2

Tabelle 1: Beteiligungsraten im formalen Bildungssystem

Quelle: CEPAL statistical database⁸

3.2. Die Bildungsmissionen

Durch die Aussperrungen in der Erdölindustrie 2003 befanden sich die Sozialindikatoren auf einem Tiefpunkt. Die Regierung lancierte daraufhin die *misiones sociales* (soziale Missionen), eine Reihe von Programmen, die die Bevölkerung rasch mit sozialen Dienstleistungen versorgen sollten (D'Elia/Quiroz 2010). Im Bildungssektor entstanden Missionen auf allen Bildungsebenen: Erwachsenenalphabetisierung und Primarschulabschluss (*Misión Robinson*), Sekundarschule (*Misión Ribas*), Berufsbildung (*Misión Vuelvan Caras*) und höhere Bildung (*Misión Sucre*, ab 2007 auch *Misión Alma Mater*)⁹.

Die Missionen finanzierten sich direkt aus Mitteln der Erdölindustrie und wurden an der existierenden Staatsbürokratie vorbei mit Hilfe einer Parallelstruktur administriert, um die als ineffizient und korrupt wahrgenommenen staatlichen Institutionen zu umgehen (ebd.). Zusätzlich sollte diese außerinstitutionellen Organisationsform Möglichkeiten für die Partizipation und Selbstorganisation der Bevölkerung schaffen. Missionen wurden v.a. in städtischen Slums und abgelegenen ländlichen Gebieten eingerichtet, um einen Großteil der vormals von Bildung Ausgeschlossenen zu erreichen, und arbeiteten mit kubanischen Methoden (z.B. die Alphabetisierungsmethode *Yo sí puedo* [„Ja, ich kann“]). Die Lehrenden rekrutierten sich meist aus VoluntärInnen, die nur eine geringe Aufwandschädigung erhielten (D'Elia 2006; Peters 2013).

Die Missionen hatten einen enormen Erfolg unter Erwachsenen und Jugendlichen. Tabelle 2 zeigt die hohen Beteiligungsdaten.

Heute existieren die Bildungsmissionen zwar weiterhin. Es liegen jedoch keine Daten zur Beteiligung oder Analysen ihrer Entwicklung vor dem Hintergrund der Krise vor.

3.3. Höhere Bildung

Die Chávez-Regierung erbt ein System höherer Bildung, aus dem die Armen seit den 1980er Jahren zunehmend ausgeschlossen worden waren. Neoliberale Hochschulpolitiken hatten dazu geführt, dass 1998 der Prozentsatz an Studierenden aus den unteren Bevölkerungsschichten 19,72 Prozent betrug, während er 1984 bei 70,93 Prozent gelegen hatte (MES 2003: 10). Am Ende des 20. Jahrhunderts waren die öffentlichen Universitäten zu Organisationen der Elitenreproduktion geworden.

Jahr	Misión Robinson I	Misión Robinson II	Misión Ribas	
	AbsolventInnen	AbsolventInnen	TeilnehmerInnen	AbsolventInnen
2005*	1.482.543		724.739	29.921
2008	89.710	63.890	449.179	73.449
2010	27.474	93.471	428.366	75.709
2013	10.189	127.251	170.162	60.751

Tabelle 2: Beteiligung an *Misión Robinson I* und II sowie *Misión Ribas* 2005–2013 (in absoluten Zahlen)
 Quelle: RBV 2014a; *D'Elia 2006

Die Reform des Hochschulsektors und die Expansion der Beteiligungsraten war eine Priorität der neuen Chávez-Regierung. Doch von Anfang an lehnten die traditionellen Institutionen, allen voran die renommierten autonomen Universitäten, die Reformversuche der Regierung ab. In Reaktion darauf gründete die Regierung 2003 die Bolivarianische Universität Venezuelas (UBV). Symbolträchtig fand die neue Universität ihren Standort im leeren Sitz der staatlichen Erdölgesellschaft PDVSA in Caracas. Direkt gegenüber lag die mächtige und renommierte Zentraluniversität von Venezuela (UCV), die zu diesem Zeitpunkt bereits eine Hochburg der politischen Opposition geworden war.

Die UBV verfolgte vor allem zwei Ziele: breiten Zugang zu Hochschulbildung v.a. für die ärmeren Bevölkerungsschichten zu ermöglichen und mit dem traditionellen Universitätsmodell zu brechen, um ein neues Paradigma des Wissens, Lehrens und Forschens zu etablieren (Ivancheva 2013: 90). Dazu gründete die Regierung die in die UBV integrierte Hochschulmission *Misión Sucre*. Mithilfe der sogenannten Munizipalisierungsstrategie zur geografischen und sozialen Ausweitung des Hochschulzugangs sollte Hochschulbildung in zweifacher Weise demokratisiert werden: Einerseits wurde die Universität hinaus in die entlegenen Gebiete zu den Menschen getragen, anstatt dass diese in die urbanen Zentren kommen

mussten. Andererseits wurde die Hochschule in deren konkreten sozialen Kontexten verankert. Tatsächlich baute die Regierung in den folgenden Jahren in allen der 355 Munizipien des Staates Hochschulzentren auf (Muhr/Verger 2009: 79f).

2007 wurde die *Misión Alma Mater* gegründet, um ein eigenes bolivarianisches Hochschulsystem zu etablieren, das sowohl weitere Studienplätze zur Verfügung stellen als auch eigenständige technologische Kapazitäten entwickeln sollte. *Misión Alma Mater* diente auch zum Aufbau eines regionalen Hochschulraums im Rahmen des Regionalbündnisses ALBA-TCP¹⁰. ALBA war 2004 als Gegenprojekt zur amerikanischen Freihandelszone ALCA von Kuba und Venezuela gegründet worden und umfasste auch Kooperationsprojekte auf der Ebene der Erwachsenenalphabetisierung und der Hochschulbildung. Damit verbunden war der Versuch, den neoliberalen Trends in der globalen Bildungslandschaft einen Bildungsraum entgegenzusetzen, der auf Solidarität, soziale Inklusion und Wissensdialog anstelle von elitären Wissenshierarchien gründete (Muhr 2011).

Die bolivarianische Reformpolitik führte zu einer massiven Expansion des Hochschulzugangs (Anstieg um 338 Prozent zwischen 1998 und 2008). Die Beteiligungsrate lag 2007 bei 83 Prozent (MPPES 2009) und im Jahr 2012 bei 76,8 Prozent (RBV 2014a: 25).

Zur exponentiellen Erhöhung der Beteiligungsrate trug maßgeblich die *Misión Sucre* bei (siehe Tabelle 3).

2004	%	2005	%	2006	%	2007	%	2008	%	2013*	%
4.913	4	130.245	9	326.638	20	505.093	24	534.315	24	515.305	20,6

Tabelle 3: Beteiligung an der *Misión Sucre* in absoluten und in Prozentzahlen bezogen auf die Gesamtbeteiligungsrate in der höheren Bildung

Quelle: MPPES 2009; * RBV 2014: 26

Heute ist für den Sektor der höheren Bildung die Datenlage noch schlechter als für den formalen Schulsektor. Aktuell liegen keine Statistiken vor. Medienberichten zufolge hat die Krise das System höherer Bildung stark unterhöhlt (z.B. López Sánchez 2018).

4. Bolivarianische Bildungspolitik zwischen Handlungsermächtigung und Reproduktion

Als größte Errungenschaft der bolivarianischen Bildungspolitik gilt die massive Ausweitung der Bildungsbeteiligung, insbesondere auf der Ebene der frühkindlichen Entwicklung, der Sekundarschulen und der höheren Bildung. Dadurch konnte einerseits das allgemeine intellektuelle Niveau der armen Bevölkerung, der gramscianischen Subalternen, gehoben werden. Darüber hinaus wurde auf symbolischer Ebene der Mythos der Meritokratie, die den von Bildungsmobilität Ausgeschlossenen suggeriert, ihr eigenes Scheitern und nicht das elitäre System sei für den Ausschluss verantwortlich, maßgeblich zurückgedrängt (Duffy 2012).

Im formalen Schulsystem brachten der Ganztagsmodus und die sozialen Dienstleistungen der bolivarianischen Schulen deutliche soziale Verbesserungen für die Kinder, deren Familien und die lokalen Gemeinschaften (Casanova 2008). Hingegen sind die Erfolge der pädagogischen Methoden und des Lehrplans schwer nachzuvollziehen, da diese in sehr unterschiedlichem Maß von der LehrerInnenschaft angenommen wurden. Im Allgemeinen lehnten weite Teile der LehrerInnen die Bildungsreform politisch ab, was mit deren Ausbildung und politischer Sozialisation in der IV. Republik¹¹ zusammenhängt. Damit ging die Festigung eines Selbstbildes einher, das die LehrerInnen als Teil der Mittelklassen und eine dem westlich-demokratischen und katholischen Staats- und Gesellschaftsmodell verantwortliche Gruppe verstand. Abstiegsängste und Furcht vor politischer Indoktrination zählen zu den Hauptmotivationen für die ablehnende Haltung der LehrerInnen (Abbott et al. 2017).

Die Widerstände der LehrerInnen und damit wichtiger Teile des bürokratischen Apparates erschwerten die Ausweitung und Universalisierung der bolivarianischen Schulen. So förderlich diese für die Bevölkerung der Armenviertel waren, führte die Weiterexistenz elitärer privater Schulen dazu, dass die SchülerInnen weiterhin mit unterschiedlichen Bildungschancen ausgestattet blieben. Durch den lückenhaften Charakter der Schulreform festigte sich die Stratifizierung des Schulsystems, in dem sich letztlich in einer hierarchischen Anordnung drei Schultypen konso-

lierten, die Privatschulen, die bolivarianischen und die konventionellen öffentlichen Schulen (Peters 2013). In dieser Abfolge eröffneten sie den Lernenden bessere oder schlechtere Möglichkeiten einer weiteren schulischen und beruflichen Laufbahn und trugen somit zur weiteren sozialen Differenzierung bei, anstatt diese abzuflachen.

Auf Ebene der non-formalen Bildungsmissionen ist neben dem stark erweiterten Bildungszugang die politische Handlungsbefähigung der unteren Bevölkerungsschichten als größte Errungenschaft zu bewerten. Carnoy und Samoff (1990: 366) beschreiben drei wesentliche Auswirkungen der großen Alphabetisierungskampagnen in den von ihnen untersuchten sozialistischen Staaten: Diese Kampagnen etablierten ein neues Konzept der Nation sowohl unter Lehrenden als auch unter Lernenden. Sie förderten deren Identifikation mit den revolutionären Bewegungen und sie trugen maßgeblich zur Ermächtigung der Lernenden bei.

Diese Auswirkungen sind bis heute in Venezuela spürbar. Die Bildungsmissionen haben einen entscheidend Beitrag zur Verbesserung der Lebensumstände, zum Selbstbewusstsein und in der Folge zur politischen (Selbst-)Organisation der armen Bevölkerung geleistet (Duffy 2016). Als Teil der Bildungsprogramme entwickelten die Lernenden gemeinsam mit Strukturen der lokalen Selbstorganisation lokale Projekte. Sie wurden dabei häufig von existierenden Basisorganisationen unterstützt. Obwohl diese Organisationen großteils der Chávez-Regierung nahestanden, verteidigten sie ihre politische Unabhängigkeit und konstituierten damit ein politisches Spektrum, das als „kritischer Chavismus“ bezeichnet werden kann. Durch ihre organische Verbindung mit diesem traditionellen Sozialgefüge lokaler Selbstorganisation spielten die Missionen eine wichtige Rolle bei der Herausbildung neuer Beziehungen zwischen dem Staat und der Gesellschaft. In Prozessen ständiger Aushandlung ihrer Interessen und der Umsetzung ihrer Projekte brachten sie einerseits die Realität der *Barrios* in den Staat ein und trugen andererseits den Staat in die oft entlegenen Armenviertel hinaus (Lacruz 2006).

Vor allem die *Misión Sucre* und die Munizipalisierungsstrategie trugen wesentlich zum Aufbau einer neuen Geometrie der Macht, einer neuen Form von Institutionalität und neuer Staat-Gesellschafts-Beziehungen bei. Auf symbolischer Ebene verstärkte das Hinaustragen höherer Bildung zu den marginalisierten Bevölkerungsteilen deren Selbstbewusstsein, poli-

tische Handlungsfähigkeit und Partizipation sowie deren Identifikation mit dem neuen Staat (Duffy 2016; Ivancheva 2013). In diesem Sinne hat die bolivarianische Regierung höhere Bildung als ein zentrales Symbol der Klassendistinktion zumindest ein Stück weit demokratisiert, und das nicht nur entlang von sozialen, sondern auch an ruralen/urbanen, geschlechts-spezifischen und ethnischen Trennlinien.

Pädagogische Projekte brachten neue Bildungspraktiken hervor, die wesentlich aus der Verknüpfung mit lokalen Wissensformen und den neu entstehenden Beziehungen zum Staat herauswuchsen. Diese konkreten Organisations- und Bildungsprozesse stellten das traditionelle Modell höherer Bildung wirkmächtig in Frage und bewiesen dessen Unzulänglichkeit für die Lösung sozialer Fragen (D'Amario 2009). Die bolivarianische Hochschulpolitik konnte demnach die herkömmliche Verbindung von höherer Bildung mit einem hierarchischen Verständnis von unterschiedlichen Wissensformen und stark selektiven Mustern sozialer Mobilität zwar nicht überwinden, aber doch deutlich in Frage stellen. Die mit dieser Politik verbundene symbolische und kulturelle Dynamik stieß Prozesse einer Wissensdemokratisierung an, wie sie von Carnoy und Samoff (1990) als für sozialistische Transformationsprozesse typisch beschrieben wurden.

Zudem lassen sich in den Veränderungsprozessen der Staat-Gesellschafts-Beziehungen Dynamiken ausmachen, die den globalen neoliberalen Trends entgegenlaufen. Robertson (2011: 291ff) unterscheidet neoliberale Rekonfigurationen der Staat-Bildung-Gesellschafts-Beziehungen in vier unterschiedlichen Dimensionen. *Del/re-statisation* bezieht sich auf die gestärkte Rolle des Privaten gegenüber dem Öffentlichen; *del/re-nationalisation* verweist auf die Öffnung nationaler Bildungssysteme hin zu globalen Agenden. *Del/re-sectoralisation* beschreibt veränderte Prozesse der sektoralen Grenzziehungen zugunsten neuer, meist privater Akteure; und *del/re-politicisation* umfasst die Tendenz, politische Zusammenhänge als technische oder universell gültige Prozesse darzustellen.

In allen diesen vier Dimensionen hat die bolivarianische Bildungspolitik Prozesse angestoßen, die globale neoliberale Trends konterkarierten. In der ersten Dimension zielte sie auf die Wiederherstellung eines öffentlichen Bildungssystems von guter Qualität ab und stoppte damit den Privatisierungsprozess der 1990er Jahre. Auf Ebene der *del/re-nationalisation* reflektiert der Versuch der Regierung, im politischen Konflikt mit der

Opposition eine soziale Definition von Bildungsqualität einer elitär-exklusiven gegenüberzustellen, das Bestreben, die nationale Souveränität über Bildung gegen den Druck der globalen Bildungsagenden und ihre homogenisierenden Tendenzen zu verteidigen (Langthaler 2020: 183ff). In der dritten Dimension, der sektoralen Abgrenzung, sind in Venezuela die in Rekonfigurationsprozesse involvierten Akteure v.a. die lokalen *Communities* und ihre Strukturen der Selbstorganisationen, und nicht private Unternehmen oder multilaterale Organisationen. Auf der vierten Ebene schließlich hat die bolivarianische Bildungspolitik das politische Wesen von Bildung deutlich sichtbar gemacht und ihre politischen Anliegen nicht, wie traditionell üblich, in Diskursen einer vermeintlich neutralen Natur von Bildung verschleiert.

Den beschriebenen Erfolgen der bolivarianischen Bildungsreform im Bereich der Handlungsermächtigung steht jedoch die weitgehende Kontinuität der sozialen Stratifizierung gegenüber. Wie für das formale Schulsystem gilt auch für die Hochschulebene, dass es nicht gelungen ist, die Reproduktion sozialer Ungleichheit zu überwinden. Um dieses Ziel zu erreichen, hatte die bolivarianische Hochschulpolitik auf einen stark erweiterten Hochschulzugang fokussiert. Zwei weitere Dimensionen, die in der neuen bildungswissenschaftlichen Ungleichheitsdebatte unterschieden werden (Chiroleu 2014; McCowan 2016), nämlich das Fortkommen und Abschließen von Studiengängen sowie der ungleiche soziale Wert von Bildungstiteln, wurden von der bolivarianischen Regierung nur ansatzweise in den Blick genommen. Insbesondere die dritte Dimension, die McCowan (2016) Horizontalität des Systems höherer Bildungsinstitutionen nennt, versuchte die bolivarianische Bildungspolitik durch die Einführung eines eigenen bolivarianischen Bildungssystems bewusst zu umgehen (Chiroleu 2014). Dadurch wurde die ererbte horizontale Fragmentierung des Systems höherer Bildung nicht nur nicht überwunden, sondern durch die Schaffung eines weiteren Bildungswegs noch verstärkt. Die bolivarianischen Bildungsinstitutionen haben sich letztlich als sozial unterste in der Hierarchie der Bildungstitel etabliert (Peters 2013).

Heute haben die Abschlüsse der autonomen Universitäten und einiger renommierter Privatuniversitäten nach wie vor das größte soziale Prestige und den größten Wert auf dem Arbeitsmarkt, während sich spätestens mit der Wirtschaftskrise und der empfindlich verminderten Absorptionsfähigkeit des Staatsapparates der deutlich geringere Wert der Zertifikate von

Missionen auf dem Arbeitsmarkt gezeigt hat. Der Zugang zu den renommierten Universitäten ist aber insbesondere für AbsolventInnen des bolivarianischen Bildungssystems weiterhin stark eingeschränkt (Peters 2013).

Durch die aktuelle wirtschaftliche und soziale Krise sind die materiellen Grundlagen für eine universalisierende Dynamik des Bildungssystems erodiert. Allerdings hat sich die ermächtigende Wirkung der Bildungsreform in vielen gesellschaftlichen Feldern erhalten. Ein Beispiel dafür ist die agroökologische Bewegung, deren Ausbreitung stark durch den Studiengang in Agroökologie der UBV unterstützt wurde (Domené-Painena/Herrera 2019).

5. Conclusio

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die bolivarianische Bildungspolitik maßgeblich zur politischen Ermächtigung der subalternen Bevölkerung beigetragen hat. Drei Dimensionen der Ermächtigung stechen aus hegemonietheoretischer Sicht ins Auge:

Erstens hat die bolivarianische Bildungsreform auf symbolischer Ebene das elitäre und stark ausschließende Bildungsverständnis der IV. Republik wesentlich unterhöhlt und durch demokratische und inklusive Bildungsvorstellungen ersetzt.

Zweitens trugen die Bildungsexpansion und die Missionen mit ihrem Bildungsangebot für Erwachsene zur Hebung des allgemeinen intellektuellen Niveaus der Subalternen und ihrer Vorbereitung auf eine veränderte politische Rolle in der neuen Gesellschaft bei (Duffy 2016).

Drittens leistete die Bildungsreform einen wesentlichen Beitrag zum Entstehen neuer Staat-Gesellschafts-Beziehungen. Die sozialen Veränderungsprozesse erschütterten die traditionellen sozialräumlichen Diskriminierungsmuster auf lokaler und nationaler Ebene und gingen mit dem Versuch, einen regionalen antineoliberalen Bildungsraum zu schaffen, weit über die nationale Ebene hinaus (Muhr 2011).

Das Ausmaß der politischen Ermächtigung ist heute noch in der Existenz vielfältiger Basisbewegungen spürbar, die am Ziel einer demokratischen und sozial gerechten Transformation festhalten. Sie sind das „wahre Erbe der [Bolivarianischen] Revolution“¹², wie Chodor (2015: 120) festhält.

Andererseits jedoch ist es der bolivarianischen Regierung nicht gelungen, das gesamte Bildungswesen in einem gramscianischen Sinn zu vereinheitlichen und somit den Zugang zum Wissen der Mächtigen zu sozialisieren. Vielmehr wurde das traditionelle Bildungssystem in seinen elitären Spitzen, den Privatschulen und den renommierten Universitäten, zu einem Bollwerk des Widerstands gegen die Bildungsreform und den gesamten bolivarianischen Prozess. Schon im ersten Jahrzehnt dieses Prozesses zeichnete sich ab, dass die bolivarianischen Bildungswege zwar zusätzliche Bildung und zunächst auch einen gewissen Grad an sozialer Mobilität boten. Dennoch ist es nicht gelungen, den Kreislauf der Elitenreproduktion durch die traditionellen Bildungsinstitutionen zu durchbrechen.

Die Bildungsdynamik der letzten beiden Jahrzehnte in Venezuela ähnelt somit dem von Carnoy und Samoff (1990) beschriebenen Modell eines Oszillierens zwischen non-formalen Bildungswegen mit starken emanzipatorischen Wirkungen und dem traditionellen formalen Bildungssystem. Die konstruktive Integration der beiden Systeme ist nicht gelungen, und das non-formale System hat sich als das von geringerem sozialen Wert etabliert. Damit behielt das formale System seine stratifizierende Funktion, und soziale Ungleichheiten wurden mit dem Einsetzen der Krise eher zementiert anstatt, wie das der Anspruch war, verringert.

Der bolivarianischen Bildungspolitik gelang es somit nicht, von der Akteursebene gegenhegemonialer Bildungsinitiativen zur strukturellen Ebene der Reproduktion sozialer Stratifizierung überzugehen. Das Scheitern der Transformationen auf struktureller Ebene, dessen folgenschwere Wirkung auch in der Wirtschaftspolitik der Chávez-Regierung deutlich wurde (Hetland 2018; Katz 2018), hat die gegenhegemoniale Kraft der bolivarianischen Bildungspolitik geschwächt.

Das Beispiel Venezuela zeigt, dass Bildungspolitik dann besonders umkämpft ist, wenn sie über die handlungsermächtigende Ebene hinaus die stratifizierenden Funktionen von Bildung angreift. Diese Umkämpftheit hat aber, und das wird durch die US-Sanktionspolitik gegenüber Venezuela deutlich, nicht nur eine nationale, sondern – aufgrund der untergeordneten Integration des Transformationsprozesses in die asymmetrische Weltwirtschaft – auch eine internationale Dimension.

Das venezolanische Beispiel macht darüber hinaus die enorme Komplexität von progressiven Bildungsreformen sichtbar und relativiert

den Glauben vieler sozialer Bewegungen an die gegenhegemoniale Transformationsmacht von Bildung. Bildungsexpansion und -demokratisierung müssen zweifellos Teil jeder progressiven gesellschaftlichen Umgestaltung sein. Allerdings sind die Veränderungsmöglichkeiten durch Bildung geringer als gemeinhin angenommen. Ganz zentral ist jedoch, dass progressive Bildungspolitik ohne grundlegende Strukturreformen nicht auf Dauer ihre gegenhegemoniale Kraft entfalten kann.

- 1 Das Konzept „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ (für den Begriff siehe Dieterich 2006) wurde von der Chávez-Regierung nicht umfassend definiert. Konstituierende Elemente sind die Betonung partizipativer Demokratie, ein ökonomisches Modell, das kollektive Produktions- und Eigentumsformen mit Privatwirtschaft kombiniert, sowie die Abgrenzung vom sowjetischen Staatssozialismus (siehe auch Wilpert 2007: 237; Muhr 2011: 98-102).
- 2 Als „progressiver Zyklus“ wird eine Reihe von mehr oder weniger radikalen progressiven Transformationsprozessen zwischen 2000 und 2015 in Lateinamerika (u.a. in Venezuela, Ecuador, Bolivien und Nicaragua) bezeichnet. Gemeinsame Charakteristika umfassen eine geringere oder größere Distanz zum Neoliberalismus, eine Wiederaufwertung des Staates, breite Sozialpolitiken, ein mehr oder weniger enges Verhältnis zu sozialen Bewegungen, Wiederaufwertung der nationalen Souveränität und das Streben nach regionalen Bündnissen (Boris 2014: 22-25). Siehe Katz 2018 für eine kritische Analyse.
- 3 Der vorliegende Aufsatz baut auf der Studie „Education Policies and Counter-Hegemony in Bolivarian Venezuela“ (Langthaler 2020) auf.
- 4 Gramsci wird in einigen kritischen bildungswissenschaftlichen Strömungen stark rezipiert, etwa der Erwachsenenbildung (z.B. Allmann 2002; Mayo 1995, 2014) und der *critical pedagogy* (z.B. Giroux 2002). Im deutschen Sprachraum siehe z.B. Merckens 2004, 2006. Für einen Überblick siehe Mayo 1995.
- 5 Siehe dazu ausführlicher Langthaler 2020: 73-77.
- 6 Für eine ausführliche Literaturdiskussion siehe Langthaler 2020, Chapter III.
- 7 Siehe UNESCO Institute for Statistics (UIS): <http://uis.unesco.org/country/VE>, 18.2.2019.
- 8 Siehe <https://cepalstat-prod.cepal.org/cepalstat/tabulador/ConsultaIntegrada.asp?idIndicador=184&idioma=e> (abgerufen am 9.2.2020). Die Daten stimmen mit jenen des UNESCO Institute for Statistics überein. Siehe <http://data.uis.unesco.org/>, 9.2.2020.
- 9 Die beiden letzteren Missionen werden unter 3.3 ausführlicher besprochen.
- 10 ALBA steht für „Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra America–Tratado de Comercio de los Pueblos“ (Bolivarianische Allianz für die Völker unseres Lateinamerikas–Handelsvertrag der Völker). Derzeitige Mitglieder sind Venezuela, Antigua und Barbuda, Dominica, Grenada, Kuba, Nicaragua, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen. Haiti hat Beobachterstatus.

- 11 Als „IV. Republik“ wird die Periode nach dem Sturz des Diktators Pérez Jimenez im Jahr 1958 bis zur Errichtung der Bolivarianischen Republik 1999 bezeichnet.
- 12 Übersetzung M. Langthaler.

Literatur

- Abbott, Jared A./Soifer, Hillel David/vom Hau, Matthias (2017): Transforming the Nation? The Bolivarian Education Reform in Venezuela. In: Journal of Latin American Studies 49, 885-916. <https://doi.org/10.1017/S0022216X17000402>
- Allman, Paula (2002): Antonio Gramsci's Contributions to Radical Adult Education. In: Borg, Carmel/Buttigieg, Joseph A./Mayo, Peter (Hg.): Gramsci and Education. Lanham, MD: Rowman & Littlefield.
- Anselmi, Manuel (2013): Chávez's Children. Ideology, Education, and Society in Latin America. Plymouth: Lexington Books.
- Arnoe, Robert (1986): Education and Revolution in Nicaragua. New York: Praeger.
- Baldacci, Massimo (2016): Egegnonia e pedagogia. Una critica delle interpretazioni di Gramsci. In: Materialismo Storico 1-2, 142-160.
- Boris, Dieter (2014): Bolívars Erben. Linkeregierungen in Lateinamerika. Köln: PapyRossa.
- Broccoli, Angelo (1972): Antonio Gramsci e l'Educazione come Egegnonia. Firenze: La Nuova Italia.
- Burgos, Raúl. (2008): Gramsci y la Izquierda en América Latina. Texto presentado en la IV Conferencia Internacional de Estudios Gramscianos. Ciudad de México, 29 y 30 de noviembre de 2007.
- Bruni Celli, Josefina (2004): Innovation and Frustration. Education Reform in Venezuela. In: Kaufmann, Robert R./Nelson, Joan M. (Hg.): Crucial Needs, Weak Incentives. Social Sector Reform, Democratization, and Globalization in Latin America. Washington D.C.: Woodrow Wilson Centre Press, 438-469.
- Carnoy, Martin/Samoff, Joel (1990): Education and Social Transition in the Third World. Princeton: Princeton University Press. <https://doi.org/10.1515/9781400860692>
- Casanova, Ramón (2008): Desigualdad educativa, población y desarrollo. Exploraciones para el escenario de la Venezuela de comienzos del siglo XXI. Caracas: Fondo de Población de Naciones Unidas.
- Carvajal, Leonardo/Pantin, María Josefina (2006): La Educación en Riesgo 1999-2006. Caracas: Universidad Católica Andrés Bello.
- Chiroleu, Adriana (2014): Desigualdades en Educación Superior y Políticas Públicas. Los Casos de Argentina, Brasil y Venezuela. In: Universidades LXV (59), 9-22.
- Chodor, Tom (2015): Neo-liberal Hegemony and the Pink Tide in Latin America. Breaking up with TINA? New York: Palgrave Macmillan. <https://doi.org/10.1057/9781137444684>

- Ciccariello-Maher, George (2013): *We Created Chávez. A People's History of the Venezuelan Revolution*. Durham: Duke University Press. <https://doi.org/10.1215/9780822378938>
- Cole, Mike (2013): Hugo Chávez, Social Democracy and Twenty-First-Century Socialism in Venezuela: An Alternative to the Neoliberal Model. In: Motta, Sara C./Cole, Mike (Hg.): *Education and Social Change in Latin America*. New York: Palgrave Macmillan, 139-161. https://doi.org/10.1057/9781137366634_9
- D'Amario, Daisy (2009): Cuestiones de la Inclusión Educativa. A Propósito de la UBV y Misión Sucre. In: *Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales* 15 (1), 225-253.
- D'Elia, Yolanda (Hg.) (2006): *Las Misiones Sociales en Venezuela: Una Aproximación a su Comprensión y Análisis*. Caracas: Instituto Latinoamericano de Investigaciones Sociales.
- D'Elia, Yolanda & Quiroz, Cristyn (2010): *Las Misiones Sociales: Una Alternativa para Superar la Pobreza?* Caracas: Instituto Latinoamericano de Investigaciones Sociales.
- Domené-Painena, Olga/Herrera, Francisco F. (2019): Situated agroecology: massification and reclaiming university programs in Venezuela. In: *Agroecology and Sustainable Food Systems*, 43 (7-8), 936-953. <https://doi.org/10.1080/21683565.2019.1617223>
- Duffy, Maura (2014): Education, Democracy and Social Change: Venezuela's Education Missions in Theory and Practice. In: *Journal of Education Policy*. 30 (5), 650-670. <https://doi.org/10.1080/02680939.2014.981868>
- Duffy, Maura (2016): In and Against the State? Venezuela's Education Missions and the Struggle for a Democratic Alternative. In: *The Journal of Development Studies*. 53(8). 1163-1177. <https://doi.org/10.1080/00220388.2016.1224851>
- Freire, Paulo (1996[1970]): *Pedagogy of the Oppressed*. London: Penguin.
- Giroux, Henry (1999). Rethinking Cultural Politics and Radical Pedagogy in the Work of Antonio Gramsci. In: *Educational Theory* 49, 1-19. <https://doi.org/10.1111/j.1741-5446.1999.00001.x>
- Gramsci, Antonio (1971): *Selections from the Prison Notebooks* (edited and translated by Q. Hoare and G.N. Smith). London: Lawrence & Wishart.
- Hetland, Gabriel (2018): Two decades of Venezuela's Bolivarian Revolution. Achievements and Shortcomings. In: Munck, Ronaldo/Delgado Wise, Raúl (Hg): *Reframing Latin American Development*. London/New York: Routledge, 143-164. <https://doi.org/10.4324/9781315170084-8>
- Hernández Tedesco, L.C. (2012): Vinculación de las Políticas Públicas Educativas del Gobierno del Presidente Hugo Chávez con el Modelo Educativo Bolivariano. In: *Docencia Universitaria XIII* (2), 45-72.
- Ivancheva, Mariya (2013): *From Revolution to Reconciliation: The Road of Venezuelan Intellectuals to State Power and the Bolivarian Higher Education Reform*. Dissertation. Budapest: Central European University.

- Jessop, Bob (2003): Critical Realism and Hegemony. *Hic Rhoda, Hic Salta*. In: *Journal of Critical Realism* 1 (2), 183-194. <https://doi.org/10.1558/jocr.v1i2.183>
- Joseph, Jonathan (2000): A Realist Theory of Hegemony. In: *Journal for the Theory of Social Behaviour* 30 (2), 179-202. <https://doi.org/10.1111/1468-5914.00125>
- Joseph, Jonathan (2002): *Hegemony. A Realist Analysis*. London and New York: Routledge. <https://doi.org/10.4324/9780203166529>
- Katz, Claudio (2018): Whither Latin America. Outcomes of the progressive cycle. In: Munck, Ronaldo/Delgado Wise, Raúl (Hg): *Reframing Latin American Development*. London/New York: Routledge, 35-60. <https://doi.org/10.4324/9781315170084-3>
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1985): *Hegemony and Socialist Strategy*. London: Verso.
- Langthaler, Margarita (2020): *Education Policies and Counter-Hegemony in Bolivarian Venezuela*. Wien: Praesens Verlag.
- Lanz Rodríguez, Carlos (2004): *La Revolución Es Cultural o Reproducirá la Dominación*. Caracas: Ediciones IESA.
- Lanz Rodríguez, Carlos (2009): Manipulación Propagandística en la Discusión de la Ley Orgánica de Educación (LOE). <http://www.aporrea.org/educacion/a80620.html>, 18.2.2020.
- López Sánchez, Roberto (2018): Profesores llaman a enfrentar el Colapso Universitario. <http://robertolopezsanchez.blogspot.com/>, 4.10.2019.
- Mayo, Peter (2015): Antonio Gramsci's Impact on Critical Pedagogy. In: *Critical Sociology* 41 (7-8), 1121-1136. <https://doi.org/10.1177/089692051312694>
- Mayo, Peter (2014): Gramsci and the Politics of Education. In: *Capital & Class* 38 (2), 385-398. <https://doi.org/10.1177/0309816814533170>
- Mayo, Peter (1995): The 'Turn to Gramsci' in Adult Education. A Review of the English-Language Literature. In: *International Gramsci Society Newsletter* 4, 2-9.
- McCowan, Tristan (2016): Three Dimensions of Equity of Access to Higher Education. In: *Compare: A Journal of Comparative and International Education* 46 (4), 645-665. <https://doi.org/10.1080/03057925.2015.1043237>
- McLaren, Peter (2013): Education as Liberation: the Bolivarian Alternative. Hugo Chávez (1954- 2013). In: *Postcolonial Directions in Education* 2 (1), 145-153.
- Merkens, Andreas (2006): *Hegemonie und Gegen-Hegemonie als pädagogisches Verhältnis*. Antonio Gramscis politische Pädagogik. Hamburger Skripte 15. Hamburg: Rosa-Luxemburg-Bildungswerk.
- Merkens, Andreas (2004): *Erziehung und Bildung im Denken Antonio Gramscis. Eckpunkte einer intellektuellen und politischen Praxis*. In: Gramsci, Antonio: *Erziehung und Bildung. Gramsci-Reader*. Hamburg: Argument, 15-46.
- Ministerio de Educación, Cultura y Deportes [MECD] (1999): *Proyecto Educativo Nacional. Versión Preliminar de la Sistematización de las Propuestas Regionales*. Caracas: MECED.
- Ministerio de Educación Superior [MES] (2003): *Fundamentos Conceptuales de la Misión Sucre*. Caracas: MED.

- Ministerio del Poder Popular para la Educación Superior [MPPEs] (2009): La Revolución Bolivariana en Educación Superior. Diez Años de Logros. Caracas: MPPEs.
- Morrow, Raymond A./ Torres, Carlos Alberto (2001): Gramsci and Popular Education in Latin America. From Revolution to Democratic Transition. In: *International Journal of Educational Development* 21, 331-343. [https://doi.org/10.1016/S0738-0593\(00\)00039-0](https://doi.org/10.1016/S0738-0593(00)00039-0)
- Muhr, Thomas (2011): Venezuela and the ALBA. Counter-Hegemony, Geographies of Integration and Development, and Higher Education for All. Saarbrücken: VDM Verlag Dr. Müller.
- Muhr, Thomas (2016): Equity of Access to Higher Education in the Context of South-South Cooperation in Latin America: a Pluri-Scalar Analysis. *Higher Education*. In: *The International Journal of Higher Education Research*. 72(4), 557-571. <https://doi.org/10.1007/s10734-016-0017-9>
- Muhr, Thomas/Verger, Antoni (2009): Venezuela. Higher Education, Neoliberalism and Socialism. In: Hill, Dave/Roskam, Ellen (Hg.): *The Developing World and State Education: Neoliberal Depredation and Egalitarian Alternatives*. New York/London: Routledge. 71-90.
- Opratto, Benjamin (2014 [2012]): Hegemonie. Politische Theorie nach Antonio Gramsci. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Peters, Stefan (2013): Bildungsreformen und soziale Ungleichheiten in Lateinamerika. Kontinuitäten im Wandel in Venezuela und Uruguay. Baden-Baden: Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783845244679>
- Peters, Stefan/Tarazona, Mareike (2015): Das Bildungssystem Venezuelas unter besonderer Berücksichtigung der Fragmentierung von Bildungssystem und Arbeitsmarkt. In: Oelsner, Veronika/Richter, Claudia (Hg.): *Bildung in Lateinamerika. Strukturen, Entwicklungen, Herausforderungen*. Münster/New York: Waxmann. 296-320.
- RBV [República Bolivariana de Venezuela] (1999): Constitución de la República Bolivariana de Venezuela. Caracas: MPPEs.
- RBV (2014a): Boletín de Indicadores Educativos. Años Escolares 2003/04 al 2012/13. No. 3. Caracas: Instituto Nacional de Estadística.
- RBV (2014b). Revisión Nacional 2015 de la Educación Para Todos. Caracas.
- RBV Asamblea Nacional (2008): Logros de la Revolución Bolivariana. Caracas: Asamblea Nacional. Dirección General de Investigación y Desarrollo Legislativo.
- Robertson, Susan L. (2011): The New Spatial Politics of (Re)Bordering and (Re)Ordering the State-Education-Citizen Relation. In: *International Review of Education* 57, 277-297. https://doi.org/10.1007/s978-94-007-4411-0_3
- Rodríguez Trujillo, Nacarid (2008): Trayectoria del Proyecto de Escuelas Bolivarianas. In: *Educere* 12 (42), 563-574.
- Samoff, Joel (1991): Socialist Education? In: *Comparative Education Review* 35 (1), 1-22. <https://doi.org/10.1086/446993>

- Suggett, James (2009): Venezuelan Education Law: Socialist Indoctrination or Liberatory Education. <https://venezuelanalysis.com/analysis/4734>, 15.2.2020.
- United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (UNOCHA) (2019): Humanitarian Response Plan Venezuela.
- Urbani, Giovanni (1967): Introduzione: Egemonia e pedagogia nel pensiero di A. Gramsci. In: Urbani, Giovanni (Hg.): Gramsci, Antonio: La formazione dell'uomo. Roma: Editori Riuniti.
- Weigand, Miriam (2003): Antonio Gramsci – Betrachtung seines Werkes aus Sicht seiner Rezeption in Lateinamerika. Arbeitspapiere zur Lateinamerikaforschung. Philosophische Fakultät der Universität zu Köln.
- Weisbrodt, Mark/Sachs, Jeffrey (2019): Economic Sanctions as Collective Punishment: The Case of Venezuela. Centre for Economic and Policy Research.
- Wilpert, Gregory (2007): Changing Venezuela by Taking Power. The History and Policies of the Chávez Government. London/New York: Verso.
- Young, Michael/Muller, Johan (2010): Three Educational Scenarios for the Future: Lessons from the Sociology of Knowledge. In: European Journal of Education 45 (1), 11-27. <https://doi.org/10.1111/j.1465-3435.2009.01413.x>

ABSTRACT The Bolivarian Process in Venezuela conceived of education as a key objective and instrument at the same time. In fact, the country experienced an extraordinary educational expansion in favour of the poor. This greatly supported political agency and democratic participation. However, Bolivarian education policies did not succeed in overcoming the hierarchical stratification of the education system. With the beginning of the economic and political crisis educational inequalities were rising again and undermined the empowering effects of the educational reform. This article analyses Bolivarian education policies from the perspective of their relation to a counterhegemonic process. It examines the formal school reform, the non-formal educational missions and the higher education policy as to their empowering as well as stratifying effects. It draws conclusions on the general role of education for (counter)-hegemonic processes.

Margarita Langthaler
 Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung
 (ÖFSE)
 m.langthaler@oefse.at

Essay

MARTHA LÍA GRAJALES

Populare Macht in Venezuela

Die sozialen Unruhen, die einige Länder Lateinamerikas in den letzten Monaten erlebt haben, sind als Reaktion auf eine Reihe neoliberaler Maßnahmen der amtierenden Regierungen zu verstehen. Ihre venezolanische Entsprechung sind die als *Caracazo* bekannt gewordenen Ereignisse aus dem Februar 1989, als die marginalisierten bzw. „popularen“ Bevölkerungsgruppen (*sectores populares*)¹ der Hauptstadt Caracas und der umliegenden Gebiete gegen Maßnahmen des Internationalen Währungsfonds auf die Straßen gingen, die unter anderem die Erhöhung der Treibstoffpreise und damit auch der Fahrpreise des öffentlichen Nahverkehrs vorsahen. Die großen, von den popularen Bevölkerungsgruppen geleiteten spontanen Mobilisierungen führten zu Plünderungen, auf die das venezolanische Militär von Beginn an mit Repressionen antwortete, die in den darauffolgenden Tagen bis zu 2000 Todesopfer forderten.

Dieses Aufeinandertreffen von Widerstand und Spontanität auf der einen Seite und der entfesselten staatlichen Gewalt auf der anderen Seite markierte einen Wendepunkt, der zu einem großen Teil die Genese des politischen Prozesses erklärt, der sich in der Figur des ‚Comandante Chávez‘ verkörpern sollte. Dessen Aufstieg begann mit dem versuchten Staatsstreich von 1992 und setzte sich mit dem Sieg bei den Präsidentschaftswahlen von 1998 fort². Chávez’ Programm für diese Wahlen war sehr schlicht, aber deshalb nicht weniger tiefgreifend: Angesichts des Überdrusses an der traditionellen politischen Klasse, der weite Teile der Bevölkerung zu dieser Zeit erfasst hatte, schlug Chávez eine Neugründung der Republik mithilfe eines breit angelegten und partizipativen verfassungsgebenden Prozesses vor, in dem die historisch ausgeschlossene Bevölkerung – *el pueblo* – zur politischen Protagonistin werden sollte.

Dieser Prozess stand von Beginn an unter kontinuierlichem Druck von Seiten der nationalen und internationalen rechtsgerichteten Kräfte unter der Führung der imperialen Regierungen der USA. Dennoch konnte erreicht werden, dass die Mehrheit der Bevölkerung sich ein Modell der partizipativen und protagonistischen Demokratie³ aneignete, in dem die verarmte Bevölkerungsmehrheit das Zentrum der politischen Agenda bildet, an deren Interessen sich die Tätigkeit der revolutionären Regierung zu orientieren hat.

Die Aneignung dieses politischen Modells zeigte sich unter anderem in einem bedeutenden quantitativen wie qualitativen Wachstum gesellschaftlicher Partizipation und Organisation. Die Räume gesellschaftlicher Teilhabe breiteten sich im ganzen Land aus. Eine ganze Reihe selbstorganisierter Initiativen wie die lokalen Komitees zur Verwaltung von städtischem Land oder der Wasserversorgung, Kooperativen und andere solidarökonomische Projekte, lokale Selbstverwaltungsstrukturen wie die „Bolivarianischen Zirkel“, die „kommunalen Räte“ und die „Comunas“⁴, kulturelle wie feministische Kollektive und viele andere flochten ein Netz populärer Macht, das ausgehend von der konkreten lokalen Praxis zu einer wichtigen Instanz der Politisierung wurde. Ganze Nachbarschaften und Gemeinden begannen sich zu organisieren, um ihre zentralen Probleme zu identifizieren und Lösungen für diese zu finden. Die nationale Regierung förderte diese Prozesse durch technische Unterstützung oder die Bereitstellung von Ressourcen und ermöglichte damit ein gesellschaftliches Experimentieren für den Aufbau echter populärer Selbstverwaltung auf lokaler Ebene.

Im Rahmen des von Chávez initiierten strategischen Horizonts wurden diese partizipativen Experimente nie bloß als Möglichkeiten politischer Teilhabe begriffen. Es handelte sich hierbei vielmehr um selbstverwaltete Räume, in denen die Bevölkerung tatsächlich die politische Gestaltungsmacht ausüben sollte, und die damit aus ihren konkreten lokalen Realitäten heraus einen Beitrag zur Transformation des bürgerlichen Nationalstaats und zum Aufbau des Sozialismus leisten würden:

„Ihr müsst hier die Regierung sein – nicht der Bürgermeister, und noch weniger der Gouverneur – nein! Das sind Bereiche der Regierung, die wir nicht beseitigen werden. Ihr müsst im Rahmen des Aufbaus der Comunas jeden Tag höhere

Niveaus an populärer Macht, an Selbstregierung, an dem, was István Mészáros in seinem wunderbaren Buch ‚Jenseits des Kapitals‘ gesellschaftliche Rechenschaftspflicht und allgemeine Selbstverwaltung nennt, schaffen. Kurzum: Ihr müsst die Comunas zu Orten populärer Selbstregierung machen. Dabei wird die einfache Bevölkerung – organisiert in Versammlungen – in Zukunft selbst die Gesetze für die eigene Gemeinde erlassen, aber immer im Rahmen der Verfassung, der bundesweiten Gesetze und Projekte und der nationalen Integration. In der Comuna muss eine noch höhere Ebene des Regierens erreicht werden, in der die kommunalen Räte Teil einer kommunalen Selbstverwaltungsbehörde werden [...]“ (Chávez Frías 2009: 10).

Gemäß dieser Vorstellung ist populäre Macht Mittel wie auch Zweck. Sie schafft Räume der Selbstverwaltung, die soziale Beziehungen fernab einer kapitalistischen Logik ermöglichen und fördern. Die durch den Staat von oben angestoßenen Handlungen unterstützen den Aufbau populärer Macht von unten, ohne diese zu ersetzen oder zu kooptieren. Staatliche und populäre Macht sind somit über eine komplexe und spannungsgeladene strategische Allianz verbunden.

Der Staat ist ein umkämpftes Terrain, und die Kräfte des selbstverwalteten Sektors dürfen nicht aufhören, ihn im Sinne ihrer Interessen zu nutzen, damit der Staat in seiner aktuellen Form schrittweise durch eine neues populäres Institutionengefüge ersetzt wird, in dem politische Entscheidungs- und Gestaltungsmacht von unten nach oben wirkt.

Mit Chávez’ Tod, der ökonomischen Krise und den brutalen wirtschaftlichen Sanktionen, die in illegitimer Weise auf Venezuela lasten, hat dieses Projekt eine herbe Schwächung erlitten.

Im Bereich des Politischen wurde die externe Kontrolle über diese neuen Selbstverwaltungsstrukturen erhöht. Das beinhaltet im Falle der kommunalen Räte zum Beispiel, dass der Wahlprozess der Sprecher*innen eingeschränkt wurde, um garantieren zu können, dass Posten von Personen besetzt werden, die loyal zur Partei und zur nationalen Regierung stehen. Außerdem wurden sogenannte „Lokale Komitees zur Versorgung und Produktion“ (*Comité Local de Abastecimiento y Producción, CLAPS*) als neue Überstruktur zu den kommunalen Räten geschaffen, die direkt aus der Partei heraus und ohne Beteiligung der Bürger*innenversammlungen besetzt werden.

In wirtschaftlicher Hinsicht basierten viele dieser organisatorischen Experimente auf einer hohen Abhängigkeit von staatlichen Mitteln, und als diese zurückgingen, verringerten sich auch die lokalen organisatorischen und politischen Kapazitäten vor Ort.

Angesichts der verschärften Angriffe von Seiten der nationalen und internationalen Rechten hat die politische Führung des Chavismus die Maxime der „Staatsraison“ ausgerufen. Entscheidungsbefugnisse wurden wieder zentralisiert und die Organisationen populärer Macht zunehmend als Mittel staatlicher Machterhaltung begriffen, während die zentrale Rolle der subalternen Klassen durch jene der Partei-Avantgarde ersetzt wurde:

„[...] die Macht der popularen Gruppen wird mit der Macht der Partei verwechselt [...]. [I]ndem Formen populärer Macht von der staatlich-parteilichen Macht kooptiert werden, verdrängen Partei und Staat die führende Rolle und die Autonomie der subalternen und unterdrückten Klassen“ (Mazzeo 2016: 105).

Allmählich wurden so die Instanzen populärer Macht ihrer transformativen Kraft beraubt. Statt die Basisbewegungen als politische Subjekte zu begreifen, wurden sie zu „Nutznießer*innen“ oder Objekten staatlicher Protektion abgewertet, denen die Fähigkeit abgesprochen wurde, den revolutionären Prozess zu lenken.

Auch wenn die Mobilisierung populärer Macht in Venezuela und ihre Möglichkeiten, politisch Einfluss zu nehmen, aus den oben beschriebenen Gründen abgenommen haben und im Allgemeinen ein Rückgang von politischer Beteiligung und Engagement zu verzeichnen ist, gibt es organisatorische Erfahrungen und Projekte, die, selbst unter diesen schwierigen Bedingungen, sich nicht nur erhalten, sondern ihre politischen und wirtschaftlichen Prozesse ausbauen und weiterentwickeln konnten. Es handelt sich dabei um

„selbstorganisierte Räume, die nach Prinzipien und Regulatorien funktionieren, die sich radikal von jenen kapitalistischer, kolonialer und patriarchaler Gesellschaften unterscheiden [...]. [Es] sind Konsensgemeinschaften, die auf der Teilhabe aller ihrer Mitglieder beruhen [...]. Sie gelten als realistische Utopien oder besser Heterotopien. Ihr Ziel ist es, hier und jetzt eine andere Art von Gesellschaft zu errichten, eine Gesellschaft, die von den heute dominanten Herrschaftsformen befreit ist“ (Santos 2018: 314).

Einige Projekte, die diese Ansprüche verkörpern, sind etwa der *Plan Pueblo a Pueblo*, die Comuna *El Maizal*, die Comuna *Altos de Lidice*, die Comuna *El Panal 2021* und die Kooperative *Unidos San Agustín Convive*. Diese Organisationen sind politische Vorbilder, die durch ihre konkrete Praxis zeigen, dass der Aufbau des Sozialismus aus den lokalen Territorien heraus die beste Antwort ist, um der politischen und wirtschaftlichen Belagerung, die Venezuela derzeit erlebt, entgegenzutreten und sie zu überwinden.

Im Rahmen des *Plan Pueblo a Pueblo*⁵ beispielsweise produzierte eine Vereinigung von nicht mehr als 140 freien und assoziierten Produzent*innen in selbstverwalteten Kleinst- oder Familienbetrieben auf nur 100 Hektar Land in den letzten vier Jahren mehr als 1.800 Tonnen Lebensmittel. Bemühungen zur Rettung einheimischer, sorten- und samenfester Sorten und die eigenständige Produktion von Saatgut sollen die Abhängigkeit der bäuerlichen Produzent*innen von Importen begrenzen. Der Aufbau eines Vertriebssystems wiederum, das auf neuartigen Beziehungen zwischen Stadt und Land beruht, die Zwischenhändler aus der Produktionskette ausschließen, ermöglichte mehr als 2.500 Familien wöchentlich Zugang zu hochwertigen Lebensmitteln mit einer Ersparnis von über 60 Prozent gegenüber den Marktpreisen.

Die Comuna *El Maizal* („Das Maisfeld“) wurde am 5. Dezember 2009 auf Land gegründet, das der venezolanische Staat von einem Großgrundbesitzer enteignet hatte, und zählt heute zu den wichtigsten Selbstverwaltungsprojekten des Landes. *El Maizal* besteht aus 22 kommunalen Räten und verwaltet ein 2.200 Hektar großes Gelände, auf dem Mais, Bohnen, Erbsen, Gemüse und Kaffee, aber auch Schweine- und Rindfleisch, Käse und andere Milchprodukte produziert werden. Die Comuna hat sich dem Kampf gegen den Großgrundbesitz verschrieben und fördert als ein Zentrum für revolutionäre Demokratie die gesellschaftliche Organisation, damit Menschen in ihren Regionen die Voraussetzungen vorfinden, um soziale, wirtschaftliche, politische und kulturelle Räume der Selbstverwaltung und der Demokratie schaffen zu können.

Im Gegensatz zu den Geschehnissen auf nationaler Ebene weitet sich die Partizipation hier aus und entwickelt sich qualitativ und quantitativ weiter. 2017 wurden in autonomen Wahlen aus der Basis der Gemeinde Kandidat*innen für verschiedene Ebenen politischer Beteiligung wie die verfassunggebende Nationalversammlung, das Bürgermeister*innenamt

und die Gemeinderäte bestimmt und in allen Fällen ein überwältigender Wahlsieg errungen. Im Fall der Stadtverwaltung wurde dieser von den staatlichen Behörden jedoch unter dem Vorwand nicht anerkannt, dass dem Kandidaten der Comuna die Genehmigung der verfassungsgebenden Versammlung für seine Ernennung fehlte. Die 57,45 Prozent der Stimmen dieses Kandidaten wurden der Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuelas (PSUV) angerechnet, die schlussendlich den Bürgermeister der Gemeinde stellte.

Trotz des Rückschlags, den die Aberkennung dieses wichtigen Wahlsiegs bedeutete, die mit massiven Mobilisierungen und Protesten einherging und Solidarisationen eines bedeutenden Teils der populären Bewegung hervorrief, erhöhte die Comuna *El Maizal* nicht nur weiter ihre Produktionskapazitäten und den Grad der Selbstverwaltung, sondern trieb auch ihre Bemühungen zur Zusammenarbeit und politischen Vernetzung mit anderen Comunas und verschiedenen Strömungen des populären Chavismus im ganzen Land voran.

Bei der Kooperative *Unidos San Agustín Convive* handelt es sich um eine Erfahrung der Selbstverwaltung, die von Bewohner*innen 13 populärer Stadtgebiete in Caracas – hauptsächlich Frauen – initiiert und vorangetrieben wurde. Angesichts der Knappheit und der Spekulation mit Lebensmitteln organisierten sie sich, um direkte Verbindungen mit bäuerlichen Produzent*innen aufzubauen und die Verteilung von Lebensmitteln in den Gemeinden alternativ zu einer kapitalistischen Logik zu organisieren. Auf diese Weise konnten Zwischenhändler*innen in der Lieferkette umgangen und so Einsparungen von rund 60 Prozent im Vergleich zu den üblichen Marktpreisen erzielt werden. Nach einem Jahr wurde eine Kooperative gegründet, die ihre Arbeit auf Textilproduktion, städtische Landwirtschaft, Lebensmittelverarbeitung sowie die Organisation und Begleitung einer Gruppe von Kindern in diesen Stadtgebieten erweiterte.

In diesen Prozessen populärer Selbstverwaltung bilden Gemeindeversammlungen die höchste Verhandlungs- und Entscheidungsinstanz. Sie legen die strategische Ausrichtung des Gesamtprojekts fest und genehmigen die von kleineren Arbeitsgruppen für unterschiedliche Teilbereiche entwickelten Pläne zur Umsetzung. Diese Arbeitspläne bilden den Wegweiser für jede Gruppe und ermöglichen es der Versammlung, die Arbeit nachzuvollziehen und zu evaluieren. Die Versammlungen sind pädagogische

Räume, in denen gemeinsam aus Erfahrungen gelernt wird, sowohl in technischen und prozessualen Belangen als auch darüber, wie die leitenden strategischen Prinzipien in der Praxis umgesetzt werden können.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich nun aus dieser Gesamtschau ziehen? Der Aufbau einer gesellschaftlichen Alternative zum Kapitalismus muss von der Basis ausgehen. Sie muss eine populäre Neu-Schöpfung von unten nach oben sein. Das bedeutet aber nicht, dass es keine Beziehung zum Staat geben kann, die eine Synergie zwischen unten und oben ermöglicht. Die venezolanische Erfahrung zeigt, wie wichtig der Anstoß der Regierung unter Hugo Chávez für die Erweiterung und Verfestigung des Netzwerks populärer Macht war, das sich über das ganze Land ausbreitete. Sie zeigt uns aber auch, dass dieser „von oben“ ausgehende Impuls stets darauf abzielen muss, den Aufbau populärer Macht „von unten“ zu stärken, um die Kräfteverhältnisse dauerhaft zugunsten der ausgegrenzten und unterdrückten Bevölkerungsmehrheit zu verändern, und niemals dazu missbraucht werden darf, die Eigeninitiative und Autonomie der subalternen und unterdrückten Klassen zu ersetzen.

Folglich muss der Aufbau populärer Macht auch die Entwicklung einer nachhaltigen selbstverwalteten Wirtschaftskraft beinhalten. Denn eine organisatorische und politische Struktur, die von externen wirtschaftlichen Impulsen und Unterstützungsleistungen abhängt, ist anfällig für Kooptationsversuche und Einflussnahme „von oben“, was ihre Fähigkeit zur Kritik unterminiert und ihr schließlich das transformative Potenzial und die Fähigkeit zur Selbstverwaltung nimmt.

Wenn wir also davon ausgehen, dass die Erfahrungen populärer Macht der Grundstein sind, der es uns ermöglicht, den Aufbau des Sozialismus von der lokalen und regionalen Ebene ausgehend voranzutreiben, dann sollte diese wirtschaftliche Kraft und Basis nicht einfach auf irgendeiner beliebigen Ressource oder Einnahmequelle beruhen. Vielmehr muss es Anstrengungen geben, von der kapitalistischen Logik abweichende, alternative Produktions- und Lieferketten aufzubauen, die aus der konkreten Praxis heraus zeigen, dass wir gerade durch die Vertiefung selbstverwalteter Strukturen tatsächlich eine emanzipatorische Lösung für die Krise finden werden.

Projekte, die es geschafft haben, ihre eigene wirtschaftliche Kraft zu entwickeln, wie klein sie auch sein möge, konnten sich, selbst in einem

Kontext enormer Schwierigkeiten wie aktuell in Venezuela, erhalten. Sie erfuhren eine Stärkung ihres Organisationsprozesses und entwickelten sich weiter. Vor allem haben sie sich aber in politische Vorbilder verwandelt, die nicht dem Pragmatismus des Marktes erliegen, sondern die Hoffnung auf eine echte Transformation zu einer nichtkapitalistischen Alternative am Leben erhalten.

Diese organisatorischen und produktiven Anstrengungen, die vom Lokalen ausgehen und sich an den regionalen Besonderheiten und Bedürfnissen zur Erhaltung des Lebens orientieren, sind unzureichend, wenn sie sich nicht mit anderen Erfahrungen austauschen und verbinden, um, wie Chávez es nannte, ein großes Netz zu knüpfen, eine neue Machtgeometrie, die ihren Kern in lokalen Einheiten und Bedingungen hat, deren wahre Macht sich jedoch in der Fähigkeit zur Koordination und Verknüpfung ausdrückt. So erhält das, was in einem Gebiet alleine unbedeutend erscheinen mag, ein neues Potenzial, eine Kraft, die aus und in der Praxis entsteht. Es entstehen neue Formen der Politik und neue Formen des Wirtschaftens, die auf die tiefsten und authentischsten Bedürfnisse der ausgegrenzten und unterdrückten Bevölkerungsmehrheit – des *pueblo* – antworten.

Die aus der politischen Zusammenarbeit und Vernetzung sowie dem Aufbau alternativer, nichtkapitalistischer Produktionsketten geschöpfte Kraft wird wiederum unsere Fähigkeiten zur Einflussnahme und für Auseinandersetzungen auf der Ebene des Nationalstaats stärken, damit die verarmte Bevölkerungsmehrheit weiterhin im Zentrum der politischen Agenda steht und ihre Interessen das Handeln der Revolutionsregierung leiten.

Aus dem Spanischen von Franziska Kusche, Magdalena Kraus und Jonathan Scalet

- 1 Mit dem hier verwendeten Adjektiv „populär“ wird auf jene Bevölkerungsgruppen verwiesen, die in Venezuela als „el pueblo“ – „das Volk“ bezeichnet werden. Der Begriff *pueblo* und davon abgeleitete Begriffe stellen eine große Herausfor-

derung für die Übersetzung dar. Während die wörtliche deutsche Entsprechung „Volk“ mit häufig biologistisch oder kulturell konnotierten Vorstellungen einer homogenen und exklusiven Gemeinschaft verbunden wird und unweigerlich an die völkischen Konzepte des Nationalsozialismus erinnert, dominiert im lateinamerikanischen Kontext eine deutlich politischere, stark sozialstrukturell bestimmte und klassenanalytisch gebrochene Bedeutung des spanischen *pueblo*. Bezugspunkt ist die alltagssprachliche Bedeutung des *pueblo* im Sinne der „einfachen Leute“, worunter im heutigen Venezuela etwa das informell arbeitende städtische Prekariat, die verarmten Kleinbäuer*innen, Frauen sowie afrovenezolanische und indigene Bevölkerungsgruppen fallen. Damit meint *pueblo* eben nicht eine politische oder ethnische Gemeinschaft der Gleichen, sondern die von dieser Gemeinschaft historisch ausgegrenzte, unterdrückte und häufig rassistisch diskriminierte Bevölkerungsmehrheit. Dieses Konzept des *pueblo* spielt eine Schlüsselrolle im politisch-ideologischen Diskurs des Chavismus, der sich als Projekt versteht, in dem die historisch marginalisierten Bevölkerungsgruppen zum direkten Subjekt gesellschaftlicher Machtausübung werden (Dussel 2013: 91-98; Ciccariello-Maher 2013: 8f.; Kastner 2013). In der Übersetzung der Essays wurde der Begriff mit Formulierungen wie „unterdrückte Bevölkerungsmehrheit“ oder „marginalisierte Bevölkerungsgruppen“ umschrieben und meist um das spanische Original ergänzt. Das von *pueblo* abgeleitete Adjektiv *popular* wurde – etwa in „populärer Macht“, „populärer Chavismus“ oder „populäre Sektoren“ – in der spanischen Originalschreibweise belassen, um die eben skizzierte politisch-konzeptionelle Bedeutung im chavistischen Diskurs sichtbar zu halten. Wo die Beiträge – etwa in Bezug auf Verfassungstexte – auf die völkerrechtliche Bedeutung des „Staatsvolkes“ rekurrieren, wurde der Begriff ins Deutsche übersetzt (Anm. d. Übersetzer*innen).

- 2 Im Jahr 1992 versuchten linke Gruppierungen innerhalb der Armee, die sich rund um Hugo Chávez unter dem Namen „Bolivarianische Revolutionsbewegung 200“ (*Movimiento Bolivariano 200*) organisiert hatten, zweimal das politische System zu stürzen und die Staatsmacht zu übernehmen. Die Putschversuche scheiterten, machten Chávez allerdings im ganzen Land bekannt und bereiteten so den Boden für dessen späteren Wahlsieg (Tinker Salas 2015: 122f.). Siehe auch die Einleitung zu diesem Heft (Anm. d. Übersetzer*innen).
- 3 Die 1999 nach dem Amtsantritt von Chávez ausgearbeitete neue Verfassung Venezuelas proklamierte eine nicht mehr bloß repräsentative, sondern „partizipative und antagonistische“ Demokratie für das Land. Demnach sollte die Bevölkerung über eine Reihe von Instrumenten wie lokalen Selbstverwaltungsstrukturen auf Versammlungsbasis oder dem Recht, politische Amtsträger*innen abzuwählen, zur tatsächlichen und permanenten „Protagonistin“ bzw. zum Subjekt politischer Entscheidungsprozesse werden (Wilpert 2007: 53-64) (Anm. d. Übersetzer*innen).
- 4 Die kommunalen Räte (*consejos comunales*) sind basisdemokratische Nachbarnschaftsversammlungen, die sich selbstorganisiert (und teilweise in Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen) um die Verwaltung lokalpolitischer Angele-

genheiten kümmern und die 2006 gesetzlich institutionalisiert wurden. Mit der sogenannten Comuna wurde 2010 eine weitere Organisationsform gesetzlich verankert. In dieser werden mehrere kommunale Räte zu größeren Selbstverwaltungseinheiten integriert und mit produktiven Kapazitäten unter basisdemokratischer Kontrolle verbunden. Daraus sollte perspektivisch ein landesweites Netzwerk populärer Selbstverwaltung und solidar-ökonomischer Produktion als Basis eines demokratischen Sozialismus der Räte entstehen. Die ebenfalls erwähnten Bolivarianischen Zirkel (*Círculos Bolivarianos*) gelten als Vorläuferin dieser beiden Organisationsformen, die bereits 2001 initiiert wurden, im Laufe der Jahre aber an Bedeutung verloren (Ciccariello-Maher 2016: 15-22) (Anm. d. Übersetzer*innen).

- 5 Der Name *Plan Pueblo a pueblo* bedeutet wörtlich übersetzt „Plan von Volk zu Volk“. Damit verweist der Name auf die Zusammenarbeit und Koordination von ländlichen und städtischen Selbstverwaltungseinheiten, die das Projekt charakterisieren (Anm. d. Übersetzer*innen).

Literatur

- Ciccariello-Maher, George (2013): *We created Chávez. A people's history of the Venezuelan Revolution*. Durham/London: Duke University Press. <https://doi.org/10.1215/9780822378938>
- Ciccariello-Maher, George (2016): *Building the Commune. Radical Democracy in Venezuela*. London/New York: Verso.
- Chávez Frías, Hugo (2009): *Las comunas y los cinco frentes para la construcción del Socialismo. Aló Presidente Teórico 1*. Caracas: Ministerio del Poder Popular para la Comunicación y la Información.
- Dussel, Enrique (2013): *20 Thesen zu Politik*. Berlin: LIT.
- Kastner, Jens (2013): *pueblo*. Probleme einer Übersetzung. In: MALMOE 62, 24.
- Mazzeo, Miguel (2016): *Introducción al poder popular. El sueño de una cosa*. Caracas: Fundación Editorial El Perro y la Rana.
- Santos, Boaventura de Sousa (2018): *Construyendo las Epistemologías del Sur. Para un pensamiento alternativo de alternativas. Volumen I*. Buenos Aires: CLACSO.
- Tinker Salas, Miguel (2015): *Venezuela. What Everyone Needs to Know*. New York: Oxford University Press.
- Wilpert, Gregory (2007): *Changing Venezuela by Taking Power. The History and Policies of the Chávez Government*. London/New York: Verso.

Essay

REINALDO ITURRIZA LÓPEZ

Der Einbruch des anderen Venezuela: Zu den historischen Ursprüngen des Chavismus

Eurozentrische Analysen Venezuelas tappen leicht in die Falle, den weit geteilten Common Sense der venezolanischen und internationalen Eliten zu reproduzieren, die das seit nunmehr 20 Jahren regierende chavistische Projekt als Ausdruck „politischer Barbarei“ verstehen. Das gilt selbst für sympathisierende Analyst*innen mit „guten Absichten“, hinter deren wohlwollenden Worten sich oft eine neue Version des alten Bildes vom „edlen Wilden“ verbirgt, der nun zum edlen, aber naiven „wilden Revolutionär“ wird. Der Chavismus – verstanden als politisches Subjekt – verschwindet in diesen Perspektiven hingegen meist einfach. Die chavistische Bewegung taucht bloß noch als Nebendarstellerin auf – sie wird zu einer mehr oder weniger uniformen, amorphen Masse, die eine politische Führung und eine Regierung von zweifelhafter demokratischer Gesinnung (er)trägt (im doppelten Wortsinn eines Unterstützens und Ertragens).

Für ein angemessenes Verständnis des Chavismus und seiner Ursprünge lohnt ein kurzer Blick auf die Geschichte Venezuelas seit der Unabhängigkeit im 19. Jahrhundert. Besonderes Augenmerk wird dabei auf das spezifische Gesellschaftsmodell zu legen sein, das sich in Folge der Erdölförderung seit Beginn des 20. Jahrhunderts etablierte, die neben ihrer wirtschaftlichen Bedeutung auch tiefgreifende politische und kulturelle Auswirkungen auf die venezolanische Entwicklung hatte.

Eine zentrale Konstante dieser venezolanischen Geschichte bildet der Gegensatz von Zivilisation und Barbarei, der nach Immanuel Wallerstein aus dem 18. Jahrhundert stammt (Wallerstein 2007: 298). Allerdings stützten sich bereits die gewaltförmige Kolonisierung der Amerikas zwei

Jahrhunderte zuvor und die damit einhergehende Herausbildung des Kapitalismus und der Moderne auf die gleiche Denkfigur: Demnach erfüllte das erobernde Europa die historische Aufgabe, die „wilden und primitiven Ureinwohner*innen“ Lateinamerikas zu zivilisieren und zu missionieren.

Unter der Ägide des Positivismus, der sich nach Ángel Cappelletti in Venezuela um 1870 als leitendes wissenschaftliches Paradigma durchsetzte und bis 1935 dominant blieb (Cappelletti 1994: 25ff.), wurde der Gegensatz von Zivilisation und Barbarei Ende des 19. Jahrhunderts zum Grundprinzip für die Interpretation der venezolanischen Gesellschaft. Kern des Positivismus bildete das Versprechen, den lateinamerikanischen Ländern endlich Ordnung und Fortschritt zu bringen – ein Ziel, das weder die „traditionelle Philosophie“ der Kolonisatoren noch die „Philosophie der Aufklärung“ der Unabhängigkeitskämpfer zu erreichen vermocht hatten. Allerdings zeigte sich bereits in diesen Philosophien das gleiche Interpretationsschema. Beide folgten dem Ansinnen, die sogenannten Barbar*innen zu beherrschen: Indigene, Schwarze, Mestiz*innen, Campesinxs und Frauen. Die Jahrzehnte nach der Unabhängigkeit waren geprägt vom Konflikt zwischen einer aufsteigenden kreolischen Bourgeoisie und der alten Klasse der Landbesitzer¹. Die einfache, unterdrückte Bevölkerungsmehrheit – *el pueblo*², also jene, die von den Eliten als Barbar*innen bezeichnet wurden – erhoben sich wiederum unter der Führung von Ezquiél Zamora gegen beide Seiten dieses Elitenkonflikts, wurden jedoch in den Aufständen der Jahre 1846 und 1859 bis 1860 entscheidend geschlagen. Für den Positivismus zeigen sich in den politischen Turbulenzen des 19. Jahrhunderts allerdings weniger gesellschaftliche Konflikte als Unordnung. Sie werden vor allem als Auseinandersetzung zwischen Caudillos interpretiert – regionale politische Führungsfiguren, die ihre Herrschaft allein auf den Einsatz von Gewalt stützten und mit ihrem Kampf um Macht und Einfluss das Land in einen permanenten Zustand von Gesetzlosigkeit und Anomalie stürzten. In dieser Situation komme dem Positivismus als Verkörperung der Vernunft die Aufgabe zu, die chaotische Herrschaft der Gewalt zu bändigen.

Vor allem mit der Herrschaft des Diktators Juan Vicente Gómez (1908–1935) (unter dem der Positivismus als Staatsdoktrin fungierte, Anm. d. Übersetzer) etabliert sich unter den Intellektuellen das, was Cappelletti als „pessimistische Interpretation der venezolanischen Geschichte und

Gesellschaft“ (ebd.: 27) bezeichnet hat: Das Land des Caudillismo ist demnach ein verwüstetes Land, ein armes, ungebildetes und ungesundes Land. Um sich aus seinem Elend zu befreien, müsse sich dieses Land in der Person von Gómez ironischerweise ausgerechnet einem typischen Caudillo unterwerfen – und zwar dem stärksten unter ihnen, dem es als einzigem gelingen kann, mit allen anderen Caudillos aufzuräumen, und der die allgegenwärtige Gewalt mittels Gewalt zu bändigen verstehe: ein Ignorant im Dienste der Vernunft also, ein Barbar im Auftrag der Zivilisation – Gómez erscheint so im Sinne einer berühmt gewordenen Formulierung des Soziologen und Politikers Laureano Vallenilla Lanz³ als „notwendiger Gendarm“ (Vallenilla Lanz 1991: 94ff.).

Bedeutende Intellektuelle wie Augusto Mijares und Mario Briceño Iragorry wandten sich wiederum entschieden gegen die Annahmen dieser „pessimistischen Interpretation“ (Capelletti 1994: 27). So etablierte Mijares 1938 „die These, wonach unsere Geschichte keine genuin venezolanische Entwicklung darstelle. Vielmehr manifestiere sich in dieser die Tradition der schieren physischen Gewaltherrschaft in ihren zwei elementarsten politischen Formen: Anarchie und Despotismus“ – beides Varianten desselben Caudillismo. Dem hält Mijares in der Folge die Existenz und Tugenden einer eigenen Tradition der „Zivilgesellschaft“⁴ in Venezuela entgegen. Diese beruhe auf „intellektuellen und moralischen Prinzipien, die uns mit den europäischen Völkern gleichstellen“ und die „eine Tradition der politischen Mäßigung und eines geordneten Gleichgewichts der Kräfte unter der Herrschaft des Gesetzes“ begründen (Mijares 1998: 5ff.).

Briceño Iragorry wiederum erklärte 1956 in einem Brief an den Schriftsteller Mariano Picón Salas: „Die Thesen der kreolischen Positivisten mündeten in die plumpe Theorie von der Minderwertigkeit unseres ethnischen und geografischen Kontexts und in die Diskreditierung der Mestizaje⁵, die doch das Herzstück unseres Volkes bildet. Als Vertreter einer Staatsdoktrin tragen diese Positivisten die Verantwortung für die Figur des ‚notwendigen Gendarmen‘ und für jene schädliche, pessimistische und deterministische These, wonach unser Volk nichts zu geben habe.“ Er schlägt daher vor, dass „die vielleicht einzige Möglichkeit, unsere Geschichte zu erzählen, darin besteht, den zum Verstummen gebrachten Faden eines bürgerlichen Bewusstseins freizulegen, der diese trotz all der schmerzhaften Wechselfälle durchzieht“. Es gelte also „jene ehrenhaften

Bürger [zu] würdigen, die unsere leidgeplagte Tradition des moralischen Widerstands begründeten und ihr Erbe mit Glaube und Optimismus hoch[zu]halten“ (Briceño-Iragorry 1988: 501ff.).

Doch auch diese beiden wichtigen Vordenker und unverzichtbaren Bezugspunkte eines nationalen venezolanischen Denkens bleiben der alten Dichotomie von Zivilisation und Barbarei verhaftet. Bei Mijares begegnet sie uns nunmehr im Gegensatz von „Zivilgesellschaft“ und Caudillismo wieder, für Briceño-Iragorry wiederum bildet sie die Grundlage seiner Ehrenrettung und Wiederbelebung des „Zivilismus“.

Der „zivilisatorische“ Einfluss des Positivismus, der die Gómez-Diktatur legitimierte, ist in seiner Bedeutung für die weitere venezolanische Geschichte nur vergleichbar mit den enormen Auswirkungen, die die Eröffnung der ersten transnationalen Erdölfelder auf venezolanischem Boden entfalteten. Wie Tinker Salas zeigte, übte die Erdölindustrie „erheblichen Einfluss auf die politischen und sozialen Werthaltungen aus, die sich [zu jener Zeit] unter Arbeitern, Intellektuellen und Angehörigen der Mittelklasse formierten“ (Tinker Salas 2014: 13). Als treibende Kraft der „Modernisierung“ Venezuelas etablierte sie mit dem sogenannten „erdöl-basierten Lebensstil“ (ebd.: 102) ein „hegemoniales kulturelles Projekt“ (ebd.: 23), das die Grundlage jener Konsummuster bildet, die unser Land bis heute prägen. Dabei wurde die Expansion der Erdölindustrie „als epischer Kampf zwischen zwei entgegengesetzten Kulturen [dargestellt]: ländlich, ungeschliffen, primitiv und unbeugsam die eine, kosmopolitisch, intellektuell, modern und kultiviert die andere“ (ebd.: 122). Die Mittelklasse gründete ihre politische Kultur so auf ihre Loyalität zum transnationalen Kapital, während sie dem Rest des Landes, der ihr hoffnungslos rückständig erschien, den Rücken kehrte. Auf den Ölfeldern vollzog sich indes ein „Prozess des Social Engineering“ (ebd.: 23), der „das Antlitz Venezuelas, auf dem Land wie in der Stadt, entscheidend verändern sollte, indem er zum einen neue Wohn- und Siedlungsformen, Konsummuster und neue Formen der sozialen Organisierung einführte, sich darüber hinaus aber auch auf die Mode, auf Unterhaltung und Sport sowie auf die Ernährung und Esskultur auswirkte“ (ebd.: 249). Auf diese Weise gelang es der Erdölindustrie, ein bestimmtes Gesellschaftsmodell und -ideal zu etablieren, dem es zu folgen galt. Zugleich behielt sie sich jedoch stets das Recht vor, über den Einlass in diese Gesellschaft zu bestimmen: „Die verbreit-

tete Darstellung einer blühenden Erdölökonomie, die die gesamte Nation verwandle, verdeckte den Umstand, dass ein bedeutender Teil der Bevölkerung an den Rändern dieser Erdölgesellschaft lebte“ (ebd.: 24): das „barbarische Venezuela“.

Das spezifische Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell, das sich aus dem zivilisatorischen Unterfangen der Erdölindustrie entwickelte, wird in der Wissenschaft als „Erdöl-Rentierskapitalismus“ bezeichnet. Für Bernard Mommer markieren „die fünfzehn Jahre zwischen 1943 und 1958 die goldene Ära des venezolanischen Rentierskapitalismus. Denn in dieser Periode konnte das Land auf extrem hohe Erdöleinnahmen zurückgreifen. [...] Während sich die externen Widersprüche zugleich innerhalb akzeptabler Grenzen bewegten [...], sorgte ein stark expandierender Binnenmarkt dafür, dass die internen Widersprüche, die sich aus der Verteilung der Renteneinnahmen ergaben, minimal blieben“ (Mommer 2010: XX).

Vor diesem Hintergrund übernahm 1945 die sozialdemokratische *Acción Democrática* (AD)⁶ die Macht, und mit ihr betraten nach Luis Ricardo Dávila erstmals „die Massen die politische und historische Bühne“ (Dávila 1992: 16). Das politisch-ideologische Programm der AD stützte sich auf drei Grundpfeiler: „allgemeines Wahlrecht, moralisch-integre Amtsführung und Entpersonalisierung der politischen Macht“ (ebd.: 78). Ohne die Bedeutung der ersten beiden Prinzipien schmälern zu wollen, so war doch der dritte Pfeiler der entscheidende: Denn mit ihrer Kritik am Personalismus wandte sich die AD nicht zuletzt gegen den Caudillismo (und dessen ideologische Grundlagen) und verteidigte gegenüber dem „Pessimismus der positivistischen Soziologen“ die „Potentiale und Fähigkeiten des Volkes“⁷ (ebd.: 34). In diesem Sinne betont Rómulo Betancourt⁸: „Wir sind als Volk zur entpersonalisierten Regierungsform fähig. Wir brauchen weder Despoten noch herrische Kleinfürsten.“ „Das venezolanische Volk“, so fährt Betancourt fort, „findet seinen Grund und Ausdruck in der Partei, über die es zugleich regiert und selbst regiert wird“ (ebd.: 34f.). In diesen wenigen Sätzen zeigt sich eine entscheidende Veränderung der Machttechnologien: Den „einfachen Leuten“ - dem *pueblo* - werden nun zwar Fähigkeiten und Potenziale zugestanden, sie können diese jedoch nur vermittelt über die Partei entfalten und ausüben. Das Volk betritt damit in der Tat erstmals die Bühne, allerdings in einer bloß passiven Rolle. Was sich hinter diesem Schauspiel vollzieht, ist die Inthronisierung der Parteiform rund

um eine Partei, die, wie Luis Ricardo Dávila zeigt, ausgehend vom Zugang zur Macht, zur Massenpartei wird.

Die AD hat das Gesellschaftsmodell der Erdölindustrie nie in Frage gestellt. Ganz im Gegenteil: Sie war dessen große Nutznießerin, Trägerin und Förderin. Wenn etwa der Klientelismus eines der zentralen politischen Elemente und Merkmale des venezolanischen Rentierskapitalismus darstellt, so können wir davon ausgehen, dass es diese „Partei des Volkes“ war, die den Grundstein all der klientelistischen Logiken und Praktiken gelegt hat, die wir heute kennen. „[U]m ihre Macht zu festigen und ihre politischen Gegner in Schach zu halten“, so argumentiert Tinker Salas, „benötigte [die AD] den Rückhalt der Vereinigten Staaten. Noch stärker aber war sie auf die Lizenzentnahmen aus der Erdölförderung angewiesen, die sie nutzte, um den Staatsapparat auszubauen und ein Klientelsystem zu entwickeln, das die Interessen der wachsenden urbanen Mittelklasse mit jenen der Erdölarbeiter verknüpfte“ (Tinker Salas 2014: 307).

Darüber hinaus verweist Tinker Salas auf einen weiteren ebenso bedeutenden wie aufschlussreichen Aspekt dieses Systems: „Während sich die Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten dem Eindringen der Unternehmen und ihrer sichtbaren Symbole in ihren Lebensalltag (etwa in Form [unternehmenseigener] Wohnanlagen, Genossenschaftsmärkte oder Freizeitclubs) widersetzen, erachteten die venezolanischen Erdölgewerkschaften derartige Symbole und Unterstützungsleistungen als Wohltaten. So unterstützten die Erdölarbeiter und ihre Gewerkschaften nachdrücklich das System der Genossenschaftsmärkte, das sie mit einer breiten Palette an Lebensmitteln zu regulierten Preisen versorgte“ (ebd.: 26). 1946 hatten die Erdölarbeiter einen Kollektivvertrag mit über 100 Klauseln ausgehandelt und genossen damit, so ergänzt Tinker Salas, „auch aufgrund ihrer langen Tradition der Organisation und Militanz, [...] die höchsten Löhne und umfangreichsten Sozialleistungen der gesamten venezolanischen Arbeiter*innenschaft“ (ebd.: 26ff.). Die AD, die „populare“ Partei par excellence, war in Wahrheit die Partei der aufstrebenden Mittelklasse und der „Arbeiteraristokratie“.

Nach Asdrúbal Baptista und Bernard Mommer markiert der 18. Oktober 1945⁹ den Beginn der ersten Periode einer „popularen Verteilung der Erdölrente“ in der venezolanischen Geschichte. „Allerdings sah sich dieses System der konsumtiven Absorption der Rente, die den Weg für

eine künftige produktive Absorption öffnen sollte, rasch von der schier unermesslichen Menge der explodierenden Erdöleinnahmen überlastet. Auf diese Weise etablierten sich die typischen Konsummuster und Verhaltensweisen einer Rentengesellschaft“ (Baptista/Mommer 2006: 68) – Phänomene, die, das muss betont werden, eben nicht einfach nur „Unfälle“ waren, keine bloßen Verzerrungen, die die „normale“ Entwicklung des Kapitalismus blockierten und diesen in seiner „rentistischen“ Etappe verharren ließen. Vielmehr wurden diese Konsummuster und Verhaltensweisen von der Erdölindustrie selbst gezielt verbreitet und gefördert, um sich darüber – in den Begriffen der damaligen Zeit – als zivilisatorische bzw. modernisierende Kraft zu legitimieren. Bis in die 1960er Jahre, als die AD erneut an der Macht war, blieb das nationale Selbstverständnis und Gesellschaftsmodell nach Tinker Salas fest „in der Erdölindustrie und den Idealen von Staatsbürgerschaft und politischer Partizipation, die diese geschaffen hatte [verwurzelt]“ (Tinker Salas 2014: 295).

Auch als der venezolanische Rentierskapitalismus Ende der 1970er Jahre schließlich kollabierte, zeigte sich darin, wie Baptista 1997 feststellte, „weder der Beginn noch die Vorankündigung einer neuen historischen Etappe“. „Der Anstoß zur Auflösung [des Modells]“, so Baptista weiter, „ging eben nicht von neuen [gesellschaftlichen] Arrangements, die auf die [historische] Bühne drängen, aus“ (Baptista 2010: XXXVI). 2006 wiederum schrieb derselbe Autor: „Die letzten Jahren brachten eine neuerliche Verfestigung und Re-Akzentuierung althergebrachter Praktiken und Muster. Zugleich aber – und das ist das eigentlich bemerkenswerte – konnten wir beobachten, wie versucht wurde, neue Wege zu eröffnen“ (Baptista 2006: I). Was Erstere betrifft, sieht Baptista „eine öffentlichkeitswirksam betriebene Politik im Gange, die auf einer Stärkung der Rolle des Staates als Eigentümer und wirtschaftlicher Akteur beruht und versucht, die populäre Verteilung der Rente auszuweiten. Die gegenwärtige Regierungspolitik ist klar an der Zielsetzung orientiert, einen Teil der ursprünglichen Renteneinnahmen des Staates an die am stärksten benachteiligten Bevölkerungsschichten weiterzugeben“ (ebd.). Allerdings „können wir heute noch nicht seriös einschätzen, ob und inwiefern die aktuelle Verteilungspolitik – umfassender, weitreichender, populärer orientiert – wirkungsvoller und folgenreicher ist als jene früheren Versuche der gleichen Strategie, die wir aus den vergangenen Jahrzehnten kennen“ (ebd.). In Bezug

auf die neu entstandenen Praktiken wiederum sieht Baptista die herausragende Weiterentwicklung im „Versuch, die alte, abgedroschene Losung vom ‚Säen des Erdöls‘¹⁰ neu zu definieren. Wurde diese in den bisherigen Debatten ausschließlich ökonomisch und national gefasst, so soll sie nun auf die politische Sphäre und die internationale Ebene hin ausgeweitet werden“ (ebd.: II). Und vier Jahre später stellt derselbe Autor schließlich fest: „Aktuell erleben wir in Venezuela den politischen Versuch, der Entwicklung des Landes eine neue Orientierung zu geben und die so tief verwurzelten Pfade der vergangenen Jahrzehnte zu verlassen. Die Strukturen des Rentierskapitalismus sind in sich zusammengebrochen und seine zentralen gesellschaftlichen Arrangements liegen in Trümmern – von der Kapitalakkumulation bis zum System der politischen Machtverteilung und der etablierten Parteien. Warum sollte man in dieser Situation nicht daran glauben, dass sich der historische Prozess in Richtung einer nichtkapitalistischen Zukunft lenken lasse?“ (Baptista 2010: XXXVI).

Die Analysen Baptistas verweisen also einerseits auf die Kontinuität einer popularen Verteilung der Erdölrente, die sich von der AD-Ära bis in den heutigen Chavismus fortsetzt. Zugleich lenken sie unseren Blick aber auch auf den historischen Bruch, der sich mit dem Projekt der Bolivarianischen Revolution vollzieht: Denn was den Chavismus im Kern auszeichnet und unterscheidet, ist eben nicht die Umverteilung dieser Rente, sondern sein Versuch, ein Gesellschaftsmodell zu überwinden, das vor fast vierzig Jahren kollabiert ist. Und der Anspruch, die Entwicklung des Landes dabei auf nichtkapitalistische Pfade zu führen. Bei aller berechtigten Kritik an den Grenzen und Fehlern dieses Projekts, die heute, nach 20 Jahren an der Regierung, schonungslos angesprochen und evaluiert werden müssen, können doch nur die erbittertsten Gegner*innen des Chavismus dessen antikapitalistischen oder – mit Wallerstein gesprochen – „antisystemischen“ Charakter leugnen.

Dieser antisystemische Charakter hat natürlich auch seine politische Seite. Und die soziohistorische Analyse der vielfältigen und komplexen Kontinuitäten und Brüche zwischen der politischen Kultur des Chavismus und dem ideologischen Arrangement, das die AD während des *trienio*¹¹ von 1945 bis 1948 etablierte, bildet gegenwärtig eine der wichtigsten Aufgaben politikwissenschaftlicher Forschung. Wenn die Bürokrat*innen der aktuellen Regierung, die Apparatschiks oder wie auch immer man sie nennen

mag, die klientelistischen Logiken der AD-Ära reproduzieren, so stellt das keine Besonderheit des Chavismus dar. Eine Innovation, die diesen tatsächlich von vorangegangenen Projekten unterscheidet, ist hingegen die spezifische Rolle seiner populären Basis als aktives und – wie es in der venezolanischen Verfassung heißt – „partizipatives und protagonistisches“¹² Subjekt – ein Subjekt, das zu seiner politischen Organisierung auch auf die klassische Form der Partei zurückgreift, jedoch nicht in dieser aufgeht. Denn während der Chavismus weiterhin von den alten klientelistischen und sektiererischen Logiken durchzogen bleibt, entstehen in ihm zugleich neue politische Räume und Organisationsformen wie die kommunalen Räte und die sogenannten *Comunas*¹³. Diese bilden Keimzellen einer kommunalen Politik der Räte, die ausgehend vom Lokalen die Basis und strukturellen Bedingungen für ein landesweites Projekt populärer Selbstverwaltung aufbauen.

Dabei darf ein zentraler Umstand nicht vergessen werden: Wie Tinker Salas zeigt, hat „die Erdölindustrie und die von ihr geschaffene Sozialordnung die traditionellen venezolanischen Lebensweisen nie vollständig verdrängt. Selbst in ihrer Blütezeit beschäftigte die moderne Erdölindustrie nur einen Bruchteil der Gesamtbevölkerung [...]. Die fortgesetzte Anwesenheit einer relativ verarmten Bevölkerungsmehrheit erinnerte ständig und hartnäckig daran, dass es in Wahrheit zwei Venezuelas gab: eines, das direkt vom Erdöl profitierte, und eines, das weitgehend im Schatten dieser Industrie mehr überlebte als lebte“ (Tinker Salas 2014: 347).

Wenn die Eliten und große Teile der Mittelklasse diesen Umstand auch leugnen und mit aller Kraft zu verdecken suchen, so ist doch klar, dass das eine Venezuela nicht ohne das andere verstanden werden kann. Das ausgeschlossene und ausgebeutete Venezuela ist eben nicht der Hemmschuh für die „zivilisierte“ Lebensweise, sondern ihre Konsequenz. Der chavistische Aufstand, der das Land in Folge des Zusammenbruchs des „erdölbasierten Lebensstils“ und des politisch-ideologischen Arrangements der AD erfasste, kann somit nicht einfach als Anomalie der Geschichte abgetan und abgewertet werden. Was sich darin vielmehr tatsächlich manifestiert, ist nichts anderes als die politische Subjektwerdung dieses „anderen Venezuela“ und Ergebnis eines langen Politisierungsprozesses. Das zu begreifen ist jedoch nicht möglich, wenn wir unsere Geschichte und Gegenwart unter den Vorzeichen von Zivilisation und Barbarei betrachten. Dieser

Antagonismus konstituiert ein fatales epistemologisches Hindernis, das dazu führt, dass der Chavismus über das gesamte politische Spektrum hinweg, von rechts bis links, unisono als politischer Einbruch der Barbarei verstanden wird. Die einen sehen dadurch ein Gesellschaftsmodell bedroht, das ja tatsächlich Ziel der radikalen Kritik des Chavismus ist, und bekämpfen diesen daher mit allem, was sie haben. Die anderen wiederum erheben sich zur intellektuellen Avantgarde, indem sie der chavistischen Bewegung Ratschläge erteilen, sie belehren, sie aufzuklären, zu schützen und zu führen versuchen und ihr damit jede eigenständige theoretische Reflexions- und strategisch-praktische Handlungsfähigkeit absprechen.

Auf diese Weise lassen die einen wie die anderen mitten im 21. Jahrhundert die „pessimistische Interpretation“ der Positivisten des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts wieder aufleben.

Aufgrund dieser festen Verankerung der Antinomie von Zivilisation und Barbarei war die politische Klasse nicht in der Lage, die historische Bedeutung des 27. Februar 1989¹⁴ zu verstehen, nämlich als Volksaufstand, der die Aneignung der Erdölrente durch die Eliten und das darauf beruhende Gesellschaftsmodell grundsätzlich in Frage stellte.

Aus demselben Grund war sie auch nicht in der Lage, die beiden militärisch-zivilen Aufstände vom 4. Februar 1992¹⁵ – unter Führung von Chávez – und vom 27. November desselben Jahres richtig einzuordnen. Und dasselbe Prinzip gilt schließlich auch für den intensiven Politisierungsprozess der popularen Klassen, der vor allem in Folge von Chávez' Entlassung aus der Haft im März 1994 in Gang kam. Wieder in Freiheit brach Chávez zu einer „Tour durch die Katakomben“ auf, die ihn bis in die hintersten Winkel der venezolanischen Nation führte und die er in den folgenden drei Jahren rund fünf Mal wiederholen sollte. Dieser Prozess vollzog sich praktisch unbemerkt von der politischen Klasse, die sich nicht nur von der popularen Bevölkerungsmehrheit entfremdet und isoliert, sondern schließlich auch der Sache des Neoliberalismus verschrieben hatte.

Die bolivarianische Bewegung, die aus der Allianz zwischen den revoltierenden Massen von 1989 und den aufständischen Militärs von 1992 hervorging, charakterisierte sich von Beginn an durch einen klassenübergreifenden Charakter. Ihr Rückgrat bildete jedoch stets das populare Subjekt, das aus den Rändern des vorherigen, auf dem „erdölbasierten Lebensstil“ begründeten Gesellschaftsmodells hervorgegangen war, also

jenem angeblich „primitiven“, „ungeschliffenen“ und zweifellos unbeugsamen Venezuela, das Tinker Salas bereits angesprochen hatte. Es handelte sich um ein prekariertes, unsichtbar gemachtes und ausgebeutetes Venezuela, das kaum ausgeprägte oder gar keine Verbindungen zu den klassischen politischen Vermittlungsinstanzen und zu den staatlichen Institutionen im Allgemeinen besaß.

Und es ist auch dieses sich Ende des 20. Jahrhunderts immer rascher politisierende Subjekt, das den Wahlsieg von Chávez im Dezember 1998 ermöglicht, das den Staatsstreich vom April 2002 zurückschlägt, wenige Monate später gelassen den Folgen des Erdölstriks und der Betriebsausperrungen¹⁶ unerschütterlich standhält und das ab 2003 beginnt, die sogenannten *misiones*¹⁷ in die Tat umzusetzen. Diese „Missionen“, eine Art staatlicher Parallelstruktur, sind wiederum nur durch die zurückeroberte Kontrolle der bolivarianischen Regierung über die Erdölindustrie und die damit einhergehende Niederlage der am Erdölstriks und den Aussperrungen beteiligten Eliten möglich. Damit beginnt auch jene Phase, die als „gewonnenes Jahrzehnt“ bezeichnet wird und in der große Teile der Bevölkerung Zugang zu Erziehung, Gesundheitsversorgung, Ernährung, anständigem Wohnraum und anderen ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechten erhalten, all dies in einem Klima weitgehender politischer Freiheiten.

Ohne die chavistische Führung auch nur im Geringsten aus ihrer Verantwortung zu nehmen, sind die aktuellen Krisenprozesse nur im Zusammenhang mit dem Einbruch der Erdölpreise ab 2014 und dem damit verbundenen Rückgang der Staatseinnahmen zu verstehen. Dieser Einbruch wurde zudem durch eine Reihe an Zwangsmaßnahmen der US-amerikanischen Regierung begleitet, die darauf abzielten, die Erdölproduktion zu behindern. Dies wurde auch weitgehend erreicht und führte zu enormen Beeinträchtigungen der venezolanischen Bevölkerung. Zynischerweise wurden diese von der US-amerikanischen Regierung in der Folge als Beweis für das Scheitern des „Bolivarianischen Modells“ dargestellt.

Derzeit steht Venezuela vor einer riesigen Herausforderung: Entweder kehrt es zu den Zeiten vor der Bolivarianischen Revolution zurück und ordnet sich erneut den Interessen der Eliten unter, oder es bleibt standhaft

und besteht als eine souveräne, freie und unabhängige Nation. Der Weg ist bereits vorgezeichnet. Die Aufgabe liegt nun darin, auf diesem Weg trotz aller Hindernisse voranzuschreiten.

Aus dem Spanischen von Jonathan Scalet, Stefan Pimmer, Tobias Boos und Gregor Seidl

- 1 Dieser Konflikt bildet den Hintergrund der angesprochenen Frontstellung zwischen der traditionellen Philosophie der alten Eliten und der von den neuen Eliten vertretenen Philosophie der Aufklärung (Anm. d. Übersetzer).
- 2 Der Begriff *pueblo* stellt eine große Herausforderung für die Übersetzung dar. Während die wörtliche deutsche Entsprechung „Volk“ mit häufig biologisch oder kulturell konnotierten Vorstellungen einer homogenen und exklusiven Gemeinschaft verbunden wird und unweigerlich an die völkischen Konzepte des Nationalsozialismus erinnert, dominiert im lateinamerikanischen Kontext eine deutlich politischere, stark sozialstrukturell bestimmte und klassenanalytisch gebrochene Bedeutung des spanischen *pueblo*. Bezugspunkt ist die alltagsprachliche Bedeutung des *pueblo* im Sinne der „einfachen Leute“, worunter im heutigen Venezuela etwa das informell arbeitende städtische Prekariat, die verarmten Kleinbäuer*innen, Frauen sowie afrovenezolanische und indigene Bevölkerungsgruppen fallen. Damit meint *pueblo* eben nicht eine politische oder ethnische Gemeinschaft der Gleichen, sondern die von dieser Gemeinschaft historisch ausgegrenzten, unterdrückten und häufig rassistisch diskriminierten Bevölkerungsmehrheiten. Dieses Konzept des *pueblo* spielt eine Schlüsselrolle im politisch-ideologischen Diskurs des Chavismus, der sich als Projekt versteht, in dem die historisch marginalisierten Bevölkerungsgruppen zum direkten Subjekt gesellschaftlicher Machtausübung werden (Dussel 2013: 91-98; Ciccariello-Maher 2013: 8f; Kastner 2013). In der Übersetzung der Essays wurde der Begriff mit Formulierungen wie „unterdrückte Bevölkerungsmehrheit“ oder „marginalisierte Bevölkerungsgruppen“ umschrieben und meist um das spanische Original ergänzt. Das von *pueblo* abgeleitete Adjektiv *popular* wurde – etwa in „populärer Macht“, „populärer Chavismus“ – in der spanischen Originalschreibweise belassen, um die eben skizzierte politisch-konzeptionelle Bedeutung im chavistischen Diskurs sichtbar zu halten. Wo die Beiträge – etwa in Bezug auf Verfassungstexte – auf die völkerrechtliche Bedeutung des „Staatsvolkes“ rekurrieren, wurde der Begriff ins Deutsche übersetzt (Anm. d. Übersetzer).
- 3 Laureano Vallenilla Lanz war einer der Hauptvertreter des Positivismus in Venezuela und zählte zu den wichtigsten Ideologen der Gómez-Diktatur, der er 20 Jah-

- re lang als Präsident des Kongresses diene. In seinem Werk *Demokratischer Caesarismus* vertritt er die These, wonach die despotische Herrschaft eines Caudillos aufgrund der vermeintlichen intellektuellen, kulturellen und moralischen Rückständigkeit der venezolanischen Mehrheitsbevölkerung die einzig funktionsfähige Regierungsform für das Land sei (Vallenilla Lanz 1991) (Anm. d. Übersetzer).
- 4 Augusto Mijares und Mario Briceño Iragorry stehen in der Tradition des sogenannten „Zivilismus“ (*civilismo*), der sich für die Entwicklung eines liberalen Rechtsstaates und einer bürgerlichen Gesellschaft nach europäischem Vorbild einsetzte. Die in den Zitaten verwendeten Begriffe *sociedad civil*, *conciencia cívica* und *hombres civiles* verweisen auf die Kritik an der militärischen Herrschaft der Caudillos und dem entgegengesetzten Ideal einer zivilen politischen Kultur und Führung. Zugleich orientiert sich dieses Ideal kulturell und ideologisch stark am europäischen Bürgertum, weshalb die letzten beiden Begriffe mit „bürgerlichem Bewusstsein“ und „Bürger“ übersetzt wurden (Anm. d. Übersetzer).
 - 5 Die Idee der Mestizaje prägte die hegemoniale Vorstellung der venezolanischen Nationalkultur über weite Strecken des 20. Jahrhunderts. Demnach wäre Venezuela von einer Mischkultur gekennzeichnet, in der die vielfältigen Einflüsse von europäischen Einwanderer*innen, afrikanischen Sklav*innen und der indigenen Bevölkerung zu einer kreativen und gleichberechtigten kulturellen Synthese verschmelzen. Allerdings wird dem europäischen Erbe dabei eine privilegierte „zivilisierende“ Rolle beigemessen und die gesellschaftliche Realität massiver kultureller Hierarchisierungen und Fragmentierungen und einer stark rassialisierten Sozialstruktur hinter der homogenisierenden Vorstellung einer egalitären Mischkultur verdeckt (Cannon 2008: 736; Tinker Salas 2015: 79f.) (Anm. d. Übersetzer).
 - 6 Die „Demokratische Aktion“ (*Acción Democrática*, AD) war in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die größte Partei und prägende politische Kraft des Landes. Nach dem Sturz der Diktatur von Marcos Pérez Jiménez 1958 bis zur Wahl von Hugo Chávez 1998 teilte sie sich die Macht im Rahmen des Zwei-Parteien-Regimes des sogenannten Punto-Fijo-Pakts mit der christdemokratischen COPEI (Tinker Salas 2015: 82-136) (Anm. d. Übersetzer).
 - 7 Die Verwendung des Begriffs *pueblo* ist an dieser Stelle ambivalent. Sie changiert zwischen der Bedeutung des „Staatsvolkes“ – also der Gesamtheit der venezolanischen Staatsbürger*innen – und der in Anmerkung 2 beschriebenen spezifisch lateinamerikanischen Bedeutung der „einfachen“ Bevölkerungsmehrheiten (Anm. d. Übersetzer).
 - 8 Rómulo Betancourt war Mitbegründer der AD und von 1945 bis 1948 sowie von 1959 bis 1964 Präsident Venezuelas. Er gilt als Architekt des Punto-Fijo-Pakts und eine der prägendsten politischen Figuren des 20. Jahrhunderts (Tinker Salas 2015: 82-93) (Anm. d. Übersetzer).
 - 9 Am 18. Oktober 1945 wurde der damalige Präsident Isaías Medina Angarita durch einen Militärputsch gestürzt. Es folgte mit dem sogenannten *trienio* eine erste dreijährige Phase der Demokratie in Venezuela, in der die AD als dominante politische Kraft erstmals an die Macht kam (Tinker Salas 2015: 80-85) (Anm. d. Übersetzer).

- 10 1936 forderte der Schriftsteller und Politiker Arturo Uslar Pietri in einem Zeitungsartikel mit dem Titel *Sembrar el Petróleo* (*Das Erdöl säen*), die Renteneinnahmen zur wirtschaftlichen Diversifizierung des Landes zu nutzen. Die Losung und die damit verbundenen Überlegungen zur Überwindung der venezolanischen Import- und Erdölabhängigkeit sind bis heute ein wichtiges Motiv im politischen Diskurs des Landes (Peters 2019: 58f.). Siehe auch den Beitrag von Peters in diesem Heft (Anm. d. Übersetzer).
- 11 Siehe Anmerkung 9.
- 12 Die 1999 nach dem Amstantritt von Chávez ausgearbeitete neue Verfassung Venezuelas proklamierte eine nicht mehr bloß repräsentative, sondern „partizipative und protagonistische“ Demokratie für das Land. Demnach sollte die Bevölkerung über eine Reihe von Instrumenten wie lokalen Selbstverwaltungsstrukturen auf Versammlungsbasis oder dem Recht, politische Amtsträger*innen abzuwählen, zur tatsächlichen und permanenten „Protagonistin“ bzw. zum Subjekt politischer Entscheidungsprozesse werden (Wilpert 2007: 53-64) (Anm. d. Übersetzer).
- 13 Die kommunalen Räte (*consejos comunales*) sind basisdemokratische Nachbarschaftsversammlungen, die sich selbstorganisiert (und teilweise in Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen) um die Verwaltung lokalpolitischer Angelegenheiten kümmern und die 2006 gesetzlich institutionalisiert wurden. Mit der sogenannten Comuna wurde 2010 eine weitere Organisationsform gesetzlich verankert. In dieser werden mehrere kommunale Räte zu größeren Selbstverwaltungseinheiten integriert und mit produktiven Kapazitäten unter basisdemokratischer Kontrolle verbunden. Daraus sollte perspektivisch ein landesweites Netzwerk populärer Selbstverwaltung und solidar-ökonomischer Produktion als Basis eines demokratischen Sozialismus der Räte entstehen (Ciccariello-Maher 2016: 15-22) (Anm. d. Übersetzer).
- 14 Der als *Caracazo* bekannt gewordene Volksaufstand vom 27. Februar 1989 gilt als Wendepunkt in der venezolanischen Geschichte. Als Reaktion auf eine Reihe neoliberaler Sparpakete kam es in jenen Tagen ausgehend von den Armenvierteln der Hauptstadt Caracas zu massiven Rebellionen und Plünderungen in mehreren Städten, die von der Regierung blutig niedergeschlagen wurden. Dieses Ereignis markiert zum einen den endgültigen Kollaps des damaligen politischen Systems, zum anderen wurde darin erstmals das Potenzial der marginalisierten Bevölkerungsgruppen als Machtfaktor sichtbar (Tinker Salas 2015: 117-122). Siehe auch die Einleitung zu diesem Heft (Anm. d. Übersetzer).
- 15 Im Jahr 1992 versuchten linke Gruppierungen innerhalb der Armee, die sich rund um Hugo Chávez unter dem Namen „Bolivarianische Revolutionsbewegung 200“ (*Movimiento Bolivariano 200*) organisiert hatten, zweimal das politische System zu stürzen und die Staatsmacht zu übernehmen. Die Putschversuche scheiterten, machten Chávez allerdings im ganzen Land bekannt und bereiteten so den Boden für dessen späteren Wahlsieg (Tinker Salas 2015: 122f.). Siehe auch die Einleitung zu diesem Heft (Anm. d. Übersetzer).
- 16 2002 unternahm die venezolanische Opposition zwei großangelegte Angriffe auf die chavistische Regierung. Zwischen dem 11. und 13. April konnte ein medial or-

- chestrierter Staatsstreich rund um den damaligen Präsidenten des Arbeitgeberverbandes Pedro Carmona durch massive Mobilisierungen der chavistischen Basis im Bündnis mit regierungstreuen Militärs abgewehrt werden. Im Dezember wiederum versuchten oppositionelle Unternehmer*innen und die regierungskritische Managementebene des staatlichen Ölkonzerns PdVSA, Chávez durch mehrwöchige Betriebsaussperrungen aus dem Amt zu drängen, und stürzten das Land damit in eine schwere Rezession (Tinker Salas 2015: 151-163) (Anm. d. Übersetzer).
- 17 Die *misiones* sind eine Reihe umfassender staatlicher Sozialprogramme in Bereichen wie Gesundheit, Bildung, Ernährung und Wohnen. Neben der Verbesserung der Lebensbedingungen zielen sie auch auf die politische Ermächtigung der vulnerabelsten Bevölkerungsgruppen ab. Sie werden aus den Einnahmen des Ölkonzerns PdVSA finanziert und unter Partizipation bzw. Ko-Verwaltung der lokalen Bevölkerung organisiert (Tinker Salas 2015: 192-200) (Anm. d. Übersetzer).

Literatur

- Baptista, Asdrúbal (2006): El relevo del capitalismo rentístico: hacia un nuevo balance de poder. Caracas: Fundación Empresas Polar.
- Baptista, Asdrúbal (2010): Teoría económica del capitalismo rentístico. Caracas: Banco Central de Venezuela.
- Baptista, Asdrúbal/Mommer, Bernard (2006): El petróleo en el pensamiento económico venezolano. Caracas: Ediciones IESA.
- Briceño-Iragorry, Mario (1988): Mensaje sin destino y otros ensayos. Caracas: Biblioteca Ayacucho.
- Cannon, Barry (2008): Class/Race Polarisation in Venezuela and the Electoral Success of Hugo Chávez. A break with the past or the song remains the same? In: Third World Quarterly 29 (4), 731-748. <https://doi.org/10.1080/01436590802075020>
- Cappelletti, Ángel (1994): Positivismismo y evolucionismo en Venezuela. Caracas: Monte Ávila.
- Ciccariello-Maher, George (2013): We created Chávez. A people's history of the Venezuelan Revolution. Durham/London: Duke University Press. <https://doi.org/10.1215/9780822378938>
- Ciccariello-Maher, George (2016): Building the Commune. Radical Democracy in Venezuela. London/New York: Verso.
- Dávila, Luis Ricardo (1992): El Imaginario político venezolano. Ensayo sobre el Trienio Octubrista 1945-1948. Caracas: Alfadil.
- Dussel, Enrique (2013): 20 Thesen zu Politik. Berlin: LIT.

- Kastner, Jens (2013): pueblo. Probleme einer Übersetzung. In: MALMOE 62, 24.
- Mijares, Augusto (1998): La interpretación pesimista de la sociología hispanoamericana. Obras Completas. Tomo II. Caracas: Monte Ávila.
- Mommer, Bernard (2010): Prólogo a la edición de 1997. In: Baptista, Asdrúbal: Teoría económica del capitalismo rentístico. Caracas: Banco Central de Venezuela.
- Peters, Stefan (2019): Sozialismus des 21. Jahrhunderts in Venezuela. Aufstieg und Fall der Bolivarischen Revolution von Hugo Chávez. Stuttgart: Schmetterling Verlag.
- Tinker Salas, Miguel (2014): Una herencia que perdura. Petróleo, cultura y sociedad en Venezuela. Caracas: Galac.
- Tinker Salas, Miguel (2015): Venezuela. What Everyone Needs to Know. New York: Oxford University Press.
- Vallenilla Lanz, Laureano (1991): Cesarismo democrático y otros textos. Caracas: Biblioteca Ayacucho.
- Wallerstein, Immanuel (2007): Geopolítica y geocultura. Ensayos sobre el moderno sistema mundial. Barcelona: Kairós.
- Wilpert, Gregory (2007): Changing Venezuela by Taking Power. The History and Policies of the Chávez Government. London/New York: Verso.

Essay

MANUEL AZUAJE REVERÓN

Konservatives Zaumzeug im Ursprung der Bolivarianischen Revolution: Vom libertären Aufstand zum ‚Weg über die Wahlen‘

1. Einleitung

Der folgende Text beleuchtet die ersten Jahre der Bolivarianischen Revolution und zeichnet ihre demokratiepolitischen Konzepte und Transformationsstrategien nach, um verständlich zu machen, wie der Prozess der Machtergreifung über die Teilnahme an den Wahlen von 1998 das Schicksal des Projekts bestimmt hat. Die hier gewählte Perspektive ermöglicht den Leser*innen, sich den ursprünglichen Ansätzen zur Machtergreifung, zur verfassungsgebenden Versammlung und zur radikalen Demokratie während der Formierung der „Bolivarianischen Bewegung 200“ (*Movimiento Bolivariano 200, MBR-200*) und ihrer Umwandlung zur „Bewegung für die V. Republik“ (*Movimiento Quinta República, MVR*)¹ anzunähern. Dabei werden einige Schwachstellen der Bolivarianischen Revolution deutlich, die in der schweren Krise und den inhärenten Widersprüchen der heutigen chavistischen Regierung zum Ausdruck kommen.

2. Ein Aufstand gegen die liberale Demokratie

Das politische System Venezuelas wurde in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts von einem Regierungsarrangement zweier Parteien dominiert, das als „Punto-Fijo-Pakt“² bekannt geworden ist. Dieses Bündnis erzeugte die Illusion eines stabilen demokratischen Systems, das

sich inmitten eines von Militärdiktaturen und bewaffneten Konflikten geplagten Kontinents erfolgreich entwickelte. Im Februar 1989 wurde diese Illusion allerdings grundlegend zerschlagen: Ein Volksaufstand, der sogenannte *Caracazo*³, enttarnte den nackten Kaiser, und Venezuela verlor seinen Status als ‚Musterbeispiel der lateinamerikanischen Demokratie‘. Da der Staat mit Repression auf den Aufstand reagierte, griff in der Folge am 4. Februar 1992 eine Gruppe von Offizieren unter Führung von Oberstleutnant Hugo Chávez Frías zu den Waffen. Zwar scheiterte dieser Putschversuch, doch setzten diese beiden Ereignisse das politische System schachmatt und leiteten das Ende des 1958 eingeführten Zweiparteienregimes ein (Ellner 2014; Bracamonte 2015; Chávez Frías 2014a).

In den Tagen und Monaten nach den Ereignissen des 4. Februar 1992 erläuterte Chávez die Gründe für den Aufstand und übte vernichtende Kritik am bestehenden demokratischen System des Landes. In einem Gespräch mit José Vicente Rangel⁴ beschrieb er das, was Venezuela erlebte, als „wahrhafte Tyrannei“ (Rangel 2013: 40f.) und behauptete, dass sich hinter der Figur des damaligen Präsidenten Carlos Andrés Pérez weiterhin „das gleiche dominante Machtschema im politischen und ökonomischen Bereich“ verberge, das im Rahmen des Punto-Fijo-Arrangements etabliert worden war. In einer Reihe von Gesprächen mit dem Historiker und Intellektuellen Agustín Blanco Muñoz ging er wiederum auf die liberale Demokratie als Ganzes ein, wobei er bekräftigte, dass „ihre Zeit vorbei“ sei und sowohl der *Caracazo* als auch der Putschversuch von 1992 „das Ende eines Paradigmas, der liberalen Demokratie und ihrer Epoche“ (Blanco Muñoz 1998: 120f.) besiegelten. Wir können daher feststellen, dass am Ursprung der Bolivarianischen Revolution eine radikale Kritik an der liberalen Demokratie als ein auf exklusiver Herrschaft basierendes Elitensystem stand.

Allerdings speiste sich der Umsturzversuch nicht allein aus der Kritik am bestehenden System. Eines der einflussreichsten Dokumente jener Zeit war der „Nationale Plan Simón Bolívar“ (*Plan Nacional Simón Bolívar*), auch bekannt als „das blaue Buch“ (*El libro azul*). Dieser 1991 verfasste programmatische Text bildete den Ausgangspunkt für eine Transformationsstrategie, die fortan den gesamten politischen Prozess leiten sollte. Vor der Notwendigkeit, ein „originäres Gesellschaftsmodell“ (Chávez Frías 2013a: 63) aufzubauen, wurde darin ein neues Paradigma für das Regie-

runssystem etabliert, das auf einem Modell der „partizipativen Demokratie“ basieren sollte (ebd.: 74ff.). Dieses müsse

„über die nötigen Mechanismen, Wege, Organe und Verfahren verfügen, die es den nationalen Mehrheiten ermöglichen, tatsächlich die Kontrolle auszuüben, sich zu beteiligen und eine führende Rolle im politischen Entscheidungsprozess zu spielen“ (ebd.: 75).

Im Moment, als das Modell der liberalen Demokratie tödlich verwundet war, bestand eines der dringlichsten Ziele darin, den Inhalt der Demokratie neu zu bestimmen, um zu einer anderen Form zu gelangen, „deren Institutionen und Verfahren weit über die Hemmnisse und den bescheidenen Daseinzustand hinausgehen, zu denen die populistischen Regierungen die Demokratie in Lateinamerika gebracht haben“ (ebd.: 75). Hugo Chávez betonte in diesem Zusammenhang die „Grenzen der repräsentativen Farce“ (ebd.: 76) und die Notwendigkeit, „neue partizipative Räume [zu] erobern“ (ebd.). Später, im nächsten Punkt des „Nationalen Plans Simón Bolívar“, kritisierte er das begrenzte Partizipationsverständnis der „populistische[n] Parteien“ (ebd.), welches verhindere, dass die Zivilgesellschaft tatsächlich Entscheidungsmacht erhalte. Angesichts dieser Limitierungen kommt von diesem Moment an ein ergänzender Begriff ins Spiel, den wir hier bisher bewusst weggelassen haben: Chávez spricht nun nicht mehr bloß von einer partizipativen, sondern auch ‚protagonistischen‘ Demokratie. Wenn die Teilhabe begrenzt oder zu einer leeren Hülle wird, die allein auf die Kontrolle der Machtinstitutionen durch sterile, wirkungslose Mechanismen abzielt, so lasse sich dem entgegenwirken, indem man ihr einen ‚protagonistischen‘ Charakter verleihe. Aber was bedeutet dieser ‚Protagonismus‘?

In Chávez’ Worten muss „die ‚einfache Bevölkerung‘ – *el pueblo*“ – als konkreter Sitz der Souveränität ihre potenzielle Macht immer bereithalten, um jederzeit und in jedem politischen Bereich aktiv eingreifen zu können, um Schäden rechtzeitig zu beheben, Fehlentwicklungen zu korrigieren oder Transformationen einzuleiten, die die Gesellschaft in der von ihr selbst bestimmten strategischen Ausrichtung voranbringen“ (ebd.: 77).

Diese protagonistische Demokratie sollte in dem Maße möglich werden, in dem „die notwendigen Kanäle“ geschaffen werden, durch die

die einfache Bevölkerung „eine gestaltende Rolle und echte Entscheidungsmacht ausüben kann“ (ebd.). Dass diese Idee bereits am Ursprung des Prozesses stand, ist grundlegend, denn innerhalb der Bolivarianischen Revolution wurden von 1999 an verschiedene solcher Kanäle populärer Macht geschaffen: von den kommunalen Ausschüssen zur partizipativen Verwaltung der Wasserversorgung (*mesas técnicas de agua*) 1999 bis zum „kommunalen Staat“ (*Estado comunal*)⁶ im Jahr 2010. In gewisser Weise könnte man sagen, dass die Radikalität des bolivarianischen Projekts und seiner Umsetzung an der Kraft und konkreten Wirksamkeit dieser Instrumente gemessen werden kann. Durch die partizipative und protagonistische Demokratie ist das Projekt des Sozialismus – verstanden als Weg zur Überwindung des Kapitals – in Form der Comunas als organischer Ausdruck einer neuen Gesellschaft konkret geworden. Deshalb hat Hugo Chávez 2012 in seinen letzten Reden Nicolás Maduro die Comuna als sein Lebenswerk anvertraut, und der gesamte Präsidentschaftswahlkampf jenes Jahres stand unter dem Motto „*Comuna o Nada*“ („Kommune oder Nichts“).

Die Idee, die liberale Demokratie durch eine partizipative und protagonistische Demokratie zu ersetzen, ist also bereits in der Entstehungsgeschichte des chavistischen Projekts und der Bolivarianischen Revolution präsent. Wie wir sehen werden, wurden die Spielräume populärer Macht sowie der Grad der politischen Radikalität der Regierung insgesamt allerdings durch die Kräfteverhältnisse und Machtstrategien innerhalb der politischen Führung bestimmt. Dies lässt sich schon in den Anfangsjahren des Projekts beobachten, als die Art und Weise der konkreten Durchführung diskutiert wurde.

3. Der libertäre Aufstand und die radikale Demokratie unter Berücksichtigung eines wenig bekannten Dokuments

Nachdem Carlos Andrés Pérez mit militärischen Mitteln „vorerst“ (*por ahora*)⁷ nicht zum Rücktritt vom Präsidentenamt gezwungen werden konnte, verstärkte sich die Kooperation zwischen systemkritischen Zivilist*innen und Militärs. In der Folge vertiefte sich der Öffnungsprozess der ursprünglich aus den Reihen der Armee hervorgegangenen

aufständischen Bewegung, und die Anfang der 1980er Jahre noch als rein militärische Organisation gegründete „Bolivarianische Revolutionsarmee 200“ (*Ejército Bolivariano Revolucionario-200, EBR-200*) wurde endgültig zum zivil-militärischen Bündnis der „Bolivarianischen Bewegung 200“ (*Movimiento Bolivariano 200*) transformiert.

In den ersten Monaten ihrer Entstehung versuchte die Bewegung Grundzüge eines Programms zu entwickeln, das eine Strategie zur Übernahme der Regierungsmacht unter den bestehenden Verhältnissen skizzieren sollte. So entstand der „Entwurf der programmatischen Erklärung des MBR-200“ (*Proyecto de Declaración Programática del MBR-200*) (Chávez Frías et al. 2018).

Dieser Text ist von großer Bedeutung für das Verständnis der Frühgeschichte des Chavismus, denn er zeigt die Radikalität, die in der ursprünglich noch aufständischen Strategie enthalten war, ehe die Bewegung die Entscheidung traf, bei Wahlen anzutreten, und verdeutlicht seinerseits die Beziehung zwischen dem strategischen Zielhorizont der Transformationen und dem Weg, durch den diese erreicht werden sollten. Schon in den ersten Zeilen des Dokuments wurde klargestellt, dass sich die Situation nur durch einen „popularen Aufstand“ ändern lassen könnte, „der auf dem Höhepunkt einer fundamentalen nationalen Krise – ausgehend vom *barrio*⁸ bis hin zur nationalen Ebene – die Macht übernimmt und Organe errichtet, die direkt den Massen verpflichtet sind“ (ebd.: 73).

In der Folge entfaltet der Text eine Rhetorik, die an die Pariser Kommune und die libertären Texte des 19. Jahrhunderts erinnert. Er fordert „ein Regime, in dem die einfache Bevölkerung – *el pueblo* – in jedem Augenblick die bestimmende Kraft ist“ und stellt eine Struktur vor, die darauf basiert, dass

„der Aufstand ein System von Macht- und Entscheidungsorganen bildet, die von der lokalen *barrio*-Versammlung ausgehend bis zum Nationalen Regierungsrat reichen, wobei letzterer das höchste Organ in der Exekutivhierarchie ist. Auf den primären Ebenen – dem *barrio*, der Gemeinde, der Stadt – sollten die Machtorgane von den Massen selbst geschaffen werden. Diejenigen der höheren Hierarchieebenen, vom Staat bis zur Nation, sollen aus Versammlungen entstehen, die von der Basis gewählt werden, deren Mitglieder aber weder permanent sein werden, noch irgendein Gehalt beziehen, um Bürokratisierung und Entfrem-

„dung von den Anliegen der einfachen Bevölkerung – des *pueblo* – zu verhindern“ (ebd.: 74).

Nach dieser Diagnose würde die Krise der „oligarchischen Demokratie“ (ebd.) über den Weg des zivil-militärischen Aufstandes schließlich zur Entstehung eines *popularen Staates* im eben beschriebenen Sinn führen. In diesem würde „das politische System der direkten Demokratie, das die Massen durch die Entwicklung ihrer eigenen Machtorgane erschaffen, als kohärente Struktur funktionieren“ (ebd.: 76f.). Die Ausgestaltung der direkten Demokratie als Grundlage des *popularen Staates* wäre demnach also wesentlich durch den Aufstand als konstituierenden politischen Akt bestimmt. Wenn die radikale rätedemokratische Staatskonzeption des MBR-200 aber auf der Strategie des Aufstandes beruht, dann müssen spätere Änderungen dieser Strategie in der Folge auch den Charakter der demokratiepolitischen Konzepte und Modelle beeinflussen. Und tatsächlich sollte in den folgenden Jahren nie wieder ein solch radikaler Diskurs geführt werden. Diese Ent-Radikalisierung des bolivarianischen Projekts – so die These – ist nicht zuletzt auf den Einfluss moderater Figuren in Chávez' Gefolge zurückzuführen und auf alternative Überlegungen zur Machtergreifung, die auf gemäßigtere Strategien als den ursprünglichen Plan des militärisch-zivilen Aufstands abzielten.

4. Die verfassungsgebende Versammlung und der ‚Weg über die Wahlen‘

Nachdem er 1994 aus dem Gefängnis entlassen wurde, widmete sich Hugo Chávez ganz der Bildung einer nationalen Bewegung. Er hatte die Strategie des Aufstandes nicht aufgegeben und plädierte weiterhin für den Boykott von Wahlen. Im Gegensatz zu späteren Darstellungen war Hugo Chávez aber nicht die unumstrittene Führungsfigur dieses Prozesses und musste die strategische Ausrichtung mit anderen Personen und Gruppierungen ausfechten, die für die politische Eingliederung in das bestehende System, die Teilnahme an Wahlen und die Annahme von Ämtern plädierten (Sánchez Otero 2014). Die Wahlen von 1995 hatte der MBR-200 unter dem Slogan „Vorerst ... für niemanden. Verfassungsgebende

Versammlung jetzt!“ (*Por ahora ... por ninguno. ¡Constituyente ya!*)⁹ noch boykottiert. Während dieser ersten Jahre nach der Gefangenschaft reiste Chávez durch das ganze Land und propagierte weiterhin seine aufständische Position, hinter der er einen großen Teil der antisystemischen Militanz vereinen konnte.

In gewisser Hinsicht handelt es sich beim „Entwurf der programmatischen Erklärung des MBR-200“ aber auch um einen untypischen Text. Denn die Forderung nach einer verfassunggebenden Versammlung, die Chávez in anderen Kontexten als Kern seines Programms propagierte, findet hier keine direkte Erwähnung. Von Anfang an war das fundamentale Ziel die Neugründung der Republik und nicht eine bloß partielle Reform des Systems. Eine solche radikale Transformation hätte durch den Sturz des damaligen Präsidenten Carlos Andrés Pérez mit militärischen Mitteln, durch den Druck der Straße oder durch einen Volksaufstand eingeleitet werden können, dies aber immer verbunden mit der Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung. Wie bereits erwähnt, stellte sich die Bewegung zunächst dagegen, bei Wahlen anzutreten, nichtsdestotrotz sollte sie 1997 zur politischen Partei werden. Wie ist das passiert? Es war kein einfacher Wandel. Von Beginn an nahm der militante Flügel die Entscheidung zum Wahlantritt negativ auf, und die bisherigen Erfolge auf organisatorischer Ebene wurden fast vollständig zunichte gemacht.

Die Idee, die Macht mittels eines Sieges bei den Präsidentschaftswahlen 1998 zu übernehmen, begann ab 1996 zu reifen. Es ist sonderbar, dass einige der Personen, die diese Strategie vorantrieben (unter ihnen etwa Luis Alfonso Dávila und Luis Miquilena¹⁰), in den ersten Jahren der Regierung noch Schlüsselpositionen innehatten, sich aber bald ab- und (mit dessen zunehmender Radikalisierung) fundamental gegen den Prozess wandten (ebd.: 396). Dieser Strategiewechsel war kein unbedeutender Schritt; viele fürchteten die Absorption der Bewegung durch das etablierte System und warnten davor, dass die Öffnung auch den Eintritt vieler Opportunist*innen ermöglichen würde. Hugo Chávez reiste durch das Land, der MBR-200 hielt eine dreitägige Versammlung ab und schließ-

lich wurde im April 1997 die „Bewegung für die V. Republik“ (*Movimiento Quinta República, MVR*) geboren. Das Schicksal der Bolivarianischen Revolution sollte für immer von dieser Entscheidung geprägt sein.

Zwischen 1997 und 1998 wurde der „Patriotische Pol“ (*Polo Patriótico*) als klassenübergreifende Wahlplattform aufgebaut, der sich von der Kommunistischen Partei Venezuelas bis hin zu Mitte-Rechts-Organisationen unterschiedliche Gruppierungen anschlossen. Die Transformation von einer Bewegung zur Partei führte zu zahlreichen internen Konflikten, und in der Folge wandten sich einige Schlüsselfiguren, die die Strategie des Aufstandes unterstützt hatten, von dem Projekt ab (Sánchez Otero 2014: 403). Diese strategische Entscheidung sollte die politische Orientierung des Prozesses entscheidend verschieben.

Dementsprechend manifestierte sich die neue Konstellation auch in Hugo Chávez' Wahlprogramm mit dem Titel „Hugo Chávez' Vorschlag zur Transformation Venezuelas“ (*La propuesta de Hugo Chávez para transformar Venezuela*), das bereits mit dem Untertitel „eine demokratische Revolution“ (*una revolución democrática*) auf die veränderte strategische Ausrichtung verweist. Darin werden fünf Pfeiler für den Übergang ins 21. Jahrhundert vorgeschlagen. Der erste dieser Pfeiler bezieht sich auf das politische System und enthält als zentrales Element die Forderung nach einer verfassunggebenden Versammlung zur „Konstituierung einer partizipativen Demokratie“. Ein weiteres Element des politischen Pfeilers ist die direkte Demokratie, die hier allerdings bereits auf die Instrumente der „Volksinitiative“ (*iniciativa popular*) und des Referendums¹¹ reduziert wird. Während des verfassunggebenden Prozesses sprach Chávez im Jahr 2000 bereits von einer „repräsentativen, partizipativen und protagonistischen Demokratie“ (Chávez Frías 2013b: 77), und ein Jahr später sollte er vor der Nationalversammlung schließlich „die repräsentative Demokratie [als] essenziellen Bestandteil der Demokratie“ (ebd.: 203) bezeichnen. Diese Verschiebung in den Konzepten und Begrifflichkeiten ist Ausdruck des Übergangs von einer aufständischen Strategie mit radikaldemokratischer Zielsetzung hin zum ‚Weg über die Wahlen‘, also einem elektoralen Projekt, das sich auf die Neugründung bzw. Reform des liberalen Staates beschränkte.

5. Conclusio

Die Formierung eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses beeinflusste das chavistische Projekt und bestimmte die Art der Institutionalisierung der Bolivarianischen Revolution. Doch während die Regierung in den ersten Jahren einen moderaten Diskurs pflegte und mit dem (sozialliberalen) dritten Weg kokettierte, vollzog Chávez im Laufe der Zeit eine schrittweise Rückkehr zu den radikaleren Konzepten der Anfangsjahre. So stellte der Präsident während der Kampagne für seine Wiederwahl 2006 fest: „Es ist nicht das Gleiche, von einer demokratischen Revolution zu sprechen wie von einer revolutionären Demokratie. Das erste Konzept enthält ein Zaumzeug wie bei einem Pferd. Es handelt sich um eine Revolution, ja!, aber eben um eine demokratische. Diese Einschränkung wirkt wie ein konservativer Bremsklotz. Das zweite Konzept dagegen hat befreienden Charakter. Die revolutionäre Demokratie wirkt als Startschuss, sie ist wie ein Pferd ohne Zaumzeug: Revolutionäre Demokratie – Demokratie für die Revolution“ (Chávez Frías 2014b: 90).

Zugleich verschwand der repräsentative Charakter der Demokratie aus Chávez' Diskurs und machte einer stärkeren Betonung der partizipativen und protagonistischen Elemente Platz. Die meisten Analyst*innen beschreiben diese Radikalisierung der Bolivarianischen Revolution als Reaktion auf den Putschversuch von 2002, den Erdölstreik 2003 und weitere Angriffe auf das chavistische Projekt¹². Im Lichte der in diesem Beitrag kurz analysierten Texte erscheint diese Entwicklung dagegen vielmehr als Rückkehr zu einer aufständischen Radikalität, die bereits die Gründung des MBR-200 und die ersten Jahre nach Chávez' Freilassung bestimmte. Diese anfängliche Radikalität wurde erst mit der Entscheidung für eine elektorale Strategie und der entsprechenden Bildung eines klassenübergreifenden Bündnisses eingedämmt. In der Folge verschärften sich die Widersprüche zwischen den unterschiedlichen Interessen und Visionen innerhalb des politischen Führungsapparats der Bewegung. Die elektorale Strategie einer demokratischen Revolution, so scheint es, bildet die Achillesferse des chavistischen Projekts, die sein Potenzial, zu einer revolutionären Demokratie jenseits der kapitalistischen Institutionen zu gelangen, hemmt.

Aus dem Spanischen von Jonathan Scalet und Lukas Schmidt

- 1 Die „Bolivarianische Bewegung 200“ (*Movimiento Bolivariano 200, MBR-200*) war eine Gruppierung von linken Militärs und Zivilist*innen, die sich in den 1980er Jahren rund um den späteren Präsidenten Hugo Chávez innerhalb der venezolanischen Armee formierte und aus der noch rein militärischen Vorgängerorganisation der „Bolivarianischen Revolutionsarmee 200“ (*Ejército Bolivariano Revolucionario 200, EBR-200*) hervorging. 1992 unternahm das MBR-200 zwei Putschversuche, um das delegitimierte politische System zu stürzen. Diese Versuche scheiterten zwar, machten Chávez jedoch im gesamten Land bekannt und bereiteten so den Boden für dessen Sieg bei den Präsidentschaftswahlen 1998. Im Zuge des Wechsels von einer putschistischen zu einer elektoralen Strategie wurde die zivil-militärische Gruppierung des MBR-200 in eine politische Partei unter dem Namen „Bewegung für die V. Republik“ (*Movimiento Quinta República, MVR*) transformiert. Der Name bezieht sich auf die radikale Kritik am bestehenden Modell der IV. Republik und die zentrale Forderung nach einer verfassungsgebenden Versammlung zur Neugründung der Republik (Tinker Salas 2015: 122-126; 132-137) (Anm. d. Übersetzer).
- 2 Nach dem Sturz der Diktatur von Marcos Pérez Jiménez 1958 teilten sich die sozialdemokratische „Demokratische Aktion“ (*Acción Democrática, AD*) und die christdemokratische COPEI im Rahmen des sogenannten „Punto-Fijo-Pakts“ die Macht im Land und etablierten in der Folge das Gesellschaftsmodell der sogenannten „IV. Republik“ (Tinker Salas 2015: 82-136). Siehe auch die Einleitung zu diesem Heft (Anm. d. Übersetzer).
- 3 Der als *Caracazo* bekannt gewordene Volksaufstand vom 27. Februar 1989 gilt als Wendepunkt in der venezolanischen Geschichte. Als Reaktion auf eine Reihe neoliberaler Sparpakete kam es in jenen Tagen ausgehend von den Armenvierteln der Hauptstadt Caracas zu massiven Rebellionen und Plünderungen in mehreren Städten, die von der Regierung blutig niedergeschlagen wurden. Dieses Ereignis markiert zum einen den endgültigen Kollaps des damaligen politischen Systems, zum anderen wurde darin erstmals das Potenzial der marginalisierten Bevölkerungsgruppen als Machtfaktor sichtbar (Tinker Salas 2015: 117-122). Siehe auch die Einleitung zu diesem Heft (Anm. d. Übersetzer).
- 4 Der linke Anwalt, Politiker und Journalist José Vicente Rangel betrieb in den 1990er Jahren die Fernsehsendung „José Vicente Hoy“, die mit ihrer Kritik am herrschenden politischen System große Bekanntheit erlangte. Die zitierten Aussagen entstammen mehreren Gesprächen mit Hugo Chávez im Rahmen dieser Sendung. Nach Chávez' Wahlsieg übernahm Rangel zwischen 1999 und 2007 mehrere Regierungsämter (u.a. Vizepräsident) (Anm. d. Übersetzer).
- 5 Der Begriff *pueblo* stellt eine große Herausforderung für die Übersetzung dar. Während die wörtliche deutsche Entsprechung „Volk“ mit häufig biologistisch oder kulturell konnotierten Vorstellungen einer homogenen und exklusiven Gemeinschaft verbunden wird und unweigerlich an die völkischen Konzepte des Nationalsozialismus erinnert, dominiert im lateinamerikanischen Kontext eine deutlich politischere, stark sozialstrukturell bestimmte und klassenanalytisch gebrochene Bedeutung des spanischen *pueblo*. Bezugspunkt ist die alltagssprachliche Bedeutung des *pueblo* im Sinne der „einfachen Leute“, worunter im heutigen Venezuela etwa das informell arbeitende städtische Prekariat, die verarmten

Kleinbauer*innen, Frauen sowie afrovenezolanische und indigene Bevölkerungsgruppen fallen. Damit meint *pueblo* eben nicht eine politische oder ethnische Gemeinschaft der Gleichen, sondern die von dieser Gemeinschaft historisch ausgegrenzte, unterdrückte und häufig rassistisch diskriminierte Bevölkerungsmehrheit. Dieses Konzept des *pueblo* spielt eine Schlüsselrolle im politisch-ideologischen Diskurs des Chavismus, der sich als Projekt versteht, in dem die historisch marginalisierten Bevölkerungsgruppen zum direkten Subjekt gesellschaftlicher Machtausübung werden (Dussel 2013: 91-98; Ciccariello-Maher 2013: 8f.; Kastner 2013). In der Übersetzung der Essays wurde der Begriff mit Formulierungen wie „unterdrückte Bevölkerungsmehrheit“ oder „marginalisierte Bevölkerungsgruppen“ umschrieben und meist um das spanische Original ergänzt. Das von *pueblo* abgeleitete Adjektiv *popular* wurde – etwa in „populärer Macht“, „populärer Chavismus“ – in der spanischen Originalschreibweise belassen, um die eben skizzierte politisch-konzeptionelle Bedeutung im chavistischen Diskurs sichtbar zu halten. Wo die Beiträge – etwa in Bezug auf Verfassungstexte – auf die völkerrechtliche Bedeutung des „Staatsvolkes“ rekurrieren, wurde der Begriff ins Deutsche übersetzt. In den hier zitierten Passagen ist der Begriff ambivalent und schwankt zwischen der Bedeutung des gesamten „Staatsvolks“ und der klassenspezifisch gebrochenen Bedeutung der bislang ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen (Anm. d. Übersetzer).

- 6 Mit dem Gesetz der Comunas wurde 2010 das Ziel der Errichtung eines räte-demokratisch organisierten „kommunalen Staates“ (*Estado comunal*) gesetzlich festgeschrieben. Ausgangspunkt dieser Entwicklung sind die sogenannten „kommunalen Räte“ (*consejos comunales*), basisdemokratische Nachbarschaftsversammlungen, die bereits 2006 gesetzlich institutionalisiert wurden und die sich selbstorganisiert um die (Ko-)Verwaltung lokalpolitischer Angelegenheiten kümmern. Mit dem Gesetz von 2010 wurden diese um die neue Organisationsform der Comuna ergänzt, in der mehrere kommunale Räte zu größeren Selbstverwaltungseinheiten integriert und mit produktiven Kapazitäten unter basisdemokratischer Kontrolle verbunden werden. Daraus sollte perspektivisch ein landesweites Netzwerk populärer Selbstverwaltung und solidar-ökonomischer Produktion als Basis eines demokratischen Sozialismus der Räte entstehen (Ciccariello-Maher 2016: 15-22) (Anm. d. Übersetzer).
- 7 In einem Fernsehauftritt unmittelbar nach seiner Verhaftung übernahm Hugo Chávez die volle Verantwortung für den Putschversuch und erklärte, dass die Pläne der Aufständischen „vorerst“ (*por ahora*) gescheitert seien. Mit dieser von der alten desavouierten Elite nicht gekannten Haltung und der Verheißung eines künftigen Umsturzes wurde Chávez schlagartig im ganzen Land bekannt und das „*por ahora*“ zur geflügelten Redewendung (Tinker Salas 2015: 122f.) (Anm. d. Übersetzer).
- 8 Als *barrios* werden in Venezuela die zum Teil informellen Siedlungen der marginalisierten urbanen Bevölkerungsgruppen bezeichnet. Sie bildeten historisch zentrale Orte politischer Basisorganisation und stell(t)en eine der wichtigsten Machtbasen des Chavismus dar (Anm. d. Übersetzer).

- 9 Der Slogan „Vorerst ... für niemanden. Verfassunggebende Versammlung jetzt!“ (*Por ahora ... por ninguno. ¡Constituyente ya!*) spielt auf die in Anmerkung sieben erwähnte Aussage von Chávez an, der nach dem Putschversuch von 1992 feststellte, die Ziele des Aufstands „vorerst“ – *por ahora* – nicht erreicht zu haben. Der zweite Teil des Slogans – „für niemanden“ – bezieht sich auf die Kritik des MBR-200 am bestehenden politischen System und auf mehrere Versuche etablierter politischer Kräfte, Chávez und das MBR-200 zu kooptieren und in dieses System zu integrieren. Mit dem Slogan „Vorerst ... für niemanden. Verfassunggebende Versammlung jetzt!“ machte das MBR-200 also deutlich, dass es unter dem bestehenden politischen Institutionengefüge für niemanden kandidieren würde und stattdessen eine Neugründung der Republik durch eine verfassunggebende Versammlung forderte (Ramonet 2013: 646; 651) (Anm. d. Übersetzer).
- 10 Luis Alfonso Dávila war zwischen 2000 und 2001 Minister für Inneres und Justiz und danach bis 2002 Außenminister Venezuelas. Luis Miquilena war Präsident der verfassunggebenden Versammlung von 1999 und Präsident der nationalen Legislativkommission Venezuelas, von 2001 bis 2002 amtierte er als Minister für Inneres und Justiz. Beide gehörten zum moderaten Flügel der Bewegung und verließen diese in Folge der Radikalisierung des Chavismus in Richtung einer sozialistischen Orientierung nach dem Putschversuch der Opposition vom April 2002 (Anm. d. Übersetzer).
- 11 In der 1999 ausgearbeiteten Verfassung wurden diese Forderungen durch eine Reihe direktdemokratischer Instrumente aufgenommen. So wurde das Recht der Bevölkerung verankert, initiativ Gesetzesanliegen einzubringen, sowie das Recht, gewählte Amtsträger*innen per Referendum zur Hälfte ihrer Amtszeit abzuwählen. Diese punktuellen Einflussmöglichkeiten wurden im Laufe der Radikalisierung des chavistischen Regierungsprojekts um Elemente einer rätedemokratischen Staatsarchitektur wie kommunale Räte und Comunas erweitert (siehe Anmerkung sechs), in der politische Entscheidungsmacht permanent von lokal verankerten Versammlungsstrukturen ausgehen sollte (Wilpert 2007: 34f.; 55-64; Ciccariello-Maher 2016: 15-22) (Anm. d. Übersetzer).
- 12 2002 unternahm die venezolanische Opposition zwei großangelegte Angriffe auf die chavistische Regierung. Zwischen dem 11. und 13. April konnte ein medial orchestrierter Staatsstreich rund um den damaligen Präsidenten des Arbeitgeberverbandes Pedro Carmona durch massive Mobilisierungen der chavistischen Basis im Bündnis mit regierungstreuen Militärs abgewehrt werden. Im Dezember wiederum versuchten oppositionelle Unternehmer*innen und die regierungskritische Managementebene des staatlichen Ölkonzerns PdVSA, Chávez durch mehrwöchige Betriebsaussperrungen aus dem Amt zu drängen, wodurch sie das Land in eine schwere Rezession stürzten (Tinker Salas 2015: 151-163) (Anm. d. Übersetzer).

Literatur

- Blanco Muñoz, Agustín (1998): *Habla el Comandante*. Caracas: Universidad Central de Venezuela.
- Bracamonte, Leonardo (2015): La revolución venezolana. De la imprevista intromisión de la esperanza al Dios que falló de nuevo. Pensar la transición desde otras escalas espacio-temporales. In: López Caldera, Anaís (Hg.): *Transición, transformación y rupturas*. En la Venezuela Bolivariana. Caracas: Celarg/Fundación Rosa Luxemburgo, 13-46.
- Ciccariello-Maher, George (2013): *We created Chávez. A people's history of the Venezuelan Revolution*. Durham/London: Duke University Press. <https://doi.org/10.1215/9780822378938>
- Chávez Frías, Hugo (2013a): *El libro Azul*. Caracas: Ediciones Correo del Orinoco.
- Chávez Frías, Hugo (2013b): *Hugo Chávez. La construcción del socialismo del siglo XXI: Discursos del Presidente ante la Asamblea Nacional (1999–2012)*. Tomo I. Caracas: Fondo editorial William Lara.
- Chávez Frías, Hugo (2014a): *Agenda Alternativa Bolivariana*. Caracas: Ediciones Correo del Orinoco.
- Chávez Frías, Hugo (2014b): *Hugo Chávez. La construcción del socialismo del siglo XXI: Discursos del Presidente ante la Asamblea Nacional (1999–2012)*. Tomo IV. Caracas: Fondo editorial William Lara.
- Chávez Frías, Hugo/Duno, Pedro/Rangel, Domingo Alberto/Vadell, Manuel (2018): *Así empezó todo: entre rejas, proclamas y entrevistas*. Caracas: Vadell Hermanos.
- Dussel, Enrique (2013): *20 Thesen zu Politik*. Berlin: LIT.
- Ellner, Steve (2014): *El fenómeno Chávez*. Caracas: Celarg.
- Kastner, Jens (2013): *pueblo. Probleme einer Übersetzung*. In: MALMOE 62, 24.
- Ramonet, Ignacio (2013): *Hugo Chávez. Mi primera vida. Conversaciones con Ignacio Ramonet*. Barcelona: Random House.
- Rangel, José Vicente (2013): *De Yare a Miraflores el mismo subversivo*. Caracas: Ediciones Correo del Orinoco.
- Sánchez Otero, Germán (2014): *Hugo Chávez y la resurrección de un pueblo*. Caracas: Vadell Hermanos.
- Tinker Salas, Miguel (2015): *Venezuela. What Everyone Needs to Know*. New York: Oxford University Press.
- Wilpert, Gregory (2007): *Changing Venezuela by Taking Power. The History and Policies of the Chávez Government*. London/New York: Verso.

SchwerpunktreakteurInnen und AutorInnen

Manuel Azuaje Reverón unterrichtet politische Philosophie an der nationalen Kunsthochschule in Caracas und ist leitender Redakteur der Zeitschrift *Apuntes Críticos* sowie des Onlinemagazins *Mentekupa*.

Reinaldo Iturriza López ist Soziologe und arbeitet am Nationalen Zentrum für Geschichte in Caracas. Zwischen April 2013 und Anfang 2016 war er zunächst Minister für Comunas und Soziale Bewegungen und anschließend Kulturminister der Bolivarianischen Republik Venezuela.

Margarita Langthaler studierte an der Universität Wien slawische und romanische Philologie und schloss ebendort ihr Doktoratsstudium in Politikwissenschaft ab. Sie ist gegenwärtig Senior Researcher bei der Österreichischen Forschungstiftung für Internationale Entwicklung (ÖFSE) mit einem Schwerpunkt auf Bildungsstrategien im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, Bildungspolitik im Globalen Süden und Berufsbildung im Entwicklungszusammenhang.

Martha Lía Grajales ist Anwältin, Mitbegründerin der Kooperative *San Agustín Convive* in Caracas und arbeitet für die Menschenrechtsorganisation *Surgentes*.

Stefan Peters ist Professor für Friedensforschung am Fachbereich Rechtswissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen und wissenschaftlicher Direktor des Deutsch-Kolumbianischen-Friedensinstituts (CAPAZ) in Bogotá. Zu seinen jüngsten Veröffentlichungen zählen *Rentengesellschaften: Der lateinamerikanische (Neo-)Extraktivismus im transregionalen Vergleich* (2019, Nomos) und *Sozialismus des 21. Jahrhunderts in Venezuela: Aufstieg und Fall der Bolivarischen Revolution von Hugo Chávez* (2019, Schmetterling).

Gerardo Rojas begleitet seit den 1990er Jahren populäre Organisationsprozesse in Venezuela. Er ist Mitbegründer des Medienkollektivs *Voces Urgentes* und der *Comuna Ataroa* in seiner Heimatstadt Barquisimeto.

Jonathan Scalet ist Sozialwissenschaftler und Redakteur des *Journals für Entwicklungspolitik*. Er arbeitet zu interkultureller und politischer Philosophie, Religion und dekolonialer Kritik mit Schwerpunkt Lateinamerika.

Lukas Schmidt ist Geschäftsleiter von FIAN Österreich und lehrt am Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien sowie an der Fachhochschule des BFI Wien.

Die letzten Ausgaben

- 4/14 Capitalist Peripheries: Perspectives on Precarisation from the Global South and North
- 1/15 Civil Society, Cooperation and Development /
Zivilgesellschaft, Kooperation und Entwicklung
- 2/15 Gewerkschaftsarbeit in Nord & Süd / Unionism in the Global North & South
- 3/15 Dependenztheorien reloaded / Dependency Theories reloaded
- 4/15 Grauzonen der Arbeit / Grey Areas of Labour
- 1-2/16 Turkey: The Politics of National Conservatism /
Türkei: Politik des National-Konservatismus
- 3/16 The EU Trade Regime and the Global South
- 4/16 Hunters and Gatherers in the Industrialised World /
Jäger und Sammlergesellschaften in der Industrialisierten Welt
- 1/17 Migrationsmanagement: Praktiken, Intentionen, Interventionen /
Migration Management: Practices, Intentions, Interventions
- 2/17 Social Innovation and the Transformation of Welfare States /
Soziale Innovation und die Transformation des Wohlfahrtsstaates
- 3/17 Socialisms in Development / Sozialismen in Entwicklung
- 4/17 Middle Class in Latin America / Mittelklasse in Lateinamerika
- 1/18 Food Sovereignty and Alternative Development in Palestine /
Ernährungssouveränität und alternative Entwicklung in Palästina
- 2/18 Fußball und ungleiche Entwicklung / Football and Unequal Development
- 3-4/18 Progressive Industrial Policy / Progressive Industriepolitik
- 1/19 Rosa Luxemburg, Imperialism and the Global South /
Rosa Luxemburg, Imperialismus und der Globale Süden
- 2-3/19 Waste and Globalised Inequalities / Müll und globalisierte Ungleichheiten
- 4/19 China: Capitalist Expansion in the Xi Era /
China: Kapitalistische Expansion in der Xi Era
- 1/20 China: Developmental Models and Environmental Governance /
China: Entwicklungsmodelle und ökologische Staatsführung

Die kommenden Hefte

- 3/20 Methods for Inter- and Transdisciplinary Research and Learning based on Paulo Freire / Methoden des inter- und transdisziplinären Forschens und Lernens nach Paulo Freire

Informationen für AutorInnen

Das Journal für Entwicklungspolitik (JEP) ist eine der führenden wissenschaftlichen Zeitschriften für Fragen von Entwicklungstheorie und -politik im deutschsprachigen Raum. Alle Beiträge werden anonym begutachtet (double-blind, peer-reviewed). Die Publikation erfolgt in Englisch oder Deutsch. Die Zielsetzung des JEP ist es, ein Forum für eine breite kritische Diskussion und Reflexion für verschiedene Dimensionen gesellschaftlicher Entwicklungen in Süd und Nord zu bieten. Dabei wird auch das Verhältnis zwischen theoretischen Weiterentwicklungen im Bereich von Entwicklungsforschung und konkreten entwicklungspolitischen Prozessen ausgelotet. Gesellschaftlich relevantes Wissen über Entwicklungsprobleme und Entwicklungspolitik wird in einer interdisziplinären Herangehensweise aufbereitet und zugänglich gemacht.

Manuskriptvorschläge können
eingesendet werden an:
office@mattersburgerkreis.at
Weitere Hinweise unter:
www.mattersburgerkreis.at/jep

Siehe auch: [www.facebook.com/
journalfuerentwicklungspolitik](http://www.facebook.com/journalfuerentwicklungspolitik)

Information for Contributors

The Austrian Journal of Development Studies is one of the leading journals in its field in the German speaking area. Articles are reviewed anonymously (double-blind, peer-reviewed) and published in German or English. The journal provides a forum for a broad critical debate and reflection on different dimensions of societal transformation and on North-South relations. Specifically, the relationship between cutting edge theoretical advances in the field of development studies and actual development policies is addressed. Politically relevant knowledge about issues of development is provided in an accessible, interdisciplinary way.

Article proposals can be sent to:
office@mattersburgerkreis.at
Further information:
www.mattersburgerkreis.at/jep

See also: [www.facebook.com/
journalfuerentwicklungspolitik](http://www.facebook.com/journalfuerentwicklungspolitik)

Gefördert durch die

Österreichische
Entwicklungs-
zusammenarbeit

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

ISSN 0258-2384, Erscheinungsweise: vierteljährlich

Heft XXXVI, 2-2020, ISBN 978-3-902996-23-7

Preis des Einzelhefts: Euro 11,90

Preis des Doppelhefts: 19,80 Euro

Preis des Jahresabonnements: Euro 42,00 (Österreich);

Euro 52,00 (Europa); 62,00 (Welt).

Weitere Informationen: www.mattersburgerkreis.at

Abonnementbezug über die Redaktion:

Journal für Entwicklungspolitik, Sensengasse 3, A-1090 Wien,

office@mattersburgerkreis.at, www.mattersburgerkreis.at/jep

Das Abonnement kann unter Einhaltung einer dreimonatigen

Kündigungsfrist zum Jahresende gekündigt werden.

1. Auflage 2020

© Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwertung bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Redaktion. Namentlich gekennzeichnete

Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Verlages wieder.

Satz: Weiderand Kommunikationsdesign, www.weiderand.net, Wien

Druck: Interpress, Budapest

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz

Medieninhaber: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den österreichischen Universitäten, Sensengasse 3, A-1090 Wien

Grundlegende Richtung des JEP: Wissenschaftliche Analysen und Diskussionen von entwicklungspolitischen Fragestellungen und Berichte über die entwicklungspolitische Praxis. Verantwortlich für Inhalt und Korrekturen sind die AutorInnen bzw. die Redaktion.